STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19080303

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 53. Dienstag, den 3. März 1908. 22. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,76, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr Nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli bei Heinr. Koenen, Sophienstr. 44. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstraße 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34, Wandsbeck. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129, Ottensen.

Hierzu zwei Beilagen.

Nationales Muckertum.

Ein besonderes Kennzeichen des Muckertums ist das geflissentliche Zurschautragen der Frömmigkeit, das Hervorkehren derselben vor den Leuten und das Hereinziehen derselben in alle Dinge. Jesus hat schon diesen widerlichen Zug an den Muckern seiner Zeit, den Pharisäern, mehrfach scharf gegeißelt. Schon in der Bergpredigt sagte er zu seinen Zuhörern, sie sollen nicht sein wie jene, die in den Schulen und an den Ecken auf den Gassen beten, auf daß sie von den Leuten gesehen werden, und die, wenn sie fasten, saure Gesichter schneiden, „auf daß sie vor den Leuten scheinen mit ihrem Fasten“ und dergleichen mehr. Echte Religiosität ist wie echte Liebe verschämt, wie Cordelia, der es widerstrebt, gleich ihren Schwestern das Herz auf der Zunge zu tragen. Wer mit seinen höheren Gefühlen und Gesinnungen Parade macht und darin posirt, ist sehr verdächtig, daß es ihm nicht sonderlich ernst damit ist; zum mindesten, daß er nicht in ihnen selbst sein Genüge findet, sondern selbstsüchtige oder gar unlautere Nebenzwecke damit verfolgt. Mit dem idealen Mäntelchen soll das Mißtrauen eingelullt und egoistischen Plänen die Bahn freigemacht werden, namentlich auch kann man andersgesinnte Interessengegner damit schlecht machen und an Widersachern das Mütchen kühlen. Von solchem Muckertum sagt der Spanier: „Hinter dem Kreuze steckt der Teufel.“

Das Muckertum ist aber nicht bloß auf religiösem Gebiet zu Hause. Es gibt auch ein moralisches Muckertum, worüber L. Büchner den Spruch geprägt hat: „Die Tugend wohnt selten da, wo ihre Aushängeschilder glänzen.“ Wie oft wird z. B. der gute Ruf einer unschuldigen Frau von den Lästerzungen tugendmuckerischer Geschlechtsgenossinnen untergraben, aus Neid und Bosheit, aber keineswegs aus tugendhafter Gesinnung. Schnödes Tugendmuckertum ist es auch, wenn das geheime Wahlrecht mit der Moral bekämpft wird, weil diese verlangt, seine politische Richtung offen zu bekennen. Abscheuliches Tugendmuckertum, wenn Grenzsperren verlangt und verfügt werden, um die Vieh- und Fleischpreise zu steigern, unter dem Vorwand veterinärer Rücksichten, zum Schutz gegen Einschleppung von Seuchen.

Eine große Rolle hat auch immer das liberale Muckertum im Kampf des kapitalistischen Bürgertums gegen die Arbeiter gespielt. Nicht bloß, daß man den Sozialismus als unverträglich mit der individuellen Freiheit erklärt — wovon bekanntlich just das Gegenteil wahr, da vielmehr der Kapitalismus der schlimmste Feind der Freiheit ist, und zwar nicht bloß der Besitzlosen —, man hat sogar schon im Namen der Freiheit die Beschränkung der Arbeitszeit und andere Schutzmaßnahmen für die Arbeiter zu bekämpfen die Stirn gehabt.

Am gemeinschädlichsten aber grassiert in Deutschland das nationale Muckertum, und die schlimmsten nationalen Mucker sind die Nationalliberalen. Die nationale Gesinnung kann man ihnen freilich nicht ganz absprechen, so wenig wie den Muckern und Pharisäern die religiöse Gesinnung. Aber genau wie diese haben sie mehr und mehr den Nationalismus für ihre Klassenzwecke ge- und mißbraucht, in dem Grade, daß sie die nationale Wohlfahrt immer mehr geschädigt haben. Und so kam es, daß das „National“ in ihrer Parteifirma ebenso zur Lüge geworden ist wie das „Liberal“.

Wenn man das lange Sündenregister dieser Partei ins Auge faßt, wie sie fortgesetzt auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete der Reaktion Handlangerdienste geleistet hat, wie sie fast immer Schritt für Schritt vor den Junkern und der Regierung zurückgewichen ist, wie sie der Reaktion beigesprungen ist, so oft sie in Bedrängnis war, und mit ihren faulen Kompromissen dringende Fortschritte und Reformen verhindert, dagegen allerlei volksfeindliche und gemeinschädliche Vorlagen und Beschlüsse durchzusetzen geholfen hat — kurz, wie diese Partei es verschuldet hat, daß seit Jahrzehnten der politische Karren immer tiefer in den Sumpf geraten ist — immer, indem sie mit dem Wort National als Deckblatt für ihre Sonderinteressen operierte — dann ergibt sich, daß diese Partei unbedingt als antinationale stigmatisiert werden muß; zwar nicht ihrer Absicht, aber ihrer Wirkung nach.

Nicht einmal die Stockreaktionäre waren solche nationale Schädlinge. Die rohe, brutale, ungeschminkte Reaktion hätte nie so schädlich wirken können; weitaus die Mehrheit der Bevölkerung hätte sich gegen sie erhoben und sie zurückgeworfen. Der König Alexander Jannai sagte auf seinem Sterbebett zu seiner Gemahlin und Thronfolgerin Alexandra: „Fürchte nicht die Entschiedenen unter den herrschenden Parteien, aber fürchte die gefärbten Zwitter, welche immer die Augen fromm aufschlagen und von edlen Phrasen triefen, und dabei immer im Trüben fischen wollen.“

Im gegenwärtigen Wahlrechtskampf zeigt sich wiederum, weß Geistes Kinder die Nationalliberalen sind. Ihre ganze Haltung zielt darauf ab, die Stoßkraft der Bewegung abzuschwächen und sie möglichst verpfuschen und versanden zu lassen durch miserable Afterreförmchen, die keinen Hund vom Ofen locken. Die „Kölnische Zeitung“ hat es sogar neulich fertig gebracht, den plutokratischen Charakter der Dreiklassenwahl dreist in Abrede zu stellen — man kann sich denken, mit welchem faulen Zauber.

Nur einer ist in der nationalen Muckerei den Nationalliberalen vielleicht noch überlegen. Der Fürst Bülow. Hat er es doch fertig gebracht, sogar die Polenenteignungsvorlage als „national“ abzustempeln, und was er gegen das gleiche und geheime Stimmrecht Verunglimpfendes geäußert hat, ist mit dem Begriff „national“ Geschwisterkind. „National“ ist seine Leib- und Lieblingsphrase, womit er auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie führt, und womit er die Reichstagsauflösung wegen Ablehnung der Kolonialkredite begründet hat. Auch den Block weiß er damit zusammenzuhalten. Die freisinnige und demokratische Linke ist ja eine gelehrige Schülerin der Nationalliberalen in der nationalen Muckerei.

Politische Uebersicht.

Der neue Mann an der Arbeit.

Wenn richtig ist, was die „Militär.-Pol. Korresp.“ über die Finanzpläne des Herrn Sydow mitteilt, so bewegt er sich völlig im alten Geleise, obwohl gesagt wird, daß die Stengelschen Pläne einer fundamentalen Umarbeitung unterzogen werden. Die auch jetzt noch festgehaltene Mehrbelastung des Branntweins dürfte die Gestalt einer reinen Fabrikatsteuer erhalten. Die umgeformte Banderolensteuer dagegen soll, wie verlautet, vorläufig nur die teuren Tabaksorten treffen.

Damit wäre nicht viel gebessert. Aber Herr Sydow hat auch aus seinem früheren Ressort neue Pläne mitgebracht und zwar sehr schlimme. Es heißt nämlich, daß Herr Sydow abermals den PostTarif in die Höhe setzen will, und zwar bei den Zeitungen und Telegrammen. Es wird zu diesem Plan bemerkt:

„In Kreisen, die Herrn Sydow nahestehen, behauptet man, daß sein eigener Gedanke die Sanierung der Reichsfinanzen über die Postverwaltung hin sei. Ihr möchte er in der Aufbringung der Reichseinnahmen eine ähnliche Stellung zuweisen, wie sie die Eisenbahnen im Etat Preußens spielen. Angeblich setzt die Reichspost an den Postgebühren der Zeitungen jährlich fast 35 Millionen Mark zu. Etwa 11 Millionen Einnahmen auf diesem Gebiete stehen volle 45 Millionen Unkosten gegenüber. Hier will die Sydowsche Reform zuerst einsetzen und „unter gerechter Würdigung der Verhältnisse“ Mehreinnahmen von vielen Millionen schaffen. Auch eine Erhöhung der Worttaxe für Inlandtelegramme von 5 auf 7 Pfennig gehört unter die dem neuen Staatssekretär zugeschriebenen Finanzprojekte. Nur die Grundtaxe von 50 Pfennig für zehn Worte — „das Telegramm des kleinen Mannes“ — soll beibehalten werden.“

Der Plan paßt durchaus in die ganze Aera des Rückschrittes, in der wir gegenwärtig leben. Einst fiel aus dem Munde Wilhelms II. das Wort: Wir leben im Zeichen des Verkehrs. Heute muß das Wort schon dahin gemodelt werden, daß wir im Zeichen der Verkehrshemmung leben. Und man sollte doch meinen, daß die Regierung durch die Erfahrungen mit der Fahrkartensteuer und der Einführung des Ortsportos gewarnt sein müßte. Das scheint aber nach obigen Mitteilungen nicht der Fall zu sein.

Der Sprachenparagraph.

Die Reichstagskommission für das Vereinsgesetz hat noch die ganze Sonnabendsitzung mit der Beratung des § 7 ausgefüllt, ohne zum Beschluß zu kommen. Zu Beginn der Sitzung brachte der Antisemit Graef noch einen Antrag ein, folgenden Absatz hinzuzufügen:

„Die Verhandlungen können auch in einer nichtdeutschen Sprache in solchen Versammlungen geführt werden, in denen von den in § 152 der Gewerbeordnung genannten Personenkreisen ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden.“

In der Debatte trat Trimborn (Z.) entschieden für das Recht auf die Muttersprache ein. Das dürfe man auch den Polen nicht streitig machen. Durch den § 7 schaffe man zweierlei Staatsbürger, solche, die ihre Muttersprache im öffentlichen, und solche, die sie nur im privaten Leben gebrauchen könnten. Der § 7 bedeute eine Ueberspannung des Nationalitätsprinzips, die der christlichen Weltanschauung widerspreche. Bisher sei es auch ohne eine solche Vorschrift gegangen. Es würden unzählige Gelegenheiten zu Zwistigkeiten entstehen. Der Hinweis auf Oesterreich und Frankreich sei hinfällig. Er hoffe, daß sich gegen den § 7 die alte Abwehrmehrheit (Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie) wieder zusammenfinden werde, ohne Abbröckelung; das Zentrum werde fest bleiben.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg will nicht aus dem Naturrecht staatsrechtliche Deduktionen hergeleitet wissen. Innerhalb der gesamten Gesetzgebung des Deutschen Reiches bestehe das Recht des unbeschränkten Gebrauchs der Muttersprache durchaus nicht. In der Armee dürfe nicht jeder von der Muttersprache Gebrauch machen, auch nicht vor Gericht und im Verkehr mit Behörden. Das Deutsche Reich als Nationalstaat habe ein tatsächliches Staatsrecht; nicht lediglich deshalb, weil Rasse und Sprache überwiegend deutsch sind. Es sei keine Ueberspannung des Nationalitätsprinzips, daß Armee, Gerichts- und Geschäftssprache deutsch ist; warum soll da § 7 ausgeschlossen sein? Die Beweisführung Trimborns mit dem Naturrecht sei juristisch vollständig verfehlt.

Der Reichsparteiler Dr. Kolbe, ein ehemaliger Oberlehrer, malte die Polengefahr in den schwärzesten Farben. Mit dem § 7 glaubt er die Polen zu Preußen machen zu können.

Unterstaatssekretär Wermuth erklärte auch den Antrag Graef für unbrauchbar. Eine Kontrolle darüber, ob in der Versammlung tatsächlich Fragen aus § 152 der Gewerbeordnung behandelt werden, sei völlig ausgeschlossen. Die Absicht, gegen Gewerkschaften vorzugehen, liege durchaus nicht vor. Aber die tatsächliche Schädigung der Gewerkschaftsbewegung wird gleichwohl eintreten.

Der Konservative v. Puttlitz wettert ebenfalls gegen die Polen und erklärt, wenn § 7 falle, dann würden seine Freunde, die sonst den weitgehenden freisinnigen Wünschen auch gegen ihre eigenen Anschauungen im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes zugestimmt hätten, nicht mehr für das Gesetz eintreten können.

Genosse Heine sprach nochmals entschieden gegen den § 7. Der deutsche Charakter des Staates werde nicht beeinträchtigt durch das Recht der anderen, nicht nationaldeutschen Bürger. Gewaltmaßregeln seien unnötig trotz der Auswüchse des polnischen Nationalgefühls. Die Polen behandeln angeblich die Deutschen, wie die Preußen die Sozialdemokraten und Juden wirklich behandeln. Mit erschreckender Gleichmütigkeit sei der preußische Geist zu Gewalttätigkeiten geneigt, das zeige sich in der Polenpolitik besonders. Man könne vom nationalen Ehrgefühl der Polen nicht verlangen, daß sie sich am Tage nach der Annahme der Enteignungsvorlage zum Frieden bereit erklären. Vorbildlich sei die Burenbehandlung der Engländer. Wo Gewalt fehle, werde es besser. Die Beamten, die Diener des Volkes, hätten zu lernen, was das Volk braucht, also auch Polnisch. Man wolle die polnischen Organisationen vernichten. § 7 sei ein Verfolgungsparagraph. Auch der Antrag Graef sei nur eine Quelle neuer Ungerechtigkeit. Die Polen seien als Lohndrücker nach Westfalen gerufen, und nun wolle man ihnen das Koalitionsrecht nehmen. Der § 7 sei ein Schlag ins Gesicht der Gerechtigkeit, eine Unehre für das deutsche Volk.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen dem Polen Brejski und dem Unterstaatssekretär Wermut wurde die Beratung nochmals auf Montag vertagt.

Ueber die Montagssitzung meldet der Telegraph: Die Vereinskommission des Reichstages stimmte über den § 7 ab und nahm zunächst vier Absätze, 2 bis 5, des freisinnigen Antrages an und lehnte sodann in der Gesamtabstimmung vollständig den ganzen § 7 ab.

Das Reichsvereinsgesetz und die einzelstaatlichen Landtage.

Wie wir berichteten, ist sowohl dem bayerischen, wie dem hessischen Landtage ein Schreiben zugegangen, das vom koburgischen Landtage stammen soll, worin gegen jede rückschrittliche Aenderung des Vereins- und Versammlungsrechtes Einspruch erhoben wird. Nun schreibt aber die „Gothaische Zeitung“:

„Sofort von uns eingezogene Erkundigungen ergaben das überraschende Resultat, daß dem Herrn Präsidenten unseres gemeinschaftlichen Landtages ein derartiges Schreiben gänzlich unbekannt ist und daß ihm die Meldung der Blätter sehr überraschend kommt. Dadurch wird unsere Meinung nur bestärkt, daß es sich hier nur um eine Privatkundgebung eines oder einzelner koburgischer Abgeordneter handeln kann, die unter Verkennung ihrer Rechte und Pflichten ein gänzlich belangloses Privatschreiben abgehen ließen, welches bedauerlicherweise als amtliche Auslassung oder als parlamentarische Resolution abgefaßt worden ist.“

Demgegenüber besagt aber eine offiziöse Meldung aus München: „In der Angelegenheit des Schreibens des „Koburger Landtagspräsidenten“, daß Präsident v. Orterer in der Sitzung des bayerischen Landtages vom 27. d. M. verlesen ließ, wird festgestellt, daß darin der koburgische Landtagsbeschluß betr. das Vereins- und Versammlungsrecht mitgeteilt und der Unterstützung durch den bayerischen Landtag empfohlen wurde.“ —

In Gotha scheint man vergessen zu haben, daß es neben dem gemeinsamen koburg-gothaischen Landtag noch besondere Landtage für jeden der beiden Landesteile gibt. Die Münchener werden also wohl Recht haben.

Herrn Müllers Geheimnisse.

Der freisinnige Abgeordnete Müller-Sagan produzierte sich am Sonnabend im preußischen Dreiklassenparlament als Enthüller sozialdemokratischer Geheimnisse. Beim Etat des Polizeiministeriums sagte er in einer Polemik gegen den konservativen Abgeordneten Quehl u. a.:

„Wie aus den Kreisen der Arbeitgeber gemeldet wird, hat die Zentralleitung der sozialdemokratischen Partei — ich sage absichtlich die Zentralleitung, nicht der Vorstand — verfügt, daß am 18. März d. J. in den Generalstreik eingetreten wird, daß alle Arbeitnehmer, die einer sozialdemokratischen Organisation angehören, an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen sollen, um gegen das bestehende Wahlrecht in Preußen zu demonstrieren. Auf polizeilicher Seite ist man ja wohl auf solche Vorgänge vorbereitet, aber es ist doch töricht, unter solchen Verhältnissen die bürgerlichen Elemente noch weiter gegeneinander aufzubringen durch solche Uebertreibungen, wie Herr Quehl sie sich gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung erlaubte.“

Es ist nur gut, daß Herr Müller wenigstens sein Vertrauen auf die Polizei, daß sie „vorbereitet“ sei, noch nicht verloren hat. Sonst würde es ihn ja wohl den Schlaf der Nächte bis zum 18. März kosten. Im übrigen glauben wir, uns darauf beschränken zu können, eine Bemerkung der freisinnigen Berliner „Volkszeitung“ zu dem Gesagten wiederzugeben. Sie lautet:

„Herr Müller hat im Abgeordnetenhause erklärt, er habe die Nachricht von Arbeitgeberseite erfahren. Anscheinend handelt es sich hier um eine sich denunziatorisch gebende Verlautbarung scharfmacherischer Arbeitgeber, wenn man nicht von einer Wichtigtuerei ohne realen Hintergrund sprechen will.“

Block-Katzenjammer.

Dem „Retter der Reichsfinanzen“, dem Reichsschatzsekretär Sydow, widmet der Blockfreisinnige Naumann in der „Hilfe“ eine Notiz, worin es heißt:

„Es gibt zur Stunde keine eigentliche Reichsregierung, die etwas will, sondern nur einen netten Kanzler, der vom Kaiser gehalten wird, und der alle, alle Dinge auf die lange Bank schiebt, damit nicht festgestellt werden muß, ob er im Reichstag eine Mehrheit besitzt, und aus wem sie besteht. Die Volksvertreter aber müssen es sich gefallen lassen, aus der „Nordd. Allg. Ztg.“ gelegentlich zu erfahren, wem nun die Reichsfinanzen anvertraut sind. Zu sagen haben sie dabei nichts. Später aber sollen sie diesem Manne Geld schaffen. Das nennt man konstitutionelles Regiment.“

Ganz gut! Aber wer hat den Absolutismus gestärkt? Wer zog in den Wahlkampf mit der Losung: „Für die Kommandogewalt des Kaisers“? Das waren dieselben Freisinnigen, die jetzt darüber klagen und winseln, daß es keinen Konstitutionalismus bei uns gibt. Solche Leute, die vor dem „Thron“ auf dem Bauch rutschen und sich zur Belohnung eine Handvoll Orden zuwerfen lassen, dürfen sich über Absolutismus und Nichtachtung der Volksvertretung wahrlich nicht beklagen.

Vom Polizeikampf gegen ausländische Polen.

w. „Der preußischen Landwirtschaft muß geholfen werden; wenn nicht anders, dann durch Zuführung ausländischer gewerblicher Arbeiter!“ Das ist die Devise, unter der jetzt unsere Polizei- und Verwaltungsbehörden gegen ausländische gewerbliche Arbeiter vorgehen, die in ihrem Gewerbe in Preußen Beschäftigung haben. Und als Zwangsmittel führt man ihnen das Fallbeil der Ausweisung vor Augen. So erging es dem Vergolder Renkowek, einem russischen Polen, der in der bekannten Goldleisten- und Rahmenfabrik von A. Werkmeister in Berlin arbeitete und in dem Vororte Borhagen-Rummelsburg Wohnung genommen hatte. — Der Amtsvorsteher des Ortes erließ an ihn unter dem 1. Mai 1907 folgende Verfügung: „Die Beschäftigung ausländischer polnischer Arbeiter in gewerblichen Betrieben ist verboten. Sie werden

---

[11] (Nachdruck verboten.)

Gyldholm.

Ein Landarbeiterroman von Johan Skjoldborg.
Autorisierte Uebersetzung von Laura Heldt.

Per zündet seine Pfeife an.

Sophie bewegt ihren schlanken, biegsamen Körper etwas lässig, aber Maren schlägt energisch aus nach allen Seiten. Es gibt viel zu tun. Vierzehn Teller müssen geliehen werden, vierzehn Löffel, vierzehn Paar Tassen, vierzehn Paar Messer und Gabeln und außerdem noch Schüsseln und Töpfe. Etwas muß hier geborgt werden und etwas da, lauter verschiedene Dinge: blaue Teller, weiße und grüne und zinnerne Löffel und Hornlöffel durcheinander, und dann muß man noch froh sein, in den Häuschen soviel einigermaßen ordentliche Sachen zusammenkratzen zu können. Ja, es gibt noch viel zu tun.

Dann erscheint Pers Vater. Er ist groß und dunkel, wie Per selber, aber sein Haar ist grau. Er ist steif und eckig, als wäre er aus Holz, und seine knöcherne Gestalt steckt in einem Rock aus blauem, selbstgefärbtem Wollzeug, der an den Nähten weiß schimmert und an dem vom langen Tragen das Rauhe, Wollige des Stoffes ganz abgeschabt ist, so daß die Fäden des Gewebes durchschimmern.

Er ist Häusler drüben auf Lövenborg.

Eigentlich hätte er Pate des Kindes sein sollen, doch konnte er keine Stiefel leihen, die ihm paßten, sagt er; denn seine Füße sind groß, und er hat so große, krumme und gebogene Zehen.

Seufzend stellt er seinen Stock in die Ecke.

Der Alte brennt vor Verlangen, die Tür zur Küche zu öffnen, in der es kocht und brät.

Sophie empfängt ihn mit einem herzlichen Blick ihrer freundlichen blauen Augen, und er reicht ihr die Hand. „Guten Tag, mein Kind!“

Dann wendet er sich den Tüten und Flaschen zu. „Das läßt sich gut an!“ sagt er und nickt kindlich, vergnügt darüber, solchen Ueberfluß bei seinen Kindern anzutreffen. Und er lächelt, als sei es lange her, daß er so viel Eß- und Trinkbares beieinander sah.

Und nachdem er seinen steifen Körper auf einen Sitz am Tische untergebracht und man ihm Speck und Senf und eine ganze Flasche Branntwein vorgesetzt hat, sagt er: „Ja, dies hier — das sieht wahrhaftig gut aus.“

„Nun greif zu, Vater,“ sagt Per, „denn die Meinung ist, daß Du einen recht vergnügten Tag haben sollst!“

„Ich danke, mein Junge! Ja, der Verwalter sagte mir übrigens auch, morgen solle es auf eine Viertelstunde nicht ankommen. Es käme nicht so sehr darauf an, sagt er, als ich darum bat, fortgehen zu dürfen . . . er ist wirklich ganz manierlich, unserer — einer muß ja doch kommandieren — wie ist Eurer denn?“

„Unserer? Das ist ein rechter Schreihals! Prost, Vater!“

Per schenkt fleißig ein, und auf des Vaters Gesicht zeigen sich dunkelrote Flecke, die sich nach und nach über den ganzen Nasenrücken ausbreiten.

„Das ist richtig — ich soll auch von Mutter grüßen. Sie fängt übrigens jetzt an zusammenzufallen, und es läuft immerfort aus ihrem Loch am Bein; Gott mag wissen, was es ist, aber derlei Dreck gibt es ja genug. Und dabei will sie doch noch immer mithumpeln, das alte Wrack, so verschlissen sie auch ist. Es ist wahrhaftig schlimm genug für unsereinen, und dabei ist man doch 'ne Mannsperson. Nein, was ich noch sagen wollte, ich hatte ja Krän Löts Stiefel an, aber ich konnte, hol mich der Teufel, nicht darin gehen.“

„Weißt Du was?“ Per denkt nach. „Ob die vom roten Jens Dir nicht passen könnten?“

„Glaubst Du, daß ich die leihen könnte?“

„Wenn er nur welche hat!“

„Ja. Das Opfergeld, das hab ich!“ Der Alte greift in die Westentasche, um sich zu vergewissern, daß das Geld noch dort, in Papier eingewickelt, liegt.

Es zeigt sich, daß des roten Jens Stiefel nicht ganz unmöglich sind, namentlich nach einer Behandlung mit Fett und Kienruß.

Und als Maren danach in aller Stille Pauls besten Rock für ihn herbeiholt, sieht der alte Holt wirklich recht gut aus.

Er steht und betrachtet sich selbst mehrmals von oben bis unten: „Nun könnt ich, meiner Seel, reisen, wohin es auch sein sollte — meint Ihr nicht auch?“

„Ja, gewiß könntest Du das, Du alter Wichtigtuer,“ sagt Maren gutmütig-rauh und lächelt, „aber sorgt Ihr Mannsleute nun dafür, daß Tische und Stühle geholt werden; wir müssen doch was zum Sitzen haben, und Sophie und ich haben genug mit unserem Kram zu tun!“

Zum Frühstück sind nur diejenigen da, die bei der kirchlichen Handlung zugegen sein sollen. Zuerst natürlich Amalie, die das Kind halten wird. Sie besitzt ja die feinsten Kleider und auch Band und Staat, um das Kind herauszuputzen. In der Beziehung ist in der ganzen Häuserreihe keine, die es ihr gleichtun könnte. Die zweite Hauptaufgabe, nämlich das Halten des Häubchens, ist Jakobus' Frau zuerteilt. Bolette besitzt ja wieder andere Eigenschaften, durch die sie in den Kätnerhäusern eine bevorzugte Stellung einnimmt. Dann ist noch der große Paul da, der fahren soll, Jakobus, Tammes und Pers Vater.

Leider zeigt es sich indessen nach beendetem Frühstück, daß der alte Holt kaum noch auf den Beinen stehen kann; er ist ganz fertig.

„Der kann nicht mehr!“ sagt Paul und schaut überlegen den alten Mann an, den die allzu große Freude übermannt hat. „Der befestigt keinen Strang am Wagen mehr, der ist fertig!“

Doch Maren antwortet ihm: „Spiel Dich nur nicht auf! Die Sonne ist noch nicht untergegangen und Du hast schon so viel, wie Du vertragen kannst — Du Tölpel!“

Der alte Holt muß in die hinter der Stube gelegene Kammer geführt werden, wohinein man in Anbetracht des Festtags das Bett gebracht hat.

Es ist Zeit zum Aufbruch. Tammes schleicht leise und vorsichtig umher, als sei er seiner Bewegungen nicht ganz Herr; er zerrt an seiner Kleidung, damit alles stramm sitzt, und reibt seinen Pfeifenkopf am Aermel blank. Jakobus spielt sich auf in einem geliehenen Rock mit langen Schößen und unglaublich großen Seitentaschen. Dabei plappert er unaufhörlich über alles Mögliche und Unmögliche und biegt den Pfeifenschlauch hin und her. Die Weiber zupfen, zerren und verbessern an ihrem Anzug. Bolette wackelt so mit dem Hinterteil, daß das verblichene, grüngrau schillernde schwarze Kleid in all seiner Dürftigkeit hin und her pendelt. Sie ordnet ihr trocknes Haar mit den heller gefärbten, starrenden Spitzen, das aussieht, als habe Wind und Wetter es gebleicht. Dann legt sie die wattierte Kapuze an und fragt, wie sie sitzt. Amalie aber prangt in einem jener billigen Damastkleider und trägt um den Hals einen roten Seidenschlips mit schwarzen Blumen in den gefransten Enden. Ihr Hut hat einen hohen Kopf, ist schwarz und mit roten Astern verziert. Zum Schluß vervollständigt sie ihren Anzug dadurch, daß sie einen kleinen französischen Shawl um ihre Schultern hängt.

Der große Paul hält vor der Tür mit einem Gutswagen. In jeder seiner beiden knochigen Hände hält er eine Leine und sitzt so steif und feierlich da, als seien seine Gedanken weit fort, beschäftigt mit ernsten Dingen.

Die Paten und Taufzeugen steigen ein mit einem Gesichtsausdruck, der verrät, wie gut sie wissen, daß sie ein Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit von allen Türen und Fenstern her sind.

Amaliens geblümter Shawl ist der farbenreiche Mittelpunkt all der Pracht, die die Gyldholmer Kätnerhäuser an diesem großen Tage entfalten.

Paul kehrt sich halb um: „Sind wir nun fertig? Na, denn los in Jesu Namen. Hol's der Teufel, nun fahren wir los!“

Und fort fährt der Wagen, dem viele Blicke folgen, als gälte es eine Reise nach Amerika.

Der alte Holm erwacht und schlägt die Augen auf. Im Zimmer stehen zwei im rechten Winkel aneinander gestellte Tische mit weißen Tischtüchern. Er reibt sich die Stirn und blickt von neuem hin. Auf dem Tischtuch stehen Teller, und eine Frau tritt herein mit Messern und Gabeln.

Es beginnt dem Alten zu dämmern. Er begreift. Etwas wenigstens. Er faßt in die Westentasche, wo das Opfergeld gelegen hat — es ist noch da. Die Stiefel des roten Jens stehen da, und Pauls Rock hängt am Balken, und es ist so still . . . .

Das Gesicht des Alten nimmt einen bekümmerten Ausdruck an, und er schüttelt den Kopf.

Wie im Aerger schleudert er die Beine über die Bettkante hinaus und sagt: „„Da soll doch gleich der Teufel dreinfahren!“

Es gelingt ihm, die krummen steifen Finger zu falten, und er stützt die Ellbogen auf die Knie. Als seine Blicke auf die sandgestreute Diele fallen, schüttelt er abermals den Kopf. Und dabei bewegt er eifrig die Füße, so daß die weißen Zehenspitzen der blauen Strümpfe auf und ab hüpfen.

„Das war doch wirklich jammervoll, daß es mir so gehen mußte — nicht Sophie?“

„Nimm es Dir nur nicht zu Herzen, Großvater,“ tröstet sie ihn freundlich.

„Ach ja, ich muß mich ja schämen — auch um Euretwillen!“

„Derlei nimmt man doch nicht so genau.“

„Ich würde mich ja den Teufel drum scheren, wenn ich nicht hätte Gevatter stehen sollen. Aber ich sollte doch beim Kleinen Gevatter stehen, vergiß das nicht!“

Sophie lächelte: „Ihr habt aber auch einen ganz gehörigen Posten zu Euch genommen.“

„Ja, ich war so vergnügt und fühlte mich so wohl, verstehst Du, und da glitt es denn so leicht herunter — und wäre es in meinen jungen Jahren gewesen, dann hätte ich wohl meinen Mann gestanden, aber . . . das ist doch auch ein Teufelskerl von Mann, den Du hast, Sophie.“

Sie lächelt.

Doch der Alte schüttelt wieder den Kopf. „Ich hatte mir doch so bestimmt vorgenommen, bis nach dem Kirchgang zu warten, denn nachher, da . . . .“

Die Taufgäste kehren zurück, und die Geladenen stellen sich ein — ein Dutzend Menschen, die zum Fest erschienen sind.

Aus großen irdenen Schüsseln löffeln sie die Gerstensuppe, bescheiden, mit langsamen Bewegungen, als wenn sie gar nicht hungrig wären; nur die Augen sind hurtig und halten Ausguck nach den Rosinen.

Das dauert lange, und eine Schüssel nach der anderen wird geleert.

Fast hat es den Anschein, als geniere das Tischtuch diese Menschen, die in den Leutestuben des Rittergutes groß geworden sind, und als müßten sie sich anstrengen, so manierlich zu sein.

deshalb aufgefordert, sich binnen 14 Tage in einem landwirtschaftlichen Betriebe, wo die Beschäftigung derartiger Arbeiter zugelassen ist, Stellung zu suchen. Sollten sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so wird ihre Ausweisung aus dem preußischen Staatsgebiete erfolgen."

Nach vergeblichen Beschwerden beim Landrat und beim Regierungspräsidenten klagte R. beim Oberverwaltungsgericht zu Berlin. Dieses wies die Klage zunächst ohne mündliche Verhandlung durch einen schriftlichen „Vorbescheid" ab. Das Gericht ging davon aus, daß die Klage im Verwaltungsstreitverfahren überhaupt nicht gegeben sei, weil keine polizeiliche Verfügung im Sinne des § 127 des Landesverwaltungs-Gesetzes vorliege. Die Aufforderung enthalte kein Gebot, welches mit einem der im § 132 desselben Gesetzes angeführten Zwangsmittel durchgesetzt werden sollte. R. habe nicht zur Beschäftigung in einem landwirtschaftlichen Betriebe polizeilich gezwungen werden sollen, sondern ihm sei nur angedroht, daß er bei Nichtbefolgung ausgewiesen werden würde. Damit sei eine polizeiliche Verfügung erst in Aussicht gestellt worden. Gegen die Landesverweisung würde ihm übrigens nach dem Gesetz, weil er kein Reichsangehöriger sei, die Klage auch nicht zustehen.

Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Liebknecht, beantragte mündliche Verhandlung. In einem ausführlichen Schriftsatz wurde aus Rechtserwägungen heraus die Auffassung des Gerichtsbescheides bekämpft, daß es sich um keine angreifbare polizeiliche Verfügung handle. Hervorgehoben wurde, daß § 132 des Landesverwaltungsgesetzes die Behörden nur berechtige, ihre Anordnungen durch die speziell angeführten Zwangsmittel durchzusetzen, sie dazu aber nicht verpflichte. Selbst ohne die Androhung eines solchen Mittels wäre also das Verwaltungsstreitverfahren zulässig. Der § 127 solle vor polizeilichen Uebergriffen schützen. Deshalb treffe er seine Bestimmungen über das Rechtsverfahren gegen polizeiliche Verfügungen. Die Behörden könnten sich nicht dem entziehen, indem sie einfach in eine Verfügung hineinschrieben, sie wollten ein Zwangsmittel anwenden. Besonders, wo man die Kühnheit besitze, zu sagen, die Beschäftigung ausländischer polnischer Arbeiter in gewerblichen Betrieben sei verboten. Hier handle es sich zweifellos um eine Anordnung mit amtlichem Charakter. Die Polizei habe jemand zu einem Tun aufgefordert, nicht etwa gebeten. Im übrigen liege hier ohne Zweck auch eine durch eine Zwangsandrohung verstärkte Verfügung vor. Allerdings sei die Ausweisung keines der Zwangsmittel des § 132. Daraus ergebe sich aber nur, daß kein erlaubtes, sondern ein unerlaubtes Zwangsmittel angedroht sei. Ferner sei ja richtig, daß der Reichsausländer keine Klage gegen eine Ausweisung habe. Das berechtige doch aber die Polizei nicht, eine ihrer Befugnisse auszuüben, um anderes zu erreichen. Die Polizei habe kein Recht, jemanden zu zwingen, landwirtschaftliche Arbeit zu übernehmen; das wolle sie aber hier, indem sie das Zwangsmittel der Androhung der Ausweisung benutze. — — — Rechtsanwalt Theodor Liebknecht betonte noch in der Verhandlung, daß hier nicht einmal die Behauptung aufgestellt sei, R. hätte sich lästig gemacht. Man habe sich lediglich daran gestoßen, daß R. gewerblich und nicht landwirtschaftlich tätig sei.

Das Oberverwaltungsgericht wies, unter Aufrechterhaltung seines Bescheides, die Klage ab und führte aus: Der Kläger würde recht haben mit seinen Ausführungen über die Verfügung, wenn nicht der ganze Inhalt der Verfügung darauf hinwiese, daß es sich nicht um eine selbständige polizeiliche Auflage handele, sondern lediglich um die Mitteilung der Bedingung, unter welcher R. nicht die Ausweisung zu gewärtigen habe. Gegen die Ausweisung selbst stände ihm ein Klagerecht nicht zu. Also habe ihm der Gerichtshof auch gegen die Mitteilung der Bedingung, unter der er die Ausweisung vermeiden könnte, ein Klagerecht nicht zuerkennen können.

Amtliche Ostmarkenvereins-Agitation.

Wie in den „Ostmarken" die Hakatisten-Agitation amtlich betrieben wird, zeigt folgende Mitteilung: Der Agitator des Ostmarkenvereins, Oberst a. D. Schreiber, sprach kürzlich in Mewe in Westpreußen. Zu der Versammlung hatte nicht bloß die dortige Ortsgruppe des Ostmarkenvereins Einladungen ergehen lassen, sondern der königliche Kreisschulinspektor in Mewe hatte diese, wie das „Westpr. Volksbl." berichtet, auch sämtliche Lehrer seines Bezirkes versandt mit folgendem Schreiben:

Königl. Kreisschulinspektion Mewe, 13. Februar 1908.
Tgb. Nr. 483.

Unter Hinweis auf den Staatsministerial-Erlaß vom 12. April 1898 mache ich hiermit auf die Veranstaltung des Ostmarkenvereins in Mewe vom 18. d. M. aufmerksam, wozu ich eine angebogene Einladung übersende.

von Homeyer.

An die Lehrer meines Aufsichtsbezirkes.

Die „angebogene" Einladung bestand aus einem Doppelbogen, also vier Seiten. Auf der ersten befand sich die Tagesordnung und auf der letzten vorstehende „amtliche" Verordnung. Der Kreisschulinspektor macht also hier amtlich auf eine Privatveranstaltung des Deutschen Ostmarkenvereins „aufmerksam" und dies unter Ausnutzung der ihm in seiner amtlichen Eigenschaft zustehenden Portofreiheit. Das Kuvert trägt nämlich die Aufschrift: „Frei lt. Ablösung!"

Mittelstandsrettung durch Vater Staat.

Der Kampf gegen die Konsumvereine, wie er von den Kleinkrämern und den Militärvereinen in Sachsen geführt wird, hat immer noch nicht das gewünschte Resultat gebracht. Nun scheint der sächsische Staat in die Schranken treten zu wollen. Es werden gegenwärtig auf den Leipziger Bahnhöfen Erhebungen angestellt. Durch Bekanntmachung an den Diensttafeln der Eisenbahner werden sämtliche Beamte aufgefordert, sich zu einer Befragung umgehend im Bureau zu melden. Den Beamten wird dort die Frage vorgelegt, ob sie selbst oder ihre Frauen Mitglied eines Konsumvereins sind. Im Personalverzeichnis wird dann ein Vermerk gemacht.

Der einzige Sozialdemokrat im sächsischen Landtag, Genosse Goldstein, hat darum folgende Interpellation eingebracht: „Ist dem königlichen Finanzministerium bekannt geworden, daß auf Stationen der sächsischen Staatseisenbahnen, Angestellte der Bahnen, welche Konsumvereinen als Mitglieder angehören, aufgefordert worden sind, aus denselben auszutreten, auch ihre Frauen, falls diese Mitglieder sind, zum Austritt zu veranlassen? Entspricht die Befragung, bezw. Aufforderung an die Beamten, wie solches vorerst aus Annaberg und Zwickau bekannt geworden, einer allgemeinen Anweisung der königlichen Generaldirektion der Staatsbahnen? Endlich: Billigt der Herr Finanzminister ein solches Vorgehen in seinem Ressort?"

Bei einer früheren Gelegenheit, als die Mittelständler gegen die Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen zu Felde zogen, hat die sächsische Regierung in einer Denkschrift den Konsumvereinen als wirtschaftliche Organisation das beste Zeugnis ausgestellt. Hat sich der Wind auf einmal gedreht?

Alle miteinander, Männer und Frauen, tragen den unverkennbaren Stempel ihrer Stellung als Häusler, ihre Kleidung, ihre Hände, die Haut und der übrige Körper und ihre Augen. Die Arbeit hat sie plump gemacht; die Armut hat sie hier und da gezwickt, wie man den Schafen Zeichen in die Ohren schneidet, um sie wieder zu erkennen, die tägliche Plackerei hat sie gescheuert und geschunden und ihnen im Laufe der Jahre die Fasson gegeben, die sie haben, und Entbehrung und Unterdrückung haben ihre Blicke so anspruchslos und schlaff-zufrieden gemacht.

Doch ihre Zähne sind gesund und zerbeißen die Pflaumensteine, daß die Schalenstücke nach allen Seiten springen.

Per Holt steht noch in dem jugendlichen Alter, wo der Körper allein kraft seiner gesunden Säfte blüht. Er sieht verwegen-leichtsinnig aus und geht in Hemdärmeln hin und her, um die Gläser zu füllen. Und nach und nach kommt Leben in die toten Augen der Tischgäste, und die Freude stellt sich ein, herbeigerufen durch die Genüsse des Augenblicks.

Sofort, nach beendeter Mahlzeit, müssen die Frauen zum Melken aufs Gut. Die Männer aber setzen sich an die Kaffeepünsche*), erhitzt von all dem, was in ihrem Magen zu kochen und aus allen Poren hervorzudünsten scheint.

Der rote Jens beginnt sein Lieblingsthema.

Einmal, es war im Fallinger Krug, schlug er sich mit zwei Ziegeleiarbeitern und einem Schweden.

„Da war natürlich Frauenzimmerhallo und Wind in den Segeln. Sie hielten gegen uns zusammen und drei schlimme Burschen waren es. Doch da gab ich dem einen meinen Stiefelhacken grad in die Schnauze, daß er bei meiner Seelen Seligkeit auf der Stelle hinschlägt, und im selben Moment renne ich dem andern den Schädel in den Bauch, daß er aufbrüllt wie ein Weib in Kindesnöten . . . ich kenne ja alle die empfindlichen Stellen des Körpers," lächelt Jens. „Aber da sticht der Schwede mir ein Messer in den Nacken und das blieb sitzen, denn in all der Eile vergaß er, es wieder herauszuziehen . . . Hier könnt Ihr sehen!"

Jens beugt sich vornüber, und alle müssen hin, um die weiße Narbe in dem rotgefleckten Stiernacken in Augenschein zu nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Bücher und Schriften.

Das Preußische Gewerbesteuergesetz. Amtliche jetzt gültige Fassung. Verlag: L. Schwarz & Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80. Preis 60 Pf. In dem gleichen Verlage und zu gleichem Preise wie 1. „Der Praktische Ratgeber bei Steuer-Reklamation nebst Preuß. Einkommensteuergesetz". 2. „Das Neue Preuß. Ergänzungssteuergesetz" ist obiges für jeden gewerblich tätigen Steuerzahler überaus wichtige Gesetz erschienen.

*) Dänisches und nordschleswigsches Getränk, bestehend aus heißem, schwarzem Kaffee, Zucker und Branntwein.

Und abermals Entdeckung von kolonialen Schätzen!

Wir haben in letzter Zeit die „Entdeckungen" zu registrieren versucht, die in diesem Jahre — wie immer vor Beratung des Kolonialetats — von patriotischen Entenzüchtern gemacht werden und dann den Jubel aller Kolonialsportsmen erwecken. Phosphatlager, ostafrikanische Seidenraupen, allerlei Metalle sind in den letzten Wochen „entdeckt" worden, und man hätte meinen sollen, nun sei die Phantasie der Kolonialreporter erschöpft, zumal das schon Jahre lang so fortgeht. Dennoch hat die „Köln. Ztg." heute etwas neues! Sie läßt sich aus Südwestafrika berichten: „Das Vorkommen wertvoller abbauwürdiger Marmorablagerungen in nächster Nähe der Staatsbahn ist festgestellt und eine Probesendung nach Deutschland verschifft worden. Hoffentlich gelingt die geplante Gründung einer Deutschen Marmorgesellschaft zur Ausbeutung dieser Lager."

Eine zeitgemäße Entdeckung, die das Interesse Wilhelm II. für Südwestafrika erheblich steigern wird! Bisher mußte der Marmor für Denkmäler alter Hohenzollern und sonstiger Verwandten für teures Geld aus Italien bezogen werden. In Zukunft wird Südwestafrika so viel Marmor liefern, als für Statuen vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Hohenzollern nur irgend gebraucht werden kann. Also muß der Etat dieser hoffnungsvollen Kolonie ohne Abstrich bewilligt werden!

Der Dieb als Volksheros.

Die Verurteilung des Exministers Nasi hat in Sizilien, seiner Heimat, deren „beste Bürger" einen Teil der Beute bekamen, die landesüblichen Demonstrationen und Unruhen zur Folge gehabt. In Nasis Vaterstadt Trapani wurden bei Zusammenstößen mit der Polizei und dem Militär 52 Demonstranten verhaftet. In Palermo ist ein großer Protestumzug geplant. Ein ähnlicher Umzug wurde in Vittoria veranstaltet, wobei heftige Reden gehalten wurden.

Zur Geschichte der Ermordung Sarafows.

Aus Sofia wird depeschiert: Das Organ der Sozialisten veröffentlicht einen offenen Brief des revolutionären Bezirkscomités von Serres, der von Sandanski, Kantardschiew, Bujnow und Skrischewski unterzeichnet ist. In diesem Briefe wird die Genesis der Spaltung unten den Revolutionären der inneren Organisation gegeben und sodann ausgeführt, daß Sarafow und Garwanow sowie deren Helfer Dajew gegen die Sandanski-Gruppe eine Verschwörung angezettelt hätten, weshalb alle drei vom Serrefer Bezirkscomité, entsprechend den Statuten der inneren Organisation, zum Tode verurteilt worden seien. Mit der Vollstreckung des Todesurteils an Sarafow und Garwanow sei Panitza betraut worden. Dajew habe sich entsprechend dem Todesurteil selbst entleibt. Der Brief schließt mit der Erklärung des Serrefer Comités, es sei entschlossen, auch künftighin gegen das gegnerische Lager das gleiche System in Anwendung zu bringen.

Was eine Expedition mit modernen Kriegsschiffen kostet.

Von der französischen Regierung sind im Laufe der Marokko-Affäre 27 Kriegsschiffe an die marokkanische Küste entsandt worden, wohlgemerkt, nicht etwa große Linienschiffe, sondern Kreuzer, hauptsächlich kleine. 9 Schiffe haben zur Reparatur bereits nach Frankreich zurückkehren müssen, darunter 4 Panzerkreuzer. Ein zehntes Schiff, der Transportdampfer „Rive", ist, wie erinnerlich, vor Casablanca gescheitert und verloren gegangen. Die heimgekehrten vier großen Panzerkreuzer haben sämtlich derartige Beschädigungen auszubessern, teils am Rumpf, teils an den Kesseln und Maschinen, daß sie für lange Zeit gebrauchsunfähig sind. Dasselbe Schicksal erwartet infolge von Schäden schon jetzt, unter den an Ort und Stelle liegenden Schiffen, den „Condé" und den „Du Chayla". Die Besatzung der Schiffe, sagt ein Berichterstatter des „Petit Journal", habe während dieser Zeit zwar sehr gut das Löschen gelernt, denn sie habe eine unendliche Masse von Kisten und Kasten ausgeladen, ihre militärische Ausbildung sei aber um so mehr vernachlässigt worden. Zu dem Kostenpunkt übergehend schätzt der Berichterstatter die Ausbesserungskosten für die Panzerkreuzer auf je eine Million, für die Kreuzer zweiter Klasse auf je eine halbe Million, für die Zerstörer auf je 50 000 Frcs. und für die Transportschiffe auf je 200 000 Frcs. Dazu kommt der erhöhte Kohlenverbrauch, der ebenfalls Millionen schon verschlungen hat, und der Ersatz der verlorenen Anker, denn es ist kein Schiff, das nicht wenigstens einen Anker verloren hat. Die Angaben des „Petit Journal" finden eine gewisse Bestätigung in einigen Briefen, die aus Kreisen der Besatzung des Geschwaders in Marokko die „Humanité" veröffentlicht. Wie erinnerlich, kostete erst vor kurzem das Platzen eines Kesselrohres fünf Heizern des „Descartes" das Leben. Ein Matrose des „Condé" schreibt, daß dort dieselbe Gefahr drohe infolge Lockerung der Nieten an dem Dampfrohrwerk, welche die Dynamomaschinen verursachten. Die Regierung hat bis jetzt von diesem Stande der Dinge natürlich nichts verlauten lassen.

Unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministers Dubief aus dem Kabinett Rouvier hat die Gruppe der sozialistischen Radikalen über ihre weitere Stellungnahme zu den marokkanischen Ereignissen beraten und hierbei insbesondere die Kostenfrage erörtert. Es sollen dabei Auskünfte und Berechnungen gegeben worden sein, wonach allein die Kosten für die Ausbesserung der Schiffe sich auf insgesamt hundertfünfzig Millionen und die bisherigen Ausgaben für das Expeditionskorps sich auf fünfzehn Millionen belaufen. Letzteres wäre jedenfalls noch ein verhältnismäßig sehr geringer Betrag.

Also eine Expedition, bei der die Schiffe gar nicht ins Feuer kamen, verursacht bereits hundertfünfzig Millionen Kosten für Ausbesserung. Danach mag man sich ein Bild machen, mit welchen ungeheuren Summen bei einem Seekriege zu rechnen wäre.

Marokko.

Ueber die Beschlüsse, die im Laufe der gestrigen Besprechung der französischen Minister mit General Liautey zum mindesten im Prinzip gefaßt wurden, meldet der „Petit Parisien", daß die Methode der kleinen Nachschübe, die sich bisher so wenig bewährte, aufgegeben werde. Casablanca und die Nachbarpunkte sollen so befestigt werden, daß man den feindlichen Angriffen unbesorgt entgegensehen könne. Zum Mittelpunkt dieses ganzen Gebietes dürfte Ber Reschid ausersehen werden, das auch als Lebensmittel- und Munitionsdepot dienen und durch eine schmalspurige Feldbahn mit Casablanca verbunden werden soll. Die Regierung hofft, daß 3000 Mann Verstärkungen zur Durchführung aller notwendigen Operationen ausreichen werden. Was Sultan Abdul Asis anbelangt, so glaubt man, daß er Azemmur besetzen müsse, um Mulay Hafid vom Meere abzuschneiden. Erst dann werde Abdul Asis daran denken können, Saffi zurück zu erobern.

In Paris wurde am Sonnabend Abend eine Protestversammlung abgehalten, welche eine Tagesordnung annahm, die sich gegen die marokkanische Expedition, gegen die Verfolgung kämpfender Syndikatsangehöriger und gegen die Ausweisung russischer Sozialisten aussprach. Es waren fünftausend Personen anwesend. Jaurès sprach den Wunsch aus, daß die allgemeine Zivilisation der Völker sich einzig und allein auf dem Wege der friedlichen Durchdringung vollziehen möge. Die marokkanische Expedition sei unternommen worden für die Kapitalisten.

Entgegen anders lautenden Meldungen der Blätter wird von gut unterrichteter Seite versichert, die französische Regierung werde, falls sie die Absendung von Verstärkungen nach Marokko beschließe, hiervon die fremden Mächte verständigen.

Die letzten Meldungen über die Unruhen in Tafilalet und Ksours an der algerisch-marokkanischen Grenze bestätigen, daß die antifranzösische Bewegung deutlicher hervortritt und sich auf Harka auszudehnen scheint. In Boudeni sind 3500 Mann konzentriert, um Streifzüge in das algerische Gebiet zu unternehmen. Die Eingeborenen Algeriens haben die marokkanischen Emissäre vertrieben und verhalten sich feindlich gegen die Agitation.

Die Schar, welche sich auf marokkanischem Gebiete in Boudenil, nahe der Grenze von Südoran gebildet hat, umfaßt ungefähr 1500 Mann. Heute nach Paris gelangte Nachrichten besagen, daß dieses Korps sich von der Grenze weiter entfernt und eine nördliche Richtung eingeschlagen habe.

In einem am 29. Februar, Abends, in Soukel Drin aufgegebenen Telegramm benachrichtigt General d'Amade den Kriegsminister, daß er sich nach SoukelDrin am Oued Mallah begeben habe, und zwar mit der Tirs- und Küstenkolonne, die durch Teile der Kolonnen von Berreschid und Fedalah verstärkt gewesen sei. Seine Operationen seien unter dem Schutze verschiedener Waffengattungen erfolgt. Die Kavallerie sei von Abteilungen der Nedraka, und zwar Infanterie und Reitern, mit Heftigkeit angegriffen worden und habe nach ernstem Gefechte einen Vorstoß unternommen, der den Feind zurücktrieb. Hierbei gab es französischerseits zehn Tote, darunter zwei Unteroffiziere und acht Jäger, sowie 23 Verwundete, nämlich zwei Offiziere, zwei Unteroffiziere, 18 Jäger und ein Gournier. Nach Verjagung des Gegners habe ihn d'Amade sieben Kilometer weit verfolgt und ihm bedeutende Verluste zugefügt. Hierbei sind ein Unteroffizier und zwei Algerier gefallen, sowie 13 Zuaven, davon ein Unteroffizier und 4 Algerier, verwundet worden. Der Kampf habe von 8 Uhr früh bis Nachts gedauert.

Im französischen Ministerrat erklärte nach offiziösen Nachrichten General Liautey, über die Lage in Casablanca befragt, er könne nach Durchsicht aller auf die Operationen bezüglichen Telegramme und Berichte General d'Amade vom militärischen Standpunkt aus uneingeschränktes Lob spenden.

Der Grenzkrieg in Indien beendet.

Aus Calcutta wird telegraphiert: Die Expedition gegen die Zakka Khels ist beendet und die Truppen kehren nach Peschawar zurück. Die Zakka Khels haben sich vollständig unterworfen und Bürgschaft gestellt, daß die Schuldigen, welche die letzten Einfälle unternommen haben, bestraft werden sollen.

Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten.

Durch die bürgerliche Presse läuft gegenwärtig eine Notiz, die auf Grund einer jüngst im „Vorwärts" erschienenen Notiz die Schwäche der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten bespöttelt und zu dem Schluß kommt:

„Es geht also der Sozialdemokratie in Nordamerika ganz jämmerlich, und alle Tiraden, die das verdecken sollen, haben nur dazu zu dienen, den Genossen in Deutschland Sand in die Augen zu streuen, weil man sie für zu unreif hält, die Angaben nachzuprüfen, und ihnen doch unmöglich sagen kann: Im freien Amerika, wo der Arbeiter soviel zu sagen hat und wirtschaftlich gut gestellt ist, da — geht es den Genossen und der sozialdemokratischen Lehre erbärmlich. Eine Partei von noch nicht 80 000 Mitgliedern ist in einem Lande von 20 Millionen Wählern überhaupt keine Partei von Bedeutung. Daher ist es begreiflich, daß Bebel die geplante Reise nach New-York nicht unternimmt; sie würde ihm und seiner Partei nur Enttäuschungen bringen."

Der sozialdemokratischen Presse ist es noch nie eingefallen, die amerikanischen Parteiverhältnisse zu verschleiern; wenn der „Vorwärts" nicht neulich die Daten gebracht hätte, wüßten die Tintenkulis der Kapitalistenorgane ja überhaupt nicht, wie stark oder wie schwach unsere Partei in der Union ist. Aber die sozialdemokratische Presse hat noch mehr getan; sie hat erklärt, warum der Stand der Dinge so ist. So lange in den Vereinigten Staaten noch ertragfähiges Land genug zu haben war, solange also jeder Aussicht hatte, eigenen Besitz zu erwerben, solange gab es ein Proletariat in unserem Sinne nicht; die Lohnarbeit wurde als ein Durchgangsstadium betrachtet, und so konnte sich ein proletarisches Klassenbewußtsein nicht entwickeln. Nimmt man dazu noch den traditionellen angelsächsischen Trade-Unionismus mit seiner Zünftlerei und seinem Egoismus, so versteht man, warum Dezennien hindurch der Sozialismus auf die Eingewanderten, besonders die deutschen Arbeiter beschränkt blieb und als „unamerikanisch" betrachtet wurde. Dadurch, daß jetzt die Landesreserve fast erschöpft ist, daß der Kapitalismus mit rapider Schnelligkeit sich zu seinen äußersten Konsequenzen entwickelt hat, daß demzufolge ein industrielles Proletariat ohne Aussicht auf eigenen Besitz sich gebildet hat, ist der fruchtbare Boden für den Sozialismus gegeben. Jetzt beginnt er zur Massenbewegung zu werden, an der sich die einheimischen Arbeiter beteiligen. Die 30 000 eingeschriebenen Mitglieder der Partei sind als ebenso viele Agitatoren zu schätzen, und gerade in diese Zeit der industriellen Krise und der schrankenlosen Gewalttätigkeit des Großkapitalismus und seiner Diener, der Staatsgewalt und der Justiz, verspricht der Partei ein rasches Wachstum. Auch die Dreimillionenpartei der deutschen Sozialdemokratie hatte als Vorläufer und Bahnbrecher ein kleines Häuflein!

So kann der Sozialdemokrat mit Zuversicht den weiteren, gewaltigen Fortschritt seiner Idee auf dem westlichen Kontinent erwarten. Kinderkrankheiten der Bewegung, wie jetzt wieder der Antiasiatenlärm, werden mit der Erstarkung überwunden.

Das Bombenattentat in Argentinien.

Der Anschlag gegen den Präsidenten Alkorta von Argentinien hat seinen Ursprung in der am 25. Januar erfolgten Auflösung der Kammer, die der Regierung das Budget verweigert hatte. Die Auflösung hat gewaltige Erregung hervorgerufen. Ueber den unmittelbaren Anlaß, der zur Verübung des Anschlages gegen den Präsidenten geführt haben mag, gibt ein vor dem Attentat abgegangenes Kabeltelegramm Aufschluß, das berichtet, daß die Unterhandlungen zwischen dem Präsidenten und den Parteiführern gescheitert sind. Die Parteien verlangten die sofortige Einberufung des Kongresses zur Annahme des Budgets und Aenderung des Wahlgesetzes sowie die Aufschiebung der Deputiertenwahlen bis zum April; der Präsident verlangte schriftliche Garantien seitens der Kongreßmehrheit für die Vorlagen der Regierung und das Budget. Die Parteiführer haben darauf Wahlenthaltung proklamiert.

Die Revolution in Rußland.

Sieben Hinrichtungen.

Sieben durch das Kriegsgericht wegen des angeblichen Anschlages auf den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch und auf den Justizminister zum Tode durch den Strang verurteilte Terroristen, darunter der angebliche Mario Calvino, der sich für einen Italiener ausgab, wurden am Sonntag hingerichtet.

Der italienische Professor Mario Calvino erklärte dem Polizeipräfekten von Rom gegenüber, vor einiger Zeit habe ihm ein Russe mitgeteilt, daß eine russische Gesellschaft, die in Rußland Ländereien besitze, einen tüchtigen Landwirt suche. Der Russe habe ihn dann aufgefordert, sich einen Paß ausstellen zu lassen. Er habe sich einen Paß ausstellen lassen, der ihm aber abhanden gekommen sei, auf welche Weise, wisse er jedoch nicht. Die römische Polizei glaubt, daß der in Petersburg Verurteilte ein gewisser Wsevold Lebedinzeff aus Odessa, Student der Astronomie ist, der sehr gut italienisch sprach.

Tages-Bericht.

Montag, den 2. März.

Hamburg.

Lehrermangel in Preußen, Lehrerüberfluß in Hamburg.

In diesem Jahre verlassen mindestens 120 ausgebildete junge Lehrer und Lehrerinnen für die Volksschulen die jetzt hier bestehenden vier Seminare. Wie verlautet, werden aber zu Ostern nur etwa die Hälfte im hiesigen Volksschuldienste Verwendung finden können. Teilweise rührt das daher, daß in der innern Stadt eine ganze Reihe Klassen eingehen. Wie wäre es, wenn man die momentan überschüssigen Lehrkräfte gegen vertragsmäßige Zusicherung guter Behandlung und angemessener Bezahlung dem ihrer so bedürftigen großen preußischen Nachbar überließe?

o. **Belastung der Vororte durch die Hamburger Industrie.** Zur weiteren Illustration dieses Themas sei darauf hingewiesen, daß Oststeinbeck in diesem Jahre gezwungen ist, an Gemeindeeinkommensteuer 300 pZt. Zuschlag zur Staatssteuer zu erheben. Das bedeutet bei M. 1200 Reineinkommen insgesamt M. 48 Steuer! Altrahlstedt sieht sich heuer gezwungen, die Einkommen- und Gebäudesteuer um 20 pZt., die Grundsteuer um 55 pZt. und die Gewerbesteuer um 20 pZt. zu erhöhen.

Aus der Theaterwelt. Deutsches Schauspielhaus. Dienstag werden in großer Ausstattung Grillparzers „Der Gastfreund" und „Die Argonauten"; Mittwoch Hebbels „Ein Trauerspiel in Sizilien" und „Julia"; Donnerstag „Dr. Klaus"; Freitag „Die Rabensteinerin" und Sonnabend die Philippische Novität „Die Ernte" gegeben. Für Sonntag Abend ist „Dr. Klaus" angesetzt. — Im Hamburger Stadt-Theater findet am Dienstag eine Aufführung von „Wallensteins Lager" und „Piccolomini" statt. Für diese klassischen Vorstellungen gelten volkstümliche kleine Preise. Zu Mittwoch ist „Walküre" angezeigt (Anfang 7 Uhr), zu Donnerstag die Oper „Carmen". Die nächste Sonntag Nachmittag-Vorstellung zu kleinen Preisen setzt sich aus drei Werken zusammen, dem musikalischen Lustspiel „Das süße Gift", den Opern „Cavalleria rusticana" und „Der Bajazzo". Im Altonaer Stadttheater wird Dienstag Kreutzers romantische Oper „Das Nachtlager zu Granada", vorher die einaktige Oper „Das ewige Feuer" gegeben. Mittwoch wird das Lustspiel „Durch die Intendanz" und der Einakter „Die Silberfischchen" wiederholt, und Donnerstag geht Shakespeares „Othello" zu kleinen Preisen in Szene. Am Freitag findet bekanntlich zum Benefiz für den beliebten Künstler Herrn Robert Scholz die Uraufführung des vieraktigen Schauspiels „Sankt Elms-Feuer" von Peter Werth statt. — Im Schiller-Theater findet am Dienstag das zweite Gastspiel Rudolf Schildkrauts statt. Gegeben wird „Die Räuber". Am Mittwoch geht „Wohlthäter der Menschheit" in Szene und am Freitag findet das Benefiz für Herrn Julius Seibler mit „Die Reise durch Berlin in 80 Tagen" statt. Zum Sonnabend machen wir auf das Konzert Alex. Petschnikoff unter Mitwirkung von Frau Eleonore Gluß-Schachtrupp, Sopran, und der Singakademie von 1883 aufmerksam.

Hafen und Schifffahrt.

Die Werftenfusion gescheitert!

Am Sonnabend fanden in Rostock, Kiel und Tönning die Generalversammlungen der Neptun-Werft, der Howaldtswerke und der Eider-Werft statt zur Beschlußfassung über die von den Verwaltungen beantragte Betriebsgemeinschaft. Es war in den letzten Tagen nicht mehr zweifelhaft, daß der Antrag kaum Aussicht auf Erfolg haben würde, nachdem sich in allen Lagern starke Opposition geltend gemacht hat und die Rostocker Bürgerschaft sich gegen das Projekt auflehnte. Ja selbst die Manager der Vereinigung scheinen das rechte Zutrauen verloren zu haben, andernfalls hätten sie sich rechtzeitig durch Ankauf von Aktien die Majorität für die Generalversammlung gesichert. Die Ablehnung ist von den Howaldtswerken ausgegangen, die von vornherein gegen den Plan gewesen sind, da nach der Ansicht eines Teiles der Verwaltung der Verkauf der Werftanlagen zu wenig vorteilhaften Bedingungen erfolgt. Als Grund wird das Scheitern der Verhandlungen mit einer anderen Werft angegeben. Es handelt sich hierbei um die Kochsche Werft in Lübeck, die bisher gegen jeden Anschluß an die projektierte Interessengemeinschaft der Schiffswerften war. Ob es neuen Verhandlungen gelingen wird, diese Werft zum Abschluß zu bewegen, muß abgewartet werden. Jedenfalls wird das ganze Projekt wiederkehren.

In der Generalversammlung der Neptunwerft in Rostock äußerte sich der Genosse Asch, der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, vom Standpunkte der Arbeiterschaft im allgemeinen. Er führte an, daß die Arbeiter solche Dinge vom Gesichtspunkt der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung ansehen und von der Tatsache ausgehen, daß der Großbetrieb leistungsfähiger ist als der Kleinbetrieb. Es ließe sich nicht verkennen, daß die geplante Fusion eine höhere Stufe der Produktion darstellen würde und daß Kirchturmsinteressen demgegenüber zu schweigen hätten. Den Arbeitern sei es an sich egal, ob sie bei dem Einzelbetriebe Neptun-Werft oder bei den fusionierten Werften in Beschäftigung stehen; darum sei es auch verkehrt, diese Frage, wie von gewisser Seite geschehen, mit den Interessen der Arbeiter verquicken zu wollen. An den Punkt des Geschäftsberichts, der auf die erfolgte Einführung der 9½stündigen Arbeitszeit hinweist, anknüpfend, führte Asch aus, daß noch eine Reihe von Wünschen der Arbeiter vorhanden sei. Die Aktionäre könnten ihren Einfluß zur Verwirklichung dieser geltend machen, wenn sie den Interessen der Arbeiter dienen wollten.

w. **Durch Brechen einer Schiffstreppe zwei Menschen ums Leben gekommen.** Auf dem im Strandhafen liegenden Dampfer „Helene Horn" wollten am Sonnabend Abend 7¾ Uhr mehrere Schiffsleute mit dem neben dem Schiffe anlegenden „Zollenführerdampfer 1" an Land fahren. Als sich die Leute auf die Schiffstreppe begaben, brach diese herunter und fünf Männer stürzten ins Wasser. Die Matrosen W. Guthge und G. Müller, sowie der Heizer W. Kalk, konnten gerettet werden, während der Heizer Eduard Fitscher aus Pumjeben (Rußland) und der Trimmer Martin Duns aus Schlock (Rußland) ihren Tod durch Ertrinken fanden. Fitscher ist 30, Duns 20 Jahre alt. Die Leichen der beiden Verunglückten konnten noch nicht aufgefunden werden. Nach Aussage der Mannschaft ist die an der Backbordseite liegende Treppe schon seit längerer Zeit schadhaft und auch schon mit Laschen befestigt gewesen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

w. **Kollisionen, Havarien, Schiffsnachrichten 2c.** Der Hamburger Dampfer „Velox", der vor einiger Zeit auf der Unterelbe bei der Kugelbaake auf Grund fest war, ist nach seiner Entlöschung nach der Werft von H. C. Stülcken Sohn verholt worden, woselbst er im Dock besichtigt und eventuell repariert werden soll. — Der Passagierdampfer „Borstel I" ist nach der Werft von Janssen u. Schmilinsky verholt worden, woselbst er auf Slip überholt und repariert werden soll. — Der Finkenwärder Fischerkutter „H. F. 215" ist in letzter Nacht auf der Unterelbe bei der Lühe von dem holländischen Dampfer „Elbe" angerannt und zum Sinken gebracht worden. Die Besatzung konnte sich in ihr Beiboot retten. Der Dampfer „Elbe" setzte nach dem Unfall die Reise fort. — Der Schleppdampfer „Elise", der mit Kollisionsschäden nach der Werft von Janssen u. Schmilinsky gebracht worden ist, hat dort einen neuen Kessel erhalten und ist repariert worden. Der Dampfer wurde heute wieder in Dienst gestellt. — Der Fährdampfer „S. Hinrichsen", der vor einiger Zeit mit dem Schleppdampfer „Pauls und Blohm" in Kollision war und Plattenschäden erlitt, ist nach der Werft von H. Brandenburg zur Reparatur gekommen. — Die englische Bark „Inverclyde", die vor einigen Tagen im Nebel von einem unbekannten Dampfer angerannt wurde und Schaden über der Wasserlinie erlitt, ist nach der Werft von Blohm u. Voß zur Reparatur verholt worden. — Der Schleppdampfer „Pirat 3", der durch Kollision Schaden an der Reling erlitt, ist nach der Werft von Janssen u. Schmilinsky zur Reparatur gekommen. — Der Dampfer „Eleanor", der mit Schaden an seiner Maschine hier eintraf, hat während des Löschens an seinem Liegeplatz repariert. Der Dampfer ist von hier wieder seewärts abgegangen. — Die Hamburger Viermastbark „Anna", die mit Segelverlust und Deckschäden aus See zurückkam, hat, in Cuxhaven liegend, neue Segel erhalten und ist repariert worden. Die Bark hat heute die Ausreise nach Sydney wieder angetreten — Der Hamburger Dampfer „Lusitania", der auf seiner letzten Reise bei Venedig auf Grund fest war, ist nach der Werft von Blohm u. Voß verholt worden. Dort soll der Dampfer im Dock besichtigt und eventuell repariert werden. — Der schwedische Dampfer „Galathea", der im Kohlenhafen mit dem englischen Dampfer „Apurima" in Kollision war, ist von hier nach Stockholm abgegangen. Da sich der Schaden über der Wasserlinie befindet, soll er dort repariert werden. — Der Hamburger Dampfer „Otavi", Kapitän Schütt, hat auf der Ausreise von Antwerpen mit dem Schleppdampfer „Juels" kollidiert. Der eingenannte Dampfer hat über der Wasserlinie Plattenschäden erlitten. Er soll nach der Entlöschung hier repariert werden.

w. **Schiffsverkehr im Hamburger Hafen.** Im Monat Februar trafen hier ein: 720 Dampfer, 34 Segelschiffe, 75 Schleppzüge und 147 sonstige Seefahrzeuge, im ganzen 1121 Seeschiffe. Es waren 147 Schiffe mehr eingetroffen als in den ersten beiden

Verlegung der Altona-Kaltenkirchener Eisenbahn von der Provinzialstraße. Ueber die Verhandlung betreffs der Verlegung der Altona-Kaltenkirchener Eisenbahn von der Provinzialstraße von Altona bis Quickborn, die mit sämtlichen beteiligten Gemeinden des Kreises in Eidelstedt stattfand, haben wir bereits kurz berichtet. Außer dem Königl. Landrat Dr. Scheiff, der die Verhandlungen leitete, und den verschiedenen Gemeinde-Körperschaften waren, wie gemeldet, auch der Königl. Eisenbahn-Präsident Göpel (Altona), der Ober-Baurat Cäsar (Altona) und die zuständigen Amtsvorsteher zugegen. Die Verhandlungen, die einen vertraulichen Charakter trugen, dauerten, so wird jetzt berichtet, reichlich 4 Stunden. Vertreten waren die Gemeindevertreter der Gemeinden Quickborn, Hasloh, Pönningstedt, Winzeldorf, Schnelsen, Eidelstedt, Stellingen-Langenfelde. Der Königl. Landrat nahm Veranlassung, in eingehender Weise die Sachlage den Beteiligten vorzutragen. Er schilderte die Verhältnisse von der Entstehung der Bahn an, und hob die vielen Unzuträglichkeiten hervor, die sich im Laufe der Jahre ergaben. Zu dem jetzigen Zeitpunkt sei nun unter gewissen Bedingungen die Möglichkeit gegeben, die Bahn von der Provinzialchaussee fortzubekommen. Im Anschluß an diese sehr eingehenden Darlegungen fand eine Besprechung statt, nach der man sich einstimmig für die Entfernung des Bahnkörpers von der Provinzialstraße erklärte. Es war dann noch die Frage zu erörtern, in welcher Weise die Gemeinden eventuell bereit sein würden, Opfer für die Durchführung des Projektes zu bringen. Wie schon mitgeteilt, ist eine prinzipielle Einigung in der Art der Kostendeckungsfrage erzielt worden, doch sind darüber später nach weiteren Verhandlungen noch bindende Beschlüsse herbeizuführen. Damit ist in der ganzen Angelegenheit, dank der eifrigen Förderung durch den Kgl. Landrat wieder ein Schritt vorwärts getan, und es wird von den weiteren Verhandlungen abhängen, ob in diesem oder den nächsten Jahren das Projekt der Verlegung des Bahnkörpers zur Ausführung kommt. Diese Verhandlungen werden in dem Sinne zu führen sein, daß eine Einigung erzielt wird sowohl für die Richtungslinie des neuen Bahnkörpers wie über eine Grundlage der eventuell zu zahlenden Entschädigung für die Verlegung der Bahn. Der Grund und Boden für den neuen Bahnkörper und für sonstige Bahnanlagen soll von den Gemeinden innerhalb ihrer Bezirke kostenfrei zur Benutzung für die Dauer des Bahnbetriebes zur Verfügung gestellt werden.

* **Bestätigte Bürgermeisterwahl.** Die Wahl des Regierungsrats Dr. Schultze zum Bürgermeister in Altona an Stelle des pensionierten Bürgermeisters Rosenhagen ist vom König bestätigt worden. Nun dürfte es nicht lange mehr dauern, daß der Herr Dr. Schultze in sein Amt eingeführt wird.

* **Der Altonaer Kreditverein** hatte im vorigen Jahre nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes einen Umsatz von M. 274992621,94 und erzielte trotz erheblicher Kursverluste einen Bruttogewinn von M. 224087,54. Er befindet sich in der Lage, eine Dividende von 6⅔ pZt. zu verteilen. Der Bestand der beim Altonaer Kreditverein belegten Sparkassengelder betrug am Jahresschluß M. 56446383 84 und der Bestand der Gelder zur täglichen Verfügung und in laufender Rechnung M. 20906809.

* **Niedergebrannt** ist am Sonntag Morgen in Flasberg bei Lurup das Wohnhaus des Malers Nissen. Als das Feuer von einem Kinde entdeckt wurde, hatte dasselbe schon so weit um sich gegriffen, daß die Familie sich nur durchs Fenster retten konnte. Auf welche Weise es entstanden ist, konnte nicht festgestellt werden. Fast sämtliche Mobilien und zwei Schweine sind verbrannt. Der Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

* **Verhaftet** wurde ein Fürsorgezögling, der vor einiger Zeit aus der Anstalt in Rickling ausgerückt ist. Inzwischen hat er mit einem Complicen zusammen dem Ewerführerbas Wiemann in der Deichstraße 19 in Hamburg eine Partie Felle gestohlen, die einen Wert von M. 500 haben soll. Der Complice ist bereits in Hamburg verhaftet worden und ihn hat nun dasselbe Schicksal ereilt.

* **Verunglückt.** In der Gerritstraße kam gestern ein Klempner so unglücklich zu Fall, daß er eine gefährliche Kopfverletzung erlitt. Die Sanitätskolonne der Feuerwehr brachte den Verunglückten nach dem städtischen Krankenhause.

* **Brillantendiebstahl.** Am Sonnabend Mittag sind aus der Wohnung des Stauers Strauß in der Fritz Reuterstraße 6 für M. 3000 Brillanten, die der Frau des Bewohners gehörten, gestohlen worden. Als der Diebstahl, der von einem Einschleicher begangen ist, ausgeführt wurde, befand sich die Frau in einem Zimmer und paßte Kleider an, die ihr von der Schneiderin gebracht worden waren. Sie glaubte, als die Tür mit einem Schnepper geöffnet wurde, daß es ihr Mann sei, doch hatte sie sich darin geirrt. Der Dieb ist ungesehen entkommen.

* **Die Feuerwehr** mußte gestern Nachmittag nach der Dreierstraße 16 ausrücken, wo im Keller Papier in Brand geraten war. Das Feuer wurde in kurzer Zeit gelöscht.

* **„Schwerer" Diebstahl.** Gestern erschien ein Mann bei einem Produktenhändler auf dem Schulterblatt mit einer ganzen Wagenladung Eisenteile, um sie zu verkaufen. Dem Produktenhändler erschien die Geschichte sehr verdächtig, weil es sich um Metallteile handelte, wie solche bei der Reichspost für Telegraphenzwecke benutzt werden. Als beide sich noch über die Herkunft der Metallteile unterhielten, erschienen zwei Telegraphenbeamte und reklamierten die Metallteile für sich. Sie erklärten, daß dieselben von dem Lagerplatz der Telegraphenverwaltung bei der Zollvereinsniederlage gestohlen seien. Die Richtigkeit ihrer Angaben wurde sofort nachgewiesen und der mutmaßliche Dieb geriet in Haft.

* **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde laut Anzeige gestern Abend zwischen 10 und 11 Uhr bei dem Schlachtermeister Möllerig in der Holstenstraße ausgeführt. Der Dieb ist vom Hofe aus durch ein von ihm zertrümmertes Fenster eingedrungen und hat aus einer Aschschiebblade M. 400 gestohlen. Der Schlachtermeister hatte das Geld in der Aschschiebblade versteckt, weil er glaubte, daß es dort vor Dieben absolut sicher sei. Darin hat er sich aber getäuscht. Jedenfalls ist der Dieb aber mit den Oertlichkeiten und mit den Gepflogenheiten des Meisters vertraut gewesen.

* **Ein Logisschwindler** wurde von der Altonaer Kriminalpolizei in der Person des Matrosen H. aus Geversdorf, Kreis Neuhaus a. d. Oste, verhaftet. Er hat sich nach der gegen ihn erhobenen Beschuldigung auf verschiedenen Stellen Logis gemietet, ist dann nur kurze Zeit in dem Logis geblieben und hat den Logisleuten durch falsche Angaben kleine Geldbeträge abgeschwindelt. Sobald er das Geld hatte, ging er fort und ließ sich nicht wieder sehen.

Aus den Altonaer Gerichten.

* **Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes** waren heute vor dem Schöffengericht die Hafenarbeiter Rockten und König und der Wirt Osterhof angeklagt. Den ersten beiden Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß sie in einer unangemeldeten Versammlung, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigte, Leiter bezw. Redner gewesen sind, und dem Wirt wurde vorgeworfen, daß er für diese Versammlung den Platz hergegeben habe. Die drei Angeklagten wurden durch Rechtsanwalt Dr. Herz vertreten. Er bestritt, daß die Versammlung anmeldepflichtig war, denn sie sei nicht zu dem Zweck einberufen worden, um öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Die Versammelten, Arbeiter bei der Firma Wenphal u. Co., seien lediglich zusammengekommen, um wegen Akkordsätze bei ihrer Arbeitsbeim sich zu besprechen. Das sei eine ganz interne Angelegenheit und deshalb sei auch die Versammlung nicht anmeldepflichtig gewesen. Die Freisprechung der Angeklagten müsse erfolgen. Das Gericht stimmte den Ausführungen zu und erkannte auf Freisprechung.

* **Wie ein Wilder** hat sich am 18. Januar der Schauermann Th. gezeigt und sein damaliges Verhalten hat ihn auf die Anklagebank des Schöffengerichts gebracht. Er kehrte am Morgen des genannten Tages in die Wirtschaft von Reimer in der Adlerstraße ein, ließ sich Getränk geben und schlief dann am Tisch ein. Als er bald darauf an die frische Luft befördert worden war, hatte er nichts Eiligeres zu tun als in die Wirtschaft zurückzukehren. Er war furchtbar aufgeregt, schlug alles kurz und klein und bedrohte auch die Inhaber der Wirtschaft, sie erschlagen zu wollen. Dieselben mußten, um sich vor ihm zu schützen, flüchten. Als er schließlich verhaftet wurde, leistete er ganz energischen Widerstand. Am Nachmittag wurde er aus der Haft entlassen. Th. hat am anderen Tage dem Wirte M. 30 Entschädigung gezahlt, wodurch aber der Schaden nur zum geringen Teil gedeckt ist. Er wurde wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Körperverletzung und Widerstandes angeklagt. Da er in einer früheren Verhandlung behauptete, daß er von der ganzen Geschichte nichts wisse und in einem epileptischen Anfall gehandelt habe, so ist er vom Gerichtsarzt Dr. Neidhardt untersucht worden. Auch in der heutigen Verhandlung blieb er dabei, daß er sich der Vorgänge absolut nicht entsinnen könne und daß er sich in einem Zustande der Epilepsie befunden habe. Der Sachverständige erklärte, daß der Angeklagte ohne Zweifel ein Epileptiker sei, und die Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß er zur fraglichen Zeit sich in einem epileptischen Zustande befunden habe. Auf Grund dieses Gutachtens wurde der Angeklagte freigesprochen.

Wandsbeck und Umgegend.

× **Der erste „Tag" der Etatsberatung** war so öde wie möglich. Der übliche Bericht über Verwaltung und Stand der Gemeindeangelegenheit mit seinen vielen Ziffern bildete die passende Einleitung. Herr Sproessel hielt die ebenso übliche, für den wörtlichen Abdruck fertiggestellte Etatsrede, die als Vorbereitung zur Landtagslaufbahn anzusehen ist, welche der rechtsnationalliberale Herr gern einschlagen möchte. Irgendwelche Bedeutung wohnt den langatmigen Ergüssen nicht inne. Weit wichtiger war die Forderung des Stadtv. Hagreve, in der Sanierung der Volksschulverhältnisse ein rascheres Tempo einzuschlagen. Die Klassenfrequenz, die immer noch an ostelbische Zustände gemahnt, — der Durchschnitt ist auf 56 berechnet, nach unserer Ansicht sind es erheblich mehr! — sinkt nur so unmerklich, daß es in der Praxis ganz wirkungslos ist. Was an neuen Lehrerstellen geschaffen ist — darauf pochte besonders der Gymnasiallehrer Wiemann, der als W. Sch.-Mann die Arbeiter besonders in sein Herz geschlossen zu haben, versichert — gleicht dem Tropfen auf den heißen Stein. Die vielen Hunderte proletarischen Eltern unserer Volksschüler empfinden nach wie vor die Verhältnisse als eine arge und unverantwortliche Versündigung an der heranwachsenden Generation. Von den Kollegien in ihrer heutigen Zusammensetzung ist allerdings kaum eine durchgreifende Aenderung zu erwarten. Dem Schildbürgerstreich der Ablehnung der Warmbadeanstalt ward ein zweiter gleichen Wertes, wenn auch geringeren Umfanges angefügt. Um dem Platze vorm Bahnhofe ein anständiges Aeußere zu verleihen, wurden M. 150 (einhundertundfünfzig) verlangt. Es ist etwas so Selbstverständliches, daß eine Stadt auch für das Auge innerhalb ihres Verantwortlichkeitsbereichs zu sorgen, daß sie gewisse ästhetische Pflichten zu erfüllen hat, daß man es nicht hätte für möglich halten sollen, was hier geschah. Man lehnte die lumpige Summe ab! Herr Wiemann mit der Begründung, daß es die logische Konsequenz der Badeanstaltsablehnung sei. Stimmt! Ist es gleich Unsinn, hat es doch Methode! Man will es nun dem „Verschönerungsverein" freistellen, Gras über die — Klugheiten unserer Stadtväter wachsen zu lassen. Beschwerde wurde geführt über die eigenmächtige Sperrung der Marienstraße durch die Lübeck-Büchener Bahn. Der Magistrat hat „zur Wahrung seiner Rechte" Protest erhoben. Die städtischen Bureauassistenten hatten eine umfangreiche Eingabe wegen Erhöhung ihrer Gehälter eingereicht, die sie als den heutigen Teurungsverhältnissen nicht entsprechend und geringer als das Einkommen zahlreicher gelernter und ungelernter Arbeiter bezeichneten. Sie seien zu stärkster Einschränkung verurteilt und müßten bei den geringsten Vorkommnissen besonderer Art in Not geraten, so daß sie häufig gezwungen seien, Gehaltsvorschuß zu erbitten. Die Kollegien konnten sich zwar der teilweisen Berechtigung der Klagen nicht verschließen, anderseits nahmen sie den Standpunkt ein, daß man aus der kaum in Kraft getretenen neuen Besoldungsordnung eine einzelne Gruppe unmöglich herausgreifen könne und deshalb diese Wünsche bis zu einer demnächstigen allgemeinen „Regulierung" zurückstellen müsse. — Für die Mittwochsitzung kündet der Bote Kämpfe über die Frage „Polizeisergeanten oder Nachtschutzleute?" an.

× **Die städtischen Kollegien** halten am Mittwoch Abend 7 Uhr ihre nächste gemeinschaftliche Sitzung ab. Außer der Fortsetzung der Etatsberatung umfaßt die Tagesordnung folgende Sachen: Nachtrag zum Ortsstatut, betreffend die Anstellung und Versorgung der Beamten vom 16. Februar 1900, Jahresbericht des Krankenhauses für 1907, Ausbau von Straßen zwischen Jäger- und Rennbahnstraße, Beitrag zur Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung, Beschlußfassung über die Art der Ausführung der Brücke im Zuge der Manteuffelstraße, Rückzahlung von Platzmiete, Regulierung des Bürgersteiges am Neubertschen Grundstück an der Ahrensburgerstraße, Nachbewilligungen, Geschäftliche Mitteilungen. — Das Stadtverordnetenkolleg hält vorher eine Sitzung ab zwecks gutachtlicher Aeußerung über die Anstellung von Beamten und Wahl von Schiedsmännern.

× **Die Lederfabrik A.-G.** rechtfertigt die Nichtverteilung von Dividende mit verringertem Konsum infolge erhöhter Lederpreise — hier zeigt sich, wie richtig die Arbeiter beim Zolltarif behaupteten, seine Wirkung auf diesem Gebiete werde für die Armen die Parole sein: Geht barfuß! — mit dadurch verursachter Preisdrückerei und unverhältnismäßig hohen Rohhäutepreisen usw. Wörtlich heißt es im Jahresbericht weiter: „Als dann im weiteren Verlaufe des Jahres die Finanzkrisis ausbrach, wurde der Leder- wie auch der Häutehandel von einem derartigen Pessimismus ergriffen, daß die Preise gänzlich den Boden verloren. Es liegt auf der Hand, daß in diesem Zusammenbruch die Verteidigung unserer Position nicht ohne schwere Verluste möglich war. Wir müssen froh sein, daß die allgemeine Lage am Jahresschluß sich wieder zu klären begann und eine Wendung zum Besseren erwarten ließ. Allerdings haben wir den größten Teil unserer Reserven heranziehen müssen, um die vorhandenen Vorräte so niedrig in die Bilanz einzustellen, daß wir annehmen dürften, darauf einen angemessenen Nutzen zu erzielen."

× **„Hiermit warne ich** Jeden, meinem Sohn etwas auf meinen Namen zu borgen, auch ist er nicht befugt, für mich Gelder einzukassieren" — so gibt ein in der Lübeckerstraße wohnender Möbelfabrikant bekannt. Die Sache ist erklärlich, wenn man hört, daß der hoffnungsvolle Sprößling mit nahezu M. 1400 väterlichen Geldes durch die Wicken gegangen ist.

× **Ein kleines Schadenfeuer** entstand gestern, durch spielende Kinder verursacht, in der Heinsenschen Wohnung auf dem Königslande. Es wurden die Gardinen und zum Teil auch die Betten beschädigt. Den Hausbewohnern gelang es, den Brand zu löschen.

× **Aus dem Kreise Stormarn.** Die Gehöftsperre ist über die Anwesen des Malers Schleicher und des Arbeiters Kubus, Schiffbek, Friedrichstraße 13, und des Kämmers Johs. Pahlen, Großensee, wegen Ausbruchs der Schweineseuche und Schweinepest verhängt worden. — Der Kreisausschuß hält am Donnerstag, 19. d. M., 9½ Uhr Vormittags, eine Sitzung ab.

Deutscher Reichstag.

113. Sitzung.

Berlin, 2. März, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Anfangs niemand, später v. Bethmann-Hollweg und Delbrück.

Präsident Graf Stolberg erhält von dem Hause die Ermächtigung, dem Alterspräsidenten Abg. v. Winterfeld-Wenkin zu seinem heutigen 85. Geburtstag zu gratulieren.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der ersten Beratung der sogenannten großen Gewerbeordnungsnovelle.

Enders (FVp.): Die Sozialdemokratie will die Schäden, die die Heimindustrie hat, durch ihre völlige Abschaffung und Unterdrückung beseitigen. Das ist die Kur, die schon Dr. Eisenbart lebhaft empfohlen hat. (Heiterkeit bei den Freisinnigen.) Wir sind nicht dazu bereit, nur damit durch die Fabrik die Agitation der sozialdemokratischen Gewerkschaften erleichtert wird, Hunderte und Tausende von Existenzen zu vernichten. Denn wir wollen Not beseitigen, nicht Not schaffen. Die Heimarbeiterausstellung in Berlin war eine soziale Tat, aber sie war doch einseitig und tendenziös. (Unruhe b. d. Sozialdemokraten.) Für unsere Sonneberger Spielwarenindustrie sogar entstellt und unwahr. (Hört! hört! b. d. Freis., Unruhe b. d. Sozialdemokraten.) Bei ihrer Darstellung mußte man sich allerdings sagen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Aber trotz der elenden Wohnungsverhältnisse, der übermäßigen und unregelmäßigen Arbeitszeiten, der Kinderarbeit und der Mängel der Organisation ist die Hausarbeit in ihrem Kerne gesund und wirtschaftlich und sozial notwendig und berechtigt. (Unruhe b. d. Sozialdemokraten.) Nur eine lokale Regelung für die einzelnen Industrieen kann die zweifellos vorhandenen Schäden beseitigen. Heute erscheint uns notwendig, die Ausdehnung der Versicherung auf alle die Formen des Hausgewerbes, das Verbot der Kinderarbeit in allen gesundheitsgefährlichen Industrieen und das Hand in Hand gehen einer positiven Hülfsaktion mit den Verboten. Auch muß die Selbsthülfe der Heimarbeiter durch die Arbeitskammern organisiert werden; nur wenn sie die starken sozialen Waffen der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation anwenden, kann ihre Lage verbessert werden. Die Vorlagen, deren Fassung vielfach unbefriedigend ist, werden hoffentlich aus der Kommission so herauskommen, daß sie einen Markstein bilden auf dem Wege zur Gesundung des deutschen Volkes. (Bravo! b. d. Freisinnigen, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Burckhardt (WVg.) polemisiert gegen die Ausführungen der Abgg. Geyer und Molkenbuhr, die ohne Grund verallgemeinert hätten, und bespricht die Lage der Heimarbeiter seines Wahlkreises.

Naumann (FVg.): Der Abg. Geyer hat ein sehr dunkles Bild von der Hausindustrie entworfen, mein Parteifreund Enders hat versucht, ein helleres Bild zu entwerfen. Tatsächlich gibt es hellere und dunklere Stellen in ihr; es werden in ihr zum Teil vorzügliche Waren hergestellt. Aber immer bleibt die Tendenz in ihr, die Löhne zu drücken. Typisch für die Hausindustrie ist der billige Durchschnitt und was darunter ist. Man muß deshalb bei der Beurteilung der Hausindustrie von der Beurteilung der Waren ausgehen, und deshalb war die Ausstellung der richtige Weg. Sie hatte die Tendenz, den Blick zu schärfen für den Zusammenhang zwischen der Ware und der Lebenshaltung der Produzenten. Deshalb wollen wir auch der nächsten Heimarbeiterausstellung in Frankfurt unsere besten Wünsche mitgeben. In der ganzen übrigen Welt ist die Kultur gestiegen, bei den Hausindustriellen ist sie seit Jahrzehnten dieselbe geblieben. Während die ganze übrige Welt sich gewandelt hat, ist die Hausindustrie stationär geblieben. Das eherne Lohngesetz hat sich bis heute in der Mehrzahl der Hausindustriellen Betriebe als wahr erwiesen. Wer sich durch die Ausstellungen nicht belehren lassen will, für den genügt der Besuch eines Warenhauses; jedes Warenhaus ist eine Hausindustrie-Ausstellung. Die billigen Preise der Warenhausartikel für Geschenke zum lieben Weihnachtsfest könnten nicht sein ohne elende Löhne. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jeder, der billige Schundware kauft, trägt zur Verbreitung der Hausindustrie so viel bei, daß wir mit der Gesetzgebung nicht dagegen aufkommen. Die Frage der Hausindustrie ist nicht eine Frage der Profitwut der Unternehmer, sondern die ganze Volkskultur hat noch zu viele Züge und Tendenzen der Unsolidität, die auf den Schein einer Ware gerichtet ist. Da sind wir an der Grenze der Macht der Gesetzgebung. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Der Abg. Geyer sprach viel vom Verbot der Heimarbeit. Es ist mir nicht ganz klar geworden, ob er sie überhaupt verbieten wollte, oder nur in der Tabakindustrie. (Abg. Geyer (SD.): Nur in der Tabakindustrie.) Nun, der Gedanke des völligen Verbotes der Heimarbeit wird vielfach vertreten und keineswegs nur von Sozialdemokraten, sondern von Fabrikanten und Industriellen, welche die Heimarbeit als Schmutzkonkurrenz empfinden, und auch von solchen Fabrikanten, die selbst Heimarbeiter beschäftigen und viel Uebelstände dieser Beschäftigung empfinden. Unter der Arbeiterschaft vertreten den Gedanken des Verbotes der Heimarbeit lediglich die Fabrikarbeiter, welche ebenfalls die Heimarbeit als Schmutzkonkurrenz empfinden. Wieviele Heimarbeiter selbst für ein solches Verbot stimmen würden, wird sehr schwer festzustellen sein. Ferner vertreten den Gedanken des Verbotes theoretische Sozialpolitiker, welche an die Reformierbarkeit der Heimarbeit nicht glauben. Für die Aufrechterhaltung der Heimarbeit hat man auf die wohltätigen Folgen für das Familienleben hingewiesen. Ich, der ich aus einem Heimarbeitergebiet stamme, habe darüber andere Ansichten, und bedeutet denn etwa überhaupt der Uebergang zur Fabrikarbeit eine Herabsetzung der sittlichen Qualitäten? Die Frage ist lediglich, ob das Verbot der Heimarbeit technisch durchführbar ist. Man kann wohl einen Zweig der Heimarbeit verbieten, dann gehen die Heimarbeiter aber in einen anderen Zweig der Hausindustrie über. Das allgemeine Verbot ist technisch undurchführbar, denn man kann doch nicht den Satz in die Gesetzgebung aufnehmen: Strafbar macht sich jeder, der etwas verkauft, was er in seiner Privatwohnung hergestellt hat. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Das Verbot der Heimarbeit hätte auch eine große Bedeutung für die Armenpflege. In Berlin gibt es 190 000 Heimarbeiterinnen, die in die Fabrik überzuführen, eine sachliche Unmöglichkeit ist. Zum Teil leben sie von Heimarbeit, zum Teil von der Armenpflege. Mit dem völligen Verbot würden sie ganz der Armenpflege anheimfallen. Nur partielle Verbote können daher aus gesundheitlichen und ethischen Gesichtspunkten ins Auge gefaßt werden. Der Gedanke der Reformierbarkeit muß festgehalten werden, doch darf man sich auch davon nicht allzu viel versprechen. So wird in dem Gesetz vorgeschrieben, daß die Schlafräume freizuhalten sind von der Arbeit. Man hat dabei eine sehr schöne Vorstellung von gesunden und gut gelüfteten Schlafräumen. Nur fragen die Leute, welche in der Küche, im Korridor, einfach überall schlafen, wo sollen wir denn die Schlafstuben hernehmen, von denen der Gesetzgeber spricht. In Wirklichkeit heißen diese und ähnliche Vorschriften in bezug auf den Luftraum einfach: Schafft euch gesunde Wohnungen an. Und die Leute fragen mit Recht: Wovon denn? Darauf antwortet das Gesetz: Das ist eure Sache, wir bestimmen nur im § 19, daß ihr bestraft werdet, wenn ihr die Wohnungen nicht habt! Von dem Lohn, der für bessere Wohnungen nicht ausreicht, sollen die Leute dann die Strafe bezahlen, weil sie schlechte Wohnungen haben. Gleichzeitig will das Gesetz ihnen die Möglichkeit nehmen, ihre Kinder zu beschäftigen. Gewiß ist die Einschränkung der Kinderarbeit eine absolute Notwendigkeit; aber eine Lohneinbuße bedeutet sie für die Heimarbeiter sicherlich. Wer soll zudem die Kontrolle ausüben. Mein Parteifreund Enders sagte: die Schule. Ich glaube aber, die Lehrer in den Landgemeinden werden nicht gern die Angeber für gewerbliche Kontraventionen sein. (Sehr richtig!) Man müßte also auf Kontrollbestimmungen des Gesetzes kommen und wieder neue Funktionäre der öffentlichen Gewalt schaffen, die dem Gewerbe nachlaufen bis in seine letzten Ecken. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.)

Sollte nicht eine Gewerbebehörde möglich sein, die auf Wahlen mit Selbsttätigkeit der Beteiligten beruht? Darüber werden wir bei den Arbeitskammern noch näher zu sprechen haben. — Das Wichtigste in dem Entwurf scheint mir die Einführung des Registers der Hausindustriellen zu sein. Durch dieses öffentliche Register werden wir hoffentlich die verschämte Hausindustrie der Leute beseitigen, die durch ihre Heimarbeit unlautere Konkurrenz treiben, denn sie arbeiten, ohne von ihrer Arbeit ihren ganzen Lebensunterhalt zu bestreiten. Wir wollen lediglich den Heimindustriellen helfen, denen das ganze Leben nichts ist als eine bleierne Kette monotoner Arbeit. Mit der ganzen Frage hat die Blockpolitik nichts zu tun (Bravo! links), hier stehen wir als Menschen zu Menschen, als Leute, denen es besser geht, denen gegenüber, die nichts haben als Not und Elend. Nur vom Standpunkt der reinen Menschlichkeit müssen wir diese Gesetzgebung betrachten. (Bravo! links.)

Schiffer (Z.) bedauert, daß der Entwurf nicht auch für die männlichen Arbeiter den zehnstündigen Maximalarbeitstag einführt. Hier ist uns das Ausland, z. B. Frankreich, über und wenn die französische Industrie diesen Zehnstundentag erträgt, wird es die deutsche Industrie auch können. Die Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter steigt erfahrungsgemäß mit der Verkürzung der Arbeitszeit. (Sehr richtig!) Wenigstens sollte der sanitäre Maximalarbeitstag ausgedehnt werden z. B. auf die Hütten- und Walzwerkarbeiter, die in einer wahren Höllenglut arbeiten. Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen sollte möglichst eingeschränkt werden.

Erfreulich war es, daß die meisten Redner sich für Arbeiterausschüsse ausgesprochen haben, aber vom Standpunkt der Arbeiter muß ich verlangen, daß es sich auch um wirkliche Arbeiterausschüsse handeln muß, nicht bloß um eine Dekoration.

Sehr beklagen möchte ich, daß der Entwurf sich in keiner Weise mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter beschäftigt. Einen Ausbau und eine Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter wäre in diesem Entwurf sehr wohl möglich. Wenn die Herren vom Bundesrat wüßten, wie sehr gerade jetzt, bei der niedergehenden Konjunktur, die Unternehmer durch Entlassungen von Arbeiterführern sich zu rächen suchen, würden sie das wohl für nötig halten. Dazu kommt der ungleiche Rechtszustand für Arbeiter und Unternehmer. Arbeiter werden wegen Mißbrauchs des Koalitionsrechts in strengster Weise bestraft, mit entehrender Gefängnisstrafe belegt. Wenn aber Unternehmer nicht nur durch Anwendung von Drohungen und Verrufserklärung, sondern durch Brotlosmachung Dutzende von Arbeitern einfach zwingen, von ihrem staatsbürgerlichen Koalitionsrecht nicht Gebrauch zu machen, gehen sie frei aus. Wir behalten uns vor, entsprechende Anträge in der Kommission zu stellen. Wir beantragen, da es noch nicht geschehen ist, die Verweisung der Vorlagen an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Bravo! im Zentrum.)

Everling (NL.) die Verhandlungen waren recht erfreulich, bis auf die unerfreuliche Haltung der Sozialdemokratie, welche unerfüllbare Forderungen aufstellte. Abg. Naumann hat ihnen nicht ganz sekundiert indem er die Unmöglichkeit des Verbotes der Hausarbeit einsah. Aber warum sollte das Verbot wünschenswert sein? Es ist nicht richtig, daß die Hausindustrie die Löhne drückt. (Lachen b. d. Sozialdemokraten.) Die Hausindustrie hat sittliche Momente, indem sie die Leute selbständig erhält und ein idyllisches Familienleben ermöglicht. (Lebhafte Heiterkeit b. d. Sozialdemokraten.) An der Beseitigung der Mißstände der Heimindustrie wollen wir mitarbeiten. Aber welcher Zauber liegt in dem Worte „Heim". (Lachen b. d. Sozialdemokraten.) Arbeit und Heim sind die größten Worte, die wir haben, wir wagen mit darauf hinzuarbeiten, daß ihre Verwirklichung etwas darstellt, was ihrer Bedeutung entspricht. (Lebhaftes Bravo! b. d. Nationall., Lachen b. d. Sozialdemokraten.)

Günther-Plauen (FVg.): Es gibt in der Heimarbeit nicht nur dunkle, sondern auch helle Gebiete. In der sächsischen Spitzenindustrie werden jährlich für 60—70 Millionen Mark Waren hergestellt, davon die Hälfte in der Hausindustrie, der Wohlstand der Bevölkerung hat sich seit der Ausdehnung der Hausindustrie erheblich gehoben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich, daß der Gesetzentwurf es vermieden hat, den von den Sozialdemokraten gepriesenen Weg des völligen Verbots der Heimarbeit zu betreten. Redner wendet sich dann zu den übrigen Bestimmungen der Vorlage, wobei er die weitgehenden polizeilichen Befugnisse für bedenklich erklärt. Auch erscheinen ihm die 60 Ausnahmetage vom Normalarbeitstage als zu gering.

Stadthagen (SD.): Die Herren Vorredner hatten es so hingestellt, als ob wir ganz unerfüllbare Forderungen erheben und als ob wir die ganze Heimindustrie vernichten wollen. Davon ist auch nicht ein Wort richtig. Der Parteigenosse Geyer hat Ihnen lediglich mit beweiskräftigen Ziffern dargelegt, daß in der Zigarren- und Tabakindustrie sich die Heimarbeit nur durch die allergrößte Ausbeutung halten kann und daß aus diesem Grunde nötig ist, ein vollständiges plattes Verbot dieser Art der Ausbeutung auszusprechen. Im übrigen wissen ja die Vorredner, daß wir einen Gesetzentwurf auch in dieser Session wieder vorgelegt haben, in dem klar abgegrenzt ist, in welchen Fällen die Ausbeutung der Heimindustrie nicht mehr fortbestehen soll. Wir wollen uns doch nicht vormachen lassen, als ob es sich bei Ihnen darum handelt, die Heimindustrie um der Arbeiter willen zu erhalten, während es Ihnen doch vielmehr darauf ankommt, die Ausbeutung der Heimarbeiter noch freier zu gestalten als bisher. Was mich beinahe empört hätte, wenn ich solche Ausführungen von freisinnigen Herren nicht schon gewohnt wäre, waren die Ausführungen der Herren Everling und Günther. Herr Everling stellte es so hin, als ob eitel Glück und Wohlergehen in der Heimindustrie herrsche. Er erzählte, daß er ein altes Ehepaar getroffen habe, das er um sein Zusammenarbeiten beneidet hätte. Wenn die alten Leute ihn gefragt haben, ob er nicht mit ihnen tauschen wolle, so waren sie so höflich, in dieser höhnischen Weise ihrer Empörung über seine Verständnislosigkeit Ausdruck zu geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Heimarbeiter müßten schon ganz degeneriert und geistig defekt geworden sein, wenn sie es glauben würden, daß wir die Heimarbeiter vernichten wollen, wenn wir uns gegen die Ausbeutung in der Heimindustrie wenden. Der Herr Vorredner hat von dem hohen sittlichen Wert der Kinderarbeit gesprochen. Das sind dieselben Redewendungen, die wir nun schon beinahe ein Jahrhundert von den entrüstetsten Kinderausbeutern gehört haben. In den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren es die Textilindustriellen, die sich entschieden dagegen sträubten, daß die Kinder nicht zur Arbeit herangezogen werden sollten. Als der Kultusminister gegen diese Kinderarbeit Front machte, beschwerten sich die Industriellen, daß man die Kinder noch gar in die Schule schicke. Und als der König Rechenschaft darüber forderte, warum die Stellungspflichtigen zum Militär immer minderwertiger würden, besonders in den Gegenden, wo die Kinderausbeutung herrschte, wurde ihm entgegengehalten, das läge daran, daß der Kultusminister verlange, die Kinder sollten in die Schule gehen. Damals wurde zum ersten Mal dieser grausamen Kinderausbeutung entgegengetreten. Sind denn alle die Erhebungen, die öffentlichen Darlegungen aus England in der Mitte des vorigen Jahrhunderts so spurlos an den Herren vorübergegangen? Herr Naumann hat Ihnen ja einigermaßen das Bild des Elends in der Heimindustrie gezeichnet. Wir haben in unserem Antrage lediglich verlangt, daß die gewerbliche Herstellung und Bearbeitung von Nahrungs- und Genußmitteln durch Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiter untersagt werden soll. Und ferner, daß durch Beschluß des Bundesrats die Herstellung oder Bearbeitung von Waren durch Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiter verboten werden soll, wenn durch diese Herstellung oder Bearbeitung das Leben oder die Gesundheit der bei derselben beschäftigten Personen gefährdet wird oder dabei eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit der Konsumenten eintreten kann. Das ist doch das Mindeste, was verlangt werden kann, im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und der Konsumenten. Ferner haben wir verlangt, um der Ausbeutung in der Heimindustrie zu begegnen, daß ein Lohnminimum soweit wie möglich garantiert werden muß. Dieser Entwurf, den wir vorgelegt haben, ist durchaus durchführbar, wenn man nur der Ausbeutung wirklich zu Leibe gehen will. Sie aber wollen den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist doch auffallend, daß gerade die Herren Fabrikanten sich für die Regierungsvorlage besonders ereifern und sie als eine ungeheure Großtat hinstellen, während man gegen die Tatsachen, die mein Parteigenosse Geyer vorgebracht hat, keinen einzigen Grund hat anführen können. Herr Naumann hat zu meinem Bedauern sich dahin ausgesprochen, daß in der bürgerlichen Gesellschaft das Elend der Heimarbeit und die Armenpflege untrennbar verbunden seien. Ist das nicht die allerschlimmste Anklage, die Sie gegen Ihre Gesellschaftsordnung erheben können? (Sehr gut! bei den Soz.) Es ist unsittlich und unrecht, zu erklären: Wir können dabei nichts machen; damit die Leute überhaupt noch weiter arbeiten können, müssen wir diese grausame Ausbeutung weiter gestatten. Nein, hier heißt es, herzhaft anfassen. Herr Naumann meinte, die Dinge, die jetzt in der Heimarbe

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß wird Herr Everling auch diesen Antrag als einen der „perfiden" Anträge der Sozialdemokratie bezeichnen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe keinen Zweifel, daß Sie später einmal auch unsere jetzigen „perfiden" Anträge annehmen werden. Denn die heutige Industrieentwicklung verlangt ja eine ganz andere Grenze. Die Bestimmung bezüglich der zehn Arbeiter ist ja das Minimum, das die Regierung auf Grund des Berner Uebereinkommens vorschlagen mußte. Aber viele Staaten gehen weiter, z. B. die Schweiz in ihrem neuen Fabrikgesetz. Welcher Grund liegt überhaupt vor, daß die Arbeiter den Schutz nicht haben sollen, sobald zwei oder drei von ihnen zusammenarbeiten. Selbst der Zentralverband deutscher Industrieller hat bereits 1878 erklärt, daß ihm eine Grenze von drei Arbeitern angemessen erscheine. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung, die ganz in den Banden dieses Scharfmacherverbandes liegt, ist heute noch dahinter zurückgeblieben. Nicht einmal die Arbeiter, die in Fabriken mit weniger als zehn Arbeitern beschäftigt sind, sollen den Schutz behalten, den sie bisher gehabt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterschutzbestimmungen der Vorlage sind gänzlich unzureichend. Was will denn der sogenannte Zehnstundentag für Arbeiterinnen bedeuten. Wir haben schon im Jahre 1869 den zehnstündigen Arbeitstag für Männer und Frauen gefordert. Damals erklärte sich der konservative General Steinmetz für unseren Antrag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir können ja gar nicht verlangen, daß seine konservativen Epigonen so vernünftig sind. Aber von der Regierung und den sogenannten sozialpolitisch fortgeschrittenen Parteien wäre es doch wirklich nicht zu viel verlangt, daß sie heute die sozialpolitische Höhe des Generals Steinmetz von 1869 erklommen hätten. Bereits 1902 hatten über die Hälfte der Arbeiterinnen in zwei Dritteln der Betriebe den Zehnstundentag errungen, errungen durch den Kampf in den gewerkschaftlichen Organisationen. Wieviel Kummer und Elend wäre erspart worden, wenn die Regierung den Zehnstundentag schon früher gegeben und nicht gewartet hätte, bis ihm sich die Arbeiterinnen im Kampfe eroberten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Seitdem ist die Zahl der Arbeiterinnen bedeutend gestiegen. 1906 zählt man nach den Berichten der Gewerbeinspektion in 80 520 Betrieben 1 095 000 Fabrikarbeiterinnen. Im Interesse der Gesamtheit wäre es dringend notwendig, ihnen endlich den Achtstundentag zu bewilligen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Zehnstundentag drückt nur das Siegel auf das, was sie sich selbst errungen haben. Warum man ihnen den Achtstundentag vorenthält, darüber schweigt der Regierung Höflichkeit. Es ist überhaupt eine Unwahrheit, wenn man behauptet, daß diese Vorlage die elfstündige Ruhepause und den zehnstündigen Maximalarbeitstag einführt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon heute weist der Elfstundentag große Durchlöcherungen auf. Im vergangenen Jahre wurden in 2610 Betrieben für 197 938 Arbeiterinnen 2 446 000 Ueberstunden bewilligt. Das ist ein kolossaler Mißbrauch mit den heute bestehenden Ausnahmebestimmungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt sollen diese Ausnahmebestimmungen noch vermehrt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist kein Zehnstundentag, sondern nur eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes. Statt 40 sollen jetzt 60 Ueberzeitarbeitstage zugelassen werden, der Abg. Schiffer plaidierte sogar für noch größere Ausbeutungsfreiheit. Diese Ausnahmebestimmungen sind für uns einfach unannehmbar. Eine große Zahl der Arbeiterinnen hat sich selbst schon den Neunstundentag errungen. Warum bewilligt die Gesetzgebung nicht wenigstens das, sondern beharrt bei dem Minimum der Berner Konvention? Das ist keine Sozialpolitik, sondern Rückschritt, soweit er möglich ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Andere Staaten lassen die Arbeiterschutzvorschriften für die einzelnen Betriebe schon bei viel weniger als zehn Arbeiter eintreten. Die Berner Konvention hat diese Betriebe nur freigelassen, weil sie wesentlich Arbeitsstätten für den lokalen oder nationalen Bedarf sind. Da sollte also die Schutzgesetzgebung der einzelnen Nationalstaaten eingreifen. Aber weder davon steht in der Novelle ein Wort, noch von einem Schutz der Arbeitskraft der Frauen, noch von einer Freigabe des Sonnabend Nachmittags, noch von einem Verbot des Mitnehmens von Arbeit nach Hause, noch von einem Schwangerschaftsschutz. In dieser Beziehung stehen wir sogar hinter Spanien zurück. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso steht es auf dem Gebiete des Schutzes für männliche Arbeiter. Insbesondere ist zu tadeln das absolute Fehlen einer gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter. In Oesterreich besteht eine solche Begrenzung seit 1885, in der Schweiz seit 1877; Nordamerika hat den Neunstundentag, in großen Gebieten sogar den Achtstundentag, selbst Rußland hat seit 1897 für gemischte Fabriken den Maximalarbeitstag für männliche Arbeiter. Nur Deutschland kennt keine derartigen Vorschriften. Diese Rückständigkeit der Vorlage ist nur zu erklären, weil sie einseitig mit den Scharfmachern ohne Hinzuziehung von Arbeiterorganisationen ausgearbeitet worden ist. Jedes gleichgültige Gesetz, das die bürgerlichen Klassen interessiert, wird veröffentlicht, bevor es das Reichsamt des Innern dem Bundesrat vorlegt. Hier aber, wo Arbeiter in Frage kommen, ist vorher nichts veröffentlicht worden, noch sind Arbeiterorganisationen gehört. Das charakterisiert am besten den Geist dieser Vorlage. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe vorhin davon gesprochen, wie notwendig es ist, die Eisenbahnarbeiter wieder der Gewerbeordnung zu unterstellen. Daß es bei der Eisenbahnverwaltung recht schlimm steht, beweist die Tatsache, daß bei ihr Verträge vorkommen, die wider die guten Sitten verstoßen und außerhalb einer Behörde als Erpressungsversuche betrachtet werden müßten. Aus dem Bericht der Gewerbeinspektion in Dresden liegt mir folgender Fall vor. Zwei bei der Fuhrwerksgesellschaft Schiffer u. Co. beschäftigte Arbeiter klagen auf Auszahlung von einigen Mark, welche ihnen als Strafgelder vom Lohn abgezogen worden sind. Die Strafe war von der sächsischen Eisenbahnverwaltung über die Arbeiter verhängt worden. Das Verhältnis der Firma zur Eisenbahnverwaltung besteht darin, daß sie Frachtgüter für die letztere verladet. In dem Vertrag der Eisenbahnverwaltung mit der Firma ist ein Passus enthalten, wonach die Eisenbahnverwaltung berechtigt ist, die Arbeiter zu bestrafen. In diesem Falle sind die Arbeiter wegen Nichtausführung von Ueberstunden bestraft worden. (Hört! hört! bei den Soziald.) Die Arbeiter klagten vor dem Gewerbegericht auf Zurückzahlung der ihnen als Strafgelder abgezogenen Lohnteile, und das Gewerbegericht verurteilte den Unternehmer auch zur Zurückzahlung. In ähnlicher Weise gibt es auch Arbeitsordnungen, die den Gesetzen widersprechen. Hier muß endlich mit der Selbstherrlichkeit der Unternehmer gebrochen werden. Es besteht heute nicht das konstitutionelle System, sondern die Arbeitsordnung wird durch einen Ukas des Unternehmers bestimmt. Das ist eine Sklavenordnung, die freier Arbeiter unwürdig ist. In der Gewerbeordnung steht, es dürfe in die Fabrikordnung nichts hineingeschrieben werden, was gegen die guten Sitten verstoße. In der Tat aber ist häufig der § 616 des B. G.-B. durch Arbeitsordnungen ausgeschlossen. Trotzdem anfänglich die Fabrikinspektoren diesen Ausschluß als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichneten, blieb es dann auf Betreiben der Gewaltigen vom Scharfmacherverbande bei dieser Bestimmung in den Arbeitsordnungen, weil die Fabrikinspektoren nicht vom Minister gestützt wurden. Weiter finden sich in den Arbeitsordnungen eine Reihe von Verstößen gegen das Verbot der Aufrechnung und Zurückbehaltung gegenüber dem Lohn, wie es im § 394 B. G.-B. festgelegt worden ist. Ich vermisse ferner in der Vorlage jegliche Fürsorge in bezug auf Pensionskassen und dafür, daß Kündigungsfristen eingeräumt werden müssen in den Fällen, wo Wohnung gegen Lohn vereinbart ist. Ich vermisse ferner das ausdrückliche Verbot der Beschränkungen der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiter, Bestimmungen gegen den in neuerer Zeit anwachsenden Mißbrauch zur Begünstigung der sogenannten Gelben, daß man Arbeiter zwingt, einer bestimmten Kasse beizutreten. Ferner vermisse ich ein Verbot der Konkurrenzklausel. Dabei sind hier Verträge vorgelegt, in denen einfachen Arbeitern mit einem Monatslohn von M 80–150 in der Konkurrenzklausel Strafen von M. 10 000 angedroht sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter bringt die Vorlage keinen Schutz gegen den Terrorismus durch schwarze Listen und gegen andere Gefährdungen des Koalitionsrechts. Diese Lücken werden wir in der Kommissionen nach Möglichkeit auszufüllen versuchen müssen, um statt des hier vorliegenden Flickwerkes wirkliche Arbeiterschutzbestimmungen zu schaffen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Erzberger (Z.): Gegen die Behauptung, daß die Heimarbeiterausstellung eine einseitige und tendenziöse war, muß ich protestieren. Im Gegenteil bot sie ein objektives Bild, freilich kein erfreuliches. Die Organisierung der Heimarbeiter wäre gewiß erwünscht, aber Vorbedingung dazu wäre eine Registrierung der Heimarbeiter und zwar aller derer, die nur als Nebenerwerb Heimarbeit betreiben. Ich vermisse in dem Gesetz jede Bestimmung über die Zwischenmeister; gegen die wucherische Ausbeutung durch die Zwischenmeister, namentlich auf dem Lande müssen wir gesetzliche Bestimmungen in der Kommission treffen. Aber ich gebe Herrn Naumann recht, daß die Gesetzgebung nicht alles kann, daß in größerem Maße die Selbsthülfe eingreifen muß. Die erhebenden Bilder, die Herr Eberling aus der Heimindustrie entworfen hat, halte ich nur für Märchen aus 1001 Nacht. Aber dem völligen Verbot der Heimarbeit, wie die Sozialdemokraten es hier verlangt haben, kann ich nicht zustimmen, und ich freue mich, daß der Abg. v. Vollmar jetzt hier ist, denn ich hoffe, er wird auch seiner Partei davon abraten; wenigstens ist auf dem Züricher Kongreß im Jahre 1897 v. Vollmar und die deutsche Sozialdemokratie dem Vorschlag der Engländer auf völlige Beseitigung der Heimarbeit entgegengetreten.

Mit wenigen Worten muß ich noch auf die Sicherung der Koalitionsfreiheit kommen. Beim Reichsvereinsgesetz erklärt die Regierung, die Materie gehöre nicht hinein; hier bei der Gewerbegesetznovelle bringt sie aber auch nichts davon. Hier ist aber der Ort, das Koalitionsrecht zu sichern, und zwar sollte man am besten den § 153 der Gewerbeordnung streichen, denn er stellt ein Ausnahmerecht gegen Arbeiter dar.

Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. Tagesordnung: Etat des Reichsamts des Innern.

Schluß 6¼ Uhr.

Ausschneiden und aufheben!

Parteigenossen, erwerbt das Bürgerrecht!

Jeder Parteigenosse, der in den letzten fünf Jahren ein Einkommen von M. 1200 pro Jahr versteuerte, hat die Pflicht, das Bürgerrecht zu erwerben!

Unbedingt nötig ist, daß jeder, der fünf Jahre lang ein Einkommen von M. 1200 versteuert hat, sofort das Bürgerrecht erwirbt; geschieht dies nicht sofort und wird, wenn einmal fünf Jahre lang ein Jahreseinkommen von M. 1200 versteuert ist, auch nur ein Jahr ein niedrigeres Einkommen versteuert, dann muß man mindestens wieder volle fünf Jahre warten, bis die Erwerbung dieses Rechts möglich wird.

Zum Erwerb der Staatsangehörigkeit in Hamburg sind folgende Papiere erforderlich:

1. Militärpapiere.
2. Meldeschein.
3. Gewerbeschein oder Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers.
4. Die letzte Steuerquittung.
5. Staatsangehörigkeits-Ausweis.
6. Heiratsurkunde.
7. Geburtsschein des Mannes (nebst Abschrift).
8. Geburtsschein der Frau (nebst Abschrift).
9. Geburtsschein der minderjährigen Kinder.
10. Eventuell (bei Wiederverheirateten) Sterbeurkunde der früheren Frau und Heiratsurkunde.

Zum Erwerb des Bürgerrechts in Hamburg sind an Papieren nötig:

1. Militärpapiere.
2. Meldeschein.
3. (Eventuell) Gewerbeschein.
4. Bescheinigung der Steuerbehörde, daß in den letzten fünf Jahren ein Einkommen von mindestens M. 1200 pro Jahr versteuert worden ist (kostenlos erhältlich bei der Steuerbehörde, Merkurstraße 29, 1. Stock) und letzte Steuerquittung.
5. Staatsangehörigkeits-Ausweis. (Durch Geburt Hamburger Staatsangehörige bedürfen eines besonderen Staatsangehörigkeitsausweises nicht; sie können sich, aber nur zum Zwecke des Bürgerwerdens, ihre Staatsangehörigkeit von der Aufsichtsbehörde für Standesämter, Poststraße 19, bescheinigen lassen.)
6. Heiratsurkunde.
7. Geburtsschein.

Da die Besorgung der zum Erwerb der Staatsangehörigkeit in Hamburg erforderlichen Ausweise häufig mit Schwierigkeiten und Zeitversäumnissen verbunden, manchem daher fast unmöglich ist, so haben sich zur Erleichterung für die Interessenten nachstehend angeführte Parteigenossen zur teilweise unentgeltlichen Besorgung der Papiere erboten. Es sind zu diesem Zweck zu sprechen täglich zu jeder Tageszeit:

Joh. Appelhof, Schwabenstraße 54,
Franz Kruse, Heidenkampsweg 48,
Fritz Brunswig, Metzberg 27,
Joh. Westedt, Langergang 41,
R. Risch, Eidelstedterweg 62,
Th. Petereit, Bachstraße 12,
Emil Berger, Eppendorfer Landstraße 96,
Carl Grube, Papenstraße 117,
H. Lühr, Baustraße 25,
H. Hinsch, Hornerlandstraße 241,
A. v. Schack, Hardenstraße 60, I.,
Chr. Röhling, Großmannstraße 79,
W. Wiesner, Bergedorf, Bahnstraße 7, III.,
R. Messerschmidt, Geesthacht, Lauenburgerstr. 3;
täglich mit Ausnahme von Sonnabend und Sonntag:
Wilh. Petersen, Bartelsstraße 2,
C. Dreyer, Fruchtallee 42,
L. Grünwaldt, Besenbinderhof 57, IV., von Morgens 9 Uhr bis Abends 6 Uhr;
ferner: H. Lenz, Schillerstraße 35, III., täglich von 12 bis 2 Uhr Mittags.
G. Buchholz, Humboldtstraße 88, täglich von 6 bis 7 Uhr Abends.

Sind sämtliche Papiere beschafft, dann haben die Interessenten unter Vorlegung derselben persönlich bei der Aufsichtsbehörde für Standesämter, Poststraße 19, die betreffenden Anträge zu stellen, und zwar, mit Ausnahme von Donnerstag und Sonnabend, an jedem Werktage in der Zeit von Vormittags 10 bis Nachmittags 1 Uhr.

Kaufmannsgericht.

Vorsitzender: Amtsrichter Dr. Ch. Rümker.
Beisitzer: Röding und Lenz.

Kann man an einen Reisenden in bezug auf pünktliches Erscheinen Morgens bei Kontoröffnung den gleichen Anspruch machen, wie an einen Kontoristen?

Entlassen, weil er bei Antritt des erneuten Dienstverhältnisses eine halbe Stunde zu spät kam, wurde der Reisende S. von der Firma R. S. am Montag, 18. November 1907. Er war gegen ein halbmonatliches Gehalt von M 50 eingestellt, hatte, weil am 15. November die fälligen M 50 nicht fielen, am 16. dem Chef schriftlich mitgeteilt, er betrachte das Dienstverhältnis als gelöst, wenn er nicht noch heute das verdiente Salair erhalte und klagte allzu eilig zugleich erstens auf Zahlung dieser M 50, zweitens fernerer M 50, zahlbar 30. November, 15. Dezember und 31. Dezember 1907, sowie drittens ihm eine Provisionsabrechnung für die Zeit vom 1. bis zum 31. Dezember am letzteren Tage und die sich aus solcher ergebenden Beträge zu erteilen. Am 21. November wurde diese Klage der Beklagten zugestellt und galt somit erst von dann an als rechtshängig. Jedoch noch am 16. November Abends erhielt der Gehülfe das verdiente Salair und versprach, am Montag, 18. November, wieder zum Dienst zu erscheinen. Als er dann um eine halbe Stunde verspätet im Kontor erschien, wurde der Spieß umgedreht und er, der Reisende, auf der Stelle entlassen. Im Termin vom 26. November begründete der Kläger, da das verdiente Salair bereits bezahlt war, seinen Entschädigungsanspruch damit, daß er am 18. November zu Unrecht entlassen sei. Die Beklagte anerkannte nur den Provisionsanspruch für die Zeit vom 1. bis 16. November und behauptete, den Kläger, welcher schon mehrmals wegen seines zu späten Erscheinens im Kontor verwarnt worden, zu Recht entlassen zu haben. Der Kläger gab zu, zweimal gewarnt worden zu sein: einmal habe der Chef ihm einen Strafabzug vom Salair angedroht, ein andermal habe er ihm mitgeteilt, daß er sofort entlassen werde, wenn er Morgens die Kundschaft besuche, bevor er im Kontor gewesen sei. Im nächsten Termin wurden über die nähere Art der Verwarnung Zeugen vernommen, welche bekundeten, daß der Kläger wiederholt, ja eigentlich fortgesetzt, zu spät ins Kontor gekommen und dieserhalb auch verwarnt worden sei. Die Beklagte erhob ferner die Einrede der unzulässigen Klageänderung.

Das Kaufmannsgericht wies die Klage in der Hauptsache zurück und verurteilte den Kläger in die Kosten, jedoch wurde die Beklagte verurteilt, dem Kläger die Provision für die Zeit vom 1. bis 16. November, insoweit dieselbe alsdann fällig sei, am 31. Dezember auszuzahlen und an diesem Tage ihm eine Provisionsabrechnung zu erteilen. Die Zeugen W. und B. haben gehört, daß der Kläger wegen Verspätung verwarnt worden sei, was auch der Prokurist der Beklagten, W., ausdrücklich bekundet habe. Bei dieser Sachlage müsse die sofortige Entlassung des Klägers berechtigt erscheinen, da fortgesetzte Verspätungen trotz Verwarnungen eine beharrliche Verweigerung der Dienstverpflichtungen darstellen. Demgemäß stehe dem Kläger, da er sein verdientes Gehalt bereits empfangen habe, ein Anspruch auf Weiterzahlung desselben nicht zu. Anderseits könne der Kläger seine verdiente Provision für die Zeit vom 1. bis 16. November verlangen und ebenso eine Abrechnung, doch sei dieses beides gemäß § 88 H.-G.-B. erst am Ende des Jahres fällig. Kosten habe die Beklagte nicht treffen können, denn das eingeklagte und verdiente Gehalt sei vor Zustellung der Klage bereits bezahlt worden und die verdiente Provision, welche überhaupt noch gar nicht fällig sei, von der Beklagten sofort anerkannt worden. Auf die Einrede der unzulässigen Klageänderung habe nicht eingegangen werden können, denn die Beklagte habe im Termin vom 26. November selbst zur abgeänderten Klage verhandelt und erst hinterher diese Einrede erhoben.

Verhandlungen des Seeamts.

Schiffszimmerer. Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Zahlstellen Hamburg, Reiherstieg, Veddel und Altenwärder am 23. Februar. Der zweite Vorsitzende eröffnet die Versammlung und gibt bekannt, daß der erste Vorsitzende, W. Kruse, krank sei. Die Versammlung wird auf Beschluß der Mitglieder von dem Vorstande der Zahlstelle Hamburg geleitet. Zu der Ueberstundenfrage bei der Hamburg-Amerika-Linie teilt der Vorsitzende mit, daß er mit zwei anderen Kollegen bei dem Oberinspektor Sachse vorstellig geworden sei. Dieser habe jedoch erklärt, daß die Direktion nicht gewillt, bei der kurzen Arbeitszeit die Stunden vor 8 Uhr morgens und von 5 bis 5½ Uhr abends als Ueberstunden zu bezahlen. Andernfalls die H.-A.-L. gezwungen sei, bis zu 40 Mann entlassen zu müssen. Es folgte in dieser Sache eine rege Diskussion. E. führte aus, daß wir der H.-A.-L. keinen Vertragsbruch vorwerfen könnten, da unsere Vereinbarungen im vorigen Jahre gekündigt und nicht wieder erneuert worden seien. W. M. richtet die Anfrage an den Vorstand, ob bei der Vertragskündigung auch alle anderen Bestimmungen hinfällig geworden sind. Der Vorsitzende verliest dann das Protokoll vom 21. April 1907, nach dem laut Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes alle anderen Bestimmungen bestehen bleiben sollten und nur die Kündigung wegfalle. B. ist der Meinung, daß es unter solchen Umständen unbedingt Pflicht der Arbeitgeber sei, eine Aenderung des Arbeitsverhältnisses vorher bekannt zu machen. Es wurden mehrere Anträge gestellt, welche jedoch nach längerer Debatte wieder zurückgezogen wurden. Nach längerer Diskussion wurden der Zentralvorsitzende W. Müller und der Vorsitzende S. beauftragt, nochmals bei der H.-A.-L. vorstellig zu werden. Der Kassierer teilte noch mit, daß sich bei ihm ein Kollege als arbeitslos gemeldet habe; er ihm jedoch die Unterstützung verweigert habe, da dieser auf der Reiherstieg-Schiffswerft von selbst aufgehalten sei und dies damit motiviert habe, daß ihm die Arbeit zu gefährlich sei. Die Versammlung erklärte sich mit der Maßnahme des Kassierers einverstanden. Es wurde noch erwähnt, daß bei Blohm & Voß noch keine Lohnreduzierungen erwiesen worden sind. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Fabrik-, Land- u. Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen, Altona. Versammlung am 26. Februar bei Rosenbaum, Altona. Genosse Baerer, Harburg, hielt einen mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Vortrag über den Reichsvereinsgesetzentwurf. Dann verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Verbandes der Brauereiarbeiter, in dem sich beschwert wird, daß das Elbschloßbier dem der Teutonia-Brauerei vorgezogen wird. Letzteres würde nur von Verbandskollegen hergestellt, wogegen die Elbschloßarbeiter nur mangelhaft organisiert seien. Die Versammlung nahm Kenntnis davon. Zu dem am 14. März stattfindenden Vergnügen wurden 7 Kollegen ins Festkomitee gewählt. Es wurde der Antrag gestellt, 2 Revisoren abzusetzen, weil sie gegen die Interessen der Zahlstelle Altona verstießen und für Hamburg agitierten. Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Darauf wurden zwei neue gewählt. Ferner wurde der Sprechsaalartikel im „Echo", gezeichnet von Voß, erwähnt. Debatte darüber fand nicht statt. Kollege Hegemann, Hamburg, bat ums Wort, doch lehnte die Versammlung der vorgerückten Zeit wegen ab, ihn zu hören.

Neueste Nachrichten.

(Telegramme des Wolffschen Bureaus.)

Berlin, 2. März. Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: In der Klage der Woermann-Linie gegen den Reichsfiskus wegen der Liegegelder in Südwestafrika hat das unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Meier in Bremen zusammengetretene Schiedsgericht das Urteil soeben dahin gefällt, daß von der seitens der Woermann-Linie geforderten Summe von M. 1 197 916 08 der Fiskus nur zur Zahlung von M. 452 976,65 verpflichtet ist. Die Kosten des Rechtsstreites werden zu drei Fünftel der Woermann-Linie und zwei Fünftel dem Reichsfiskus auferlegt.

Berlin, 2. März. Abgeordnetenhaus. Ein Schreiben des Abg. Heldt, in welchem er um die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich selbst ersucht, wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Eine Reihe von Petitionen wird zur Erörterung im Plenum als nicht geeignet erklärt. Darauf setzte das Haus die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern beim Kapitel der Polizei „Distriktskommissare in der Provinz Posen" fort. Abg. Vieweg (FK.) wünscht Besserstellung der Distriktskommissare die in Preußen eine besonders schwierige Stellung hätten. Vor allem begrüße er die Einstellung von Mitteln zum Bau von Dienstwohnungen. Nachdem die Abgg. Peltasohn (FVg.), Wolff-Borki (K.) und Kindler (FVp.) sich diesem Wunsche angeschlossen hatten, sagt Minister Moltke die Prüfung der gegebenen Anregung zu. Das Kapitel wird darauf bewilligt. Beim Kapitel Landgendarmerie wird von freikonservativer Seite Erleichterung für die Gendarmerie und Erhöhung der Dienstaufwandsgelder und Wohnungsgelder gewünscht. Die Abgg. Schultze-Pelkum (K.) und Krause-Dawillen (K.) brachten gleichfalls derartige Wünsche vor. Abgeordneter Dr. Wiemer (FVp.) erklärte, trotz vieler Besserungen seien noch sehr viele berechtigte Forderungen unerfüllt. Redner nennt eine Reihe solcher Forderungen. Die Abgg. Wamhoff (NL.), Hammer (K.), Busch (Z.) und Kölle (fraktionslos) brachten Spezialwünsche für die Gendarmen vor. Minister von Moltke versicherte sein Wohlwollen für die Gendarmerie. Er hoffe auch auf das Wohlwollen des Finanzministeriums. Die Bereitstellung höherer Mittel für die Besserung der Wohnungsverhältnisse sei besonders erwünscht. Nach einer Polemik zwischen den Abgg. Wiemer und Busch über die Stellung der Freisinnigen Volkspartei zu dem Beamtenerlaß und über die Tätigkeit der Beamten bei den Wahlen wurde das Kapitel bewilligt. Bei dem Fonds „Zuschüsse an die kommunalen Verbände zur Ausübung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger" forderte Faßbender (Z.) weitgehendste Unterbringung der Zöglinge in der Familie. Dies sei billiger und zweckmäßiger, als die Erziehung in Anstalten. Bei letzteren müsse jeder Gefängnischarakter vermieden werden. Auf ähnliche Ausführungen der Abgg. Heckenroth (K.) und Henning (K.) erwiderte ein Regierungskommissar, auch die Regierung lege besonderen Wert auf die Familienerziehung, doch sei diese bei stark Verwahrlosten nicht angebracht. Die Anordnungen über die Trennung der Geschlechter bei der Anstaltserziehung seien nicht generell. Es folgt das Kapitel „Strafanstaltsverwaltung". Tourneau (Z.) konstatierte ein Wachsen der Vorstrafen bei den Sträflingen. Nur religiöse Vertiefung des Schulunterrichts könne eine Besserung bringen. Geheimrat Krohne weist darauf hin, daß die Strafanstaltsverwaltung von den in Zuchthäusern Internierten intensive Arbeit verlange. Haarmann (NL.) verlangte Unterstellung aller Strafanstalten unter den Justizminister. Gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzuges habe er Bedenken. Graf Wartensleben-Rogehnem erörterte die Unterbringung irrer Verbrecher, die die Regierung am besten allein in die Hand nehme. Marx (Z.) wünscht vergrößerten Einfluß der Seelsorge in den Strafanstalten. Im ganzen habe sich unser Strafvollzug bewährt. Nach weiterer unerheblicher Debatte wurde der Rest des Etats erledigt. Morgen 12 Uhr: Ostmarkenvorlage. Etat der Seehandlung. Schluß 5 Uhr.

Allenstein, 2. März. Die „Allensteiner Zeitung" meldet: Heute Nachmittag um 4 Uhr hat Hauptmann von Goeben im Gefängnis durch Oeffnen der Halsschlagadern Selbstmord verübt. Der um 5 Uhr erschienene Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Allenstein, 2. März. Trotz schärfster Bewachung gelang es, wie die „Allensteiner Zeitung" mitteilt, dem Hauptmann von Goeben Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, sich während des Essens die rechte Halsschlagader zu durchschneiden, so daß beim Eintreffen ärztlicher Hülfe der Tod durch Verbluten bereits eingetreten war.

Essen a. d. Ruhr, 2. März. In Barop wurde in der vergangenen Nacht die Mühle des Gutsbesitzers Watermann durch Großfeuer zerstört. Ein Knecht ist in den Flammen umgekommen.

Solingen, 2. März. Infolge eines Familienzwistes verletzte der 50jährige Metzenburg seine Frau tödlich und erschoß sich selbst.

Frankfurt a. M., 2. März. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Bukarest: Im Hafen Konstanza wütet ein großer Brand in den Warenmagazinen. Der Schaden wird auf eine Million geschätzt. Die Petroleumlager sind von dem Feuer nicht berührt.

Frankfurt a. M., 2. März. Die „Frankf. Ztg." meldet aus New-York: In Tampa (Florida) sind fünf große Zigarrenfabriken und 300 andere Häuser niedergebrannt.

Weinheim, 2. März. Amtliche Meldung. Der Personenzug Nr. 910 von Frankfurt nach Heidelberg, fuhr Vormittag um 7¼ Uhr beim Vorziehen in das Ueberholungsgeleise auf dem Bahnhofe Weinheim, einer Rangiermaschine in die Flanke und beschädigte die Zuglokomotive leicht, brachte den Packwagen zur Entgleisung und entgleiste selbst. Das östliche Hauptgeleise war bis Nachmittags 3 Uhr gesperrt. Der Verkehr wurde im westlichen Hauptgeleise und im östlichen Ueberholungsgeleise aufrecht erhalten. Personen wurden nicht verletzt.

Straßburg, 2. März. Das Zentralbureau der Internationalen seismologischen Association teilt mit, daß der Beitritt Frankreichs zur Internationalen seismologischen Association, der von der französischen Regierung im Jahre 1907 grundsätzlich beschlossen war, jetzt nach einem Schreiben des Ministers Pichon an den deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, endgültig vollzogen ist, und zwar auf die Dauer von acht Jahren. Die Zahl der associierten Staaten ist damit auf 32 gestiegen.

Paris, 2. März. Gegen den der Spionage verdächtigen Krumholz und seine Begleiterin Brieger wurde Anklage nicht erhoben. Dagegen ist die Ausweisung verfügt worden, weil die Untersuchung bewiesen hat, daß Krumholz einer auswärtigen Macht das Angebot gemacht habe, ihr das Geheimnis eines französischen lenkbaren Luftschiffes zu verkaufen.

Konstantinopel, 2. März. Meldung des Wiener k. k. Teleg.-Corr.-Bur. Die teilweise Verwendung der zur Bandenverfolgung in Macedonien in Formation begriffenen Spezialbrigade hat begonnen, und zwar im gebirgigen Nahije Morichovo, das zum Bezirk Perlepe im Sandschak Monastir gehört und gegenwärtig von griechischen Banden überschwemmt ist. Im Februar fiel der Kommandant des Truppendetachements, Hauptmann Ismail, bei der Verfolgung einer griechischen Bande in einen von einer zweiten griechischen Bande gelegten Hinterhalt und wurde getötet. Auch sechs Soldaten sind getötet oder verwundet worden. Infolgedessen beauftragte der Generalinspektor den Komandanten des dritten Korpsbereiches, ein ganzes Bataillon der neuen Spezialbrigade, das sind 16 Streitdetachements, zur Säuberung des besagten Nahije zu verwenden und die Garnison Titkvesch um zwei Kompagnien zu verstärken.

Chicago, 2. März. Auf deutsch-atlantischem Kabel. Die Polizei stellte eine hiesige anarchistische Gesellschaft von Italienern fest, welche aufreizende Flugblätter gegen die Geistlichen verbreitet hat. Gestern, am Tage der Beisetzung des ermordeten Paters in Paterson, wurden Geheimpolizisten zum Schutze der Geistlichen in den hiesigen römisch-katholischen Kirchen direkt am Altar aufgestellt.

Chicago, 2. März. (Auf deutsch-atlantischem Kabel.) Zwei Männer drangen in die Wohnung des Polizeichefs Shippy ein und brachten ihm, seinem Sohn und seinem Kutscher durch Revolverschüsse und Dolchstiche schwere Verletzungen bei. Der Polizeichef erschoß einen seiner Angreifer. Man vermutet, daß die Angreifer Anarchisten seien, die die Tat verübten, um sich an dem Polizeichef wegen seines Vorgehens gegen die Anarchisten gelegentlich der Ermordung des Paters Leo Heinrich am 23. Februar zu rächen.

Briefkasten.

(Als Merkzeichen, unter dem die Antwort erfolgen soll, ist ein Buchstabe und eine Ziffer anzugeben.)

Sprechstunde der Redaktion ist nur Vorm. von 10–12 Uhr und Nachm. von 6–8 Uhr.

H. B. 100. Für den Fall einer Wiederverheiratung soll im Interesse der Kinder aus der früheren Ehe vor der neuen Heirat eine Auseinandersetzung in Ansehung des Vermögens stattfinden. Es muß deshalb der Vater oder die Mutter eines ehelichen Kindes, das minderjährig ist oder unter seiner Vormundschaft steht, auf seine Kosten ein Verzeichnis des seiner Verwaltung unterliegenden Vermögens einreichen und, soweit in Ansehung dieses Vermögens eine Gemeinschaft zwischen ihm und dem Kinde besteht, die Auseinandersetzung herbeiführen. Die Vormundschaftsbehörde kann gestatten, daß die Auseinandersetzung erst nach der Eheschließung erfolgt. Verletzt der Vater oder die Mutter diese Vorschriften, so kann die Vormundschaftsbehörde ihm die Vermögensverwaltung entziehen. Die Vormundschaftsbehörde erteilt dem Heiratslustigen ein Zeugnis darüber, daß er die hiernach ihm obliegenden Verpflichtungen erfüllt hat. Dem Standesbeamten ist das Zeugnis vor der Heirat vorzulegen.

R. L. 1885. Wer einen von ihm gehaltenen Hund versteuert hat, ist, wenn der Hund stirbt, abgeschafft oder ausgeführt wird, befugt, das Steuerzeichen bis zum Ablauf des Kalenderjahres ohne weitere Steuerzahlung für einen anderen von ihm gehaltenen Hund zu verwenden. Ist für den neuen Hund eine höhere als die für den versteuerten Hund gezahlte Steuer zu entrichten, so ist der Mehrbetrag nachzuzahlen.

C. H. Der außereheliche Vater muß auch die Krankheits- und Kurkosten bezahlen.

A. J. G. In Nummer 44 vom 21. Februar.

Wilhelmsburg. Wir kennen die einzelnen Vereine nicht.

C. F. 100. Danach müssen Sie einen Arzt fragen.

R. K., Jägerstraße. 1. Nach unserer Ansicht waren Sie unter den angegebenen Umständen berechtigt, das Lehrverhältnis zu lösen. 2. Ob die Klage Erfolg hat, kann man unmöglich voraussagen. 3. M. 6.

A. N. 1. Ja, wenn die Arbeiterin vorher ohne Beschäftigung war. 2. Wir würden der Kasse nicht beitreten.

W. P. 115. Kurzsichtigkeit.

D. 43. Ist uns nicht bekannt.

W. K. 23. Versuchen Sie es.

B. 41. 1. Ja. 2. Die Eltern der Kinder müssen die Scheibe bezahlen.

Hamm 128. Das Ausklopfen von Teppichen auf oder an öffentlichen Straßen und Plätzen ist verboten.

**Eimsbüttel 100.

Erste Beilage zum Hamburger Echo Nr. 53.

Dienstag, den 3. März 1908.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Tages-Bericht.

Montag, 2. März.

Hamburg.

Aus dem Bericht des Budgetausschusses für 1908.

Eine Verbilligung der Droschkentaxe empfiehlt der Budgetausschuß. Er trat in eine Besprechung über die bestehende Droschkenordnung und das Droschkenreglement ein. Nach Ansicht des Ausschusses ist dies nicht mehr zeitgemäß. Der Droschkenbezirk darf nicht an einer beliebigen Stelle oder Straße in den äußeren Stadtteilen enden, sondern es muß, da die Bebauung fortgeschritten ist, mindestens der ganze städtische Polizeibezirk hineingezogen werden, ferner aber auch die angrenzenden Vororte, die mehr und mehr bebaut sind und einen städtischen Charakter angenommen haben. Auch dürfte es sich empfehlen, die Droschkentaxe zu verbilligen. Dadurch würde den Fuhrwerksbesitzern nicht, wie sie vielleicht fürchten, Verlust, sondern Vorteil entstehen, weil eine Mehrbenutzung der Droschken stattfinden würde. Jedenfalls müßten, nach Ansicht des Ausschusses, nach beiden Richtungen möglichst bald zeitgemäße Reformen vorgenommen werden.

Automatenhallen, lebende Photographien. Der Budgetausschuß beschloß, im Anschluß an die Beratung über die Ausgaben der Polizeibehörde, in seinem Bericht zu erwähnen, daß die jetzt an fast allen Straßenecken auftauchenden Automatenhallen nicht nur für das benutzende Publikum verlustbringend seien, sondern daß diese Unternehmungen geradezu eine moralische Gefahr für die Kinder und die halbwüchsige Jugend bedeuten und sie ins Verderben reißen, indem sie zu Unterschlagungen führten. Nicht minder gefährlich seien die Kinematographen, die Theater lebender Photographien. Das Gezeigte wirke hier oft sinnerreizend und verrohend auf das Gemüt der Jugend und verleite sie auch zur Unehrlichkeit. Es sei Aufgabe der Polizeibehörde, Mittel und Wege zu finden, diesen Uebelständen möglichst abzuhelfen. Für die Spielautomaten ist inzwischen, wie gemeldet und in der Bürgerschaft offiziell mitgeteilt wurde, das polizeiliche Verbot erfolgt.

Einfriedigung des Innocentiaparks. Für die Anbringung einer eisernen Einfriedigung der vier Straßenseiten des Innocentiaparks sind in den Etat ℳ 9500 eingestellt. Von mehreren Seiten im Ausschuß wurde zunächst der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein Gitter unschön wirke und der Bevölkerung die Benutzung des Parks erschwere, weshalb für die Streichung der hier fraglichen Position eingetreten wurde. Die Mitteilungen der Berichterstatter, die von der Verwaltung eingehende Auskunft über die Art und Weise, wie die Einfriedigung gedacht ist, erhalten haben, haben aber den Ausschuß in seiner Mehrheit davon überzeugt, daß an dieser Stelle eine Einfriedigung nicht wohl entbehrt werden kann. Denn die Verwaltung hat überzeugend dargetan, daß für die Erhaltung der Grünanlagen notwendig sei, in Zukunft tunlichst zu verhindern, daß die Jugend sich durch das Buschwerk ohne Benutzung der in den Park führenden Wege einen Eingang verschaffe. Es sei überhaupt nur ein ganz niedriges Gitter gedacht, welches aber durchaus geeignet sei, dem obigen Zweck zu dienen. Werde durch das Buschwerk durchgelaufen wie bisher und sei es völlig ungeschützt dem ausgesetzt, daß das Publikum zum Eingang in den Park nicht die eigentlichen Wege benutze, sondern sich Wege über die Anlagen und durch das Buschwerk hindurch selbst bahne, so würden hierdurch die Anpflanzungen abgängig und unschön werden. Nachdem sich der Ausschuß davon überzeugt hat, daß von der Anbringung eines hohen Gitters mit Eingangstüren nicht die Rede sein solle, erachtet auch er diese Position als gerechtfertigt und empfiehlt deshalb deren Genehmigung.

Die wenig sparsame Detaillistenkammer. Die Mehrforderung von ℳ 10 050 erschien dem Ausschusse außerordentlich hoch, und es wurde beschlossen, die Behörde zu ersuchen, bei der Kammer eindringlich dahin vorstellig zu werden, daß dieselbe sich in Zukunft größter Sparsamkeit zu befleißigen habe. Wenn auch nicht verkannt wird, daß die Kammer eine segensreiche Tätigkeit entfaltet, insbesondere durch Abhaltung von Vorträgen und durch Einrichtung von Lehrkursen für Buchhaltung usw. für die Fortbildung ihrer Mitglieder in ausgezeichneter Weise sorgt, so scheint doch anderseits die Miete, die sie für ihre Räume ausgibt (jährlich ℳ 10 000) nicht im richtigen Verhältnis zu den zu erwartenden Einnahmen zu stehen, und es wurde scharf kritisiert, daß die Räume in der teuersten Lage der Stadt gewählt wurden. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die Finanzdeputation, der von der beabsichtigten Mietung unter Angabe des Mietepreises vor Abschluß des Mietsvertrages von der Kammer Kenntnis gegeben wurde, Einspruch gegen eine derartig hohe Ausgabe nicht erhoben hat, was die Bedenken der Kammer gegen eine solche Ausgabe beschwichtigt haben mag. — Die Mehrausgabe für Gehälter (ℳ 23 570 gegen ℳ 19 500 im Vorjahre) schien dem Ausschuß genügend begründet.

In längeren Ausführungen behandelt der Ausschuß die Frage der Betriebsbudgets, die indes nur ein beschränktes Interesse für unsere Leser haben dürften, ebenso wie die Frage der budgetmäßigen Behandlung der sogenannten Unterstützungen. Der Ausschuß beantragt wiederholt, daß in Zukunft die einzelnen Posten des Artikels „Unterstützungen" auf die Artikel des Budgets übertragen werden, zu denen sie sachlich gehören.

Herr Dr. Daus, welcher von dem Vorsitzenden des Ausschusses brieflich um Teilnahme an den Arbeiten des Ausschusses ersucht ist, hat dies unter Berufung auf seinen Beruf und seine Ablehnung der Wahl abgelehnt.

Erbauung eines neuen Opernhauses seitens des Staates.

Ueber die Frage der Notwendigkeit eines neuen Theaterbaues führt der bürgerschaftliche Ausschuß in seinem schon erwähnten Bericht folgendes aus: Sorgfältig hat der Ausschuß, unter sachverständigem Beirat, zunächst erwogen, ob nicht durch einen umfassenden Umbau des Theatergebäudes eine allen berechtigten Ansprüchen auf lange Zeit hinaus genügende Besserung würde erreicht werden können. Diese Frage ist schließlich einstimmig mit aller Entschiedenheit verneint worden. In voller Uebereinstimmung mit dem Vorstande der Stadttheater-Gesellschaft und mit dem Direktor des Stadttheaters ist der Ausschuß zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein der Großstadt Hamburg würdiger Zustand nur durch die Erbauung eines neuen Opernhauses würde geschaffen werden können. Das Kunstleben Hamburgs hat im Laufe der letzten Jahrzehnte einen überaus erfreulichen Aufschwung genommen. Die Bewohner unserer Stadt wenden mehr und mehr allen künstlerischen Bestrebungen lebhafte Teilnahme zu. Der Fremdenverkehr ist in steter Zunahme begriffen. Da wird die Stadt Hamburg, deren Einwohnerzahl bald eine Million erreicht haben wird, nunmehr der Ehrenpflicht genügen müssen, auch der musikdramatischen Kunst, die wie kaum eine andere in unmittelbar ergreifender Einwirkung die Menschen zu erheben berufen ist, eine würdige Stätte dauernd zu bereiten. Wir müssen ein großes, schönes Haus errichten, nicht einen Prunk- und Prachtbau, wie er in den Rahmen großer Residenzen hineingehört, sondern einen Bau, der, bei tunlichster Einfachheit im Aeußeren, unserer Stadt zur Zierde gereicht, und der im Inneren einerseits den Zuschauern behaglichen und sicheren Aufenthalt bietet, sowie den Interessen der Darsteller und aller Hülfskräfte tunlichst Genüge leistet, anderseits aber in seinen ganzen Einrichtungen die volle Entfaltung des szenischen Apparates gestattet, wie sie die moderne Bühnenkunst verlangt und die inzwischen weit entwickelte Technik der Schaubühne ermöglicht.

Nach den vom Ausschusse angestellten Ermittlungen stellen sich die Kosten eines neuen Opernhauses voraussichtlich nicht so hoch, wie man anzunehmen geneigt sein möchte. Nach den vom Ausschuß eingezogenen Erkundigungen wird sich der Bau eines würdigen, allen berechtigten Ansprüchen völlig entsprechenden Opernhauses auf einem vom Staat herzugebenden Platze mit einem Kostenaufwande von 5 bis 6 Millionen Mark sicher ermöglichen lassen. Ein nicht unerheblicher Teil dieses Betrages aber würde dadurch gedeckt werden können, daß es, nach den oben mitgeteilten Verhältnissen der Stadttheatergesellschaft, möglich sein wird, das jetzige Stadttheater billig zu erwerben. Die Aktionäre werden voraussichtlich ihre Aktien für einen etwas höheren Betrag als den Marktwert hergeben. Die Hypothekenschuld und die Prioritätsanleihe würden mit insgesamt ℳ 300 000 abzulösen sein, wovon der Reservefonds mit ℳ 55 000 zu kürzen wäre. Hiernach wären, selbst wenn 25 pZt. des Aktienkapitals zu zahlen sein würden, im ganzen abseiten des Staates zirka ℳ 450 000 aufzuwenden, um das Vermögen der Stadttheatergesellschaft zu erwerben. Der Platz des Theatergebäudes aber ist 2240 Quadratmeter groß und stellt also unter allen Umständen einen sehr viel höheren Wert dar, als der dem Vorstehenden nach aufzuwendende Kaufpreis. Hiernach also würde die Differenz zwischen den Kosten eines auf 2 bis 3 Millionen zu veranschlagenden Umbaues — welche, da die Stadttheatergesellschaft keine Mittel hierzu besitzt, der Staat würde hergeben müssen — und den auf 5 bis 6 Millionen zu schätzenden Kosten eines Neubaues noch ganz bedeutend herabgemindert werden. In Berücksichtigung aller dieser Umstände hat der Ausschuß einstimmig beschlossen, die Erbauung eines neuen Opernhauses in Vorschlag zu bringen.

Die Platzfrage ist im Ausschusse zwar besprochen worden, es herrschte jedoch Einverständnis darüber, daß von bestimmten Vorschlägen in dieser Richtung abzusehen sei, vielmehr für den zu erhoffenden Fall, daß durch Beschluß von Senat und Bürgerschaft die Erbauung eines neuen Opernhauses gesichert sein werde, abzuwarten sei, welche Vorschläge die zu beantragende Vorlage bringen werde. Als hervorragend geeignet wurde, wie immerhin hier erwähnt werden möge, von mehreren Mitgliedern des Ausschusses die nördlich vom Dammtorbahnhof belegene Gänseweide bezeichnet. Von anderer Seite wurde der nach dem Dammtorbahnhof zu belegene Teil des Botanischen Gartens empfohlen.

Auch für den Betrieb des neuen Opernhauses hat der Ausschuß zur Zeit bestimmte Vorschläge nicht machen wollen. Es handelt sich dabei um besonders schwierige Fragen, deren Lösung auf Grund sorgfältigster Erwägungen dann näher ins Auge zu fassen sein wird, wenn feststeht, daß ein neues Opernhaus erbaut werden soll. Für jetzt darf nur bemerkt werden, daß die große Mehrheit des Ausschusses von einem Betriebe des Theaters in städtischer Regie bestimmt glaubt abraten zu müssen. Ganz selbstverständlich wird das neue Opernhaus als Kunstanstalt im edelsten Sinne des Wortes geleitet werden müssen, und um dies zu erreichen, werden sorgsamste Kautelen zu treffen sein. Ob nicht namentlich zur wirksamen Durchführung des dem Staate jedenfalls zu gewährenden Aufsichtsrechtes die Einsetzung einer besonderen Behörde (wie in Bremen, wo eine Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater kürzlich geschaffen worden ist) oder etwa die entsprechende Erweiterung der, der bereits bestehenden Kommission für die Musikhalle eingeräumten Befugnisse ins Auge zu fassen sein würde, wird ebenfalls späterer Erwägung vorzubehalten sein. Mit Bestimmtheit wird, nach Mitteilungen abseiten der Stadttheatergesellschaft, darauf gerechnet werden können, daß, wie immer auch der Betrieb des neuen Theaters beabsichtigt werden möge, die jetzt bestehenden Verträge, insbesondere auch bezüglich der völligen Loslösung von dem Betriebe des Altonaer Stadttheaters, keine Schwierigkeiten bieten werden.

Einkommensteuer 1908. Der Geldwert der freien Station (freie Wohnung, Beköstigung und dergl.), welcher gemäß § 6 des Einkommensteuergesetzes als zu versteuerndes Einkommen gilt und demnach bei Angabe des steuerpflichtigen Einkommens zu berücksichtigen ist, wird von der Steuerdeputation allgemein wie folgt bemessen: Für weibliches Gesinde, sowie weibliche Angestellte in gewerblichen Betrieben auf ℳ 400 pro Jahr, für männliches Gesinde, sowie männliche Angestellte in gewerblichen Betrieben auf ℳ 500 pro Jahr, für Erzieherinnen, Hausdamen, Hauslehrer durchschnittlich auf ℳ 600 pro Jahr, für Angestellte staatlicher und privater Anstalten: a) Aerzte auf ℳ 1200, b) männliche Aufsichtsbeamte auf ℳ 750, c) Wärter, Handwerker, Arbeiter, weibliche Aufsichtsbeamte, Schwestern, Pflegerinnen und weibliches Gesinde auf ℳ 600 pro Jahr. Auch von Schiffsmannschaften ist der Wert der Verpflegung und/oder Wohnung an Bord bei der Steuererklärung mit in Anrechnung zu bringen und zwar mit Sätzen von ℳ 400 bis ℳ 900 für das Jahr je nach Charge und Art der Verpflegung. Der Geldwert des freien Unterhaltes, den Geschäftsreisende unterwegs auf Kosten ihrer Firma genießen, wird von der Steuerdeputation mit ℳ 1,50 pro Reisetag angenommen.

Eine öffentliche Frauenversammlung findet am Mittwoch, 4. März, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Vorwohle, Neustädterstraße 42, statt. Die Tagesordnung lautet: „Die Früchte der Blockpolitik für die Frauen des arbeitenden Volkes". Referentin: Genossin Louise Zietz. Auch Männer sind freundlichst eingeladen.

„Ist Religion Privatsache?" lautet das Thema eines öffentlichen Vortrages des Herrn Pastor von Ruckteschell am 6. März, Abends 8½ Uhr, im Eilbecker Gesellschaftshaus, Wandsbeckerchaussee 238, veranstaltet vom Arbeiterverein der Friedensgemeinde zu Eilbeck. Eintritt frei!

Amtliches Ergebnis der Wahl der Bürgerschaft durch die im Artikel 30 unter 2 der Verfassung bezeichneten Bürger (Notabeln). Bei der am 28. Februar 1908 vollzogenen Bürgerschaftswahl ist nach der Bekanntmachung der Zentralwahlkommission gewählt worden: Herr Friedrich Carl Paul Sachse.

Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Dienstag, 3. März 1908. Rechts- und Staatswissenschaften. Amtsrichter Dr. Matthaei: Grundzüge des Arbeiterversicherungsrechts: Die Invalidenversicherung. Das Beitragswesen. Die Invalidenrenten. Von 8—9 Uhr im Hörsaale B des Johanneums. Einlaßkarten nicht erforderlich. Rechtsanwalt Dr. Sarling: Konversatorium des bürgerlichen Rechts. (Für Juristen) Von 7—9 Uhr im Hörsaale A des Johanneums. Professor Dr. Rathgen: Moderne Handelspolitik. (Für Kaufleute.) Von 9—10 Uhr im Hörsaale A. Einlaßkarten erforderlich. — Literatur und Sprachwissenschaften. Dr. Benno Diederich: Hamburger Dichter unserer Zeit: Robert Walter-Freyd; Johanna Wolff. Von 8—9 Uhr in der Aula des Wilhelmgymnasiums. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Physik. Professor Dr. Classen: Besprechung neuerer naturphilosophischer Richtungen (Häckel, Ostwald, Mach, Boltzmann, Primare). Letzter Vortrag. Von 8—9 Uhr im großen Saale der Staatslaboratorien an der Jungiusstraße. Einlaßkarten nicht erforderlich. Professor Dr. Classen: Experimentalphysik, für Lehrer und Lehrerinnen. Von 2—3 Uhr im Physikalischen Staatslaboratorium. Professor Grimsehl: Praktische Uebungen für den physikalischen Unterricht. Von 7½—9½ Uhr in der Oberrealschule auf der Uhlenhorst. Teilnehmerkreis geschlossen. — Zoologie. Dr. Dräseke: Vergleichende Anatomie des Hirnstammes der höheren Säugetiere usw., mit Demonstrationen von Präparaten und Vorführung von Lichtbildern. Von 8—9 Uhr im großen Hörsaale des Naturhistorischen Museums. Einlaßkarten nicht erforderlich. Professor Dr. Michaelsen: Zoologisches Praktikum für Lehrer. Von 1½ bis 3½ Uhr Kirchenallee 47, 2. Etage. Professor Dr. Ahlborn: Zoologische Uebungen für Lehrer und Lehrerinnen. Von 5—7 Uhr im Realgymnasium. Teilnehmerkreis geschlossen. — Botanik. Professor Dr. Klebahn: Niedere Kryptogamen: Ascomyceten. Von 6—7 Uhr im Hörsaale des Botanischen Gartens. Einlaßkarten nicht erforderlich. Professor Dr. Voigt: Untersuchen und Bestimmen pflanzlicher Rohstoffe des Handels. Für Kaufleute. Von 7½—9 Uhr im neuen Institutsgebäude an der Jungiusstraße.

In dem Jahresbericht des Aufsichtsrates der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft für 1907 heißt es: „Wenn auch das abgeschlossene Geschäftsjahr trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse und trotz der uns durch die Inbetriebnahme der Eisenbahn Blankenese-Ohlsdorf und durch einige andere Einrichtungen und Veränderungen im Betriebe der Eisenbahnverwaltung gewordenen Konkurrenz wieder eine recht erfreuliche Frequenz- und Einnahmesteigerung in unserem Bahnbetriebe brachte und auch unsere Waggonfabrik wieder gute Erträgnisse zu verzeichnen hatte, so machte sich doch die anhaltende Steigerung der Löhne, die Materialpreise, der sozialen und öffentlichen Lasten usw. sehr empfindlich fühlbar. Die hierdurch entstandenen Mehrausgaben absorbierten die Mehreinnahmen, und so ist der verbleibende Bruttoüberschuß nach Abzug der Extraeinnahmen, die uns durch Zuschüsse von den beteiligten Gemeinden und Interessenten für den Bau der Straßenbahnlinien Eimsbüttel-Stellingen und Lokstedt-Niendorf zugeflossen sind, nicht höher als im Vorjahre. Nach der vom Vorstande vorgelegten, von uns geprüften und richtig befundenen Abrechnung und Bilanz sind wir in der Lage, die Abschreibungen und Rücklagen für Erneuerungen, einschließlich der in voller Höhe zu Extraabschreibungen auf das „Bahnbau-Konto" und das Konto „Oberirdische Leitung" verwandten Bauzuschüsse der Gemeinden und Interessenten, mit ℳ 3 092 487,28 zu dotieren, und die Zuweisung zur Pensionskasse von ℳ 92000 auf ℳ 106000 zu erhöhen, sowie dieselbe Dividende wie im Vorjahre, nämlich 10 pZt., in Vorschlag zu bringen. Für den Spezialreservefonds verbleibt ein Gewinnrest von ℳ 18 715,84. — An Personen beförderte die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft im Jahre 1907 gegen Einzelzahlung 121 330 128, im Jahre 1906 112 569 550. Dazu kommen 28 670 000 Abonnementsfahrten, es fuhren also rund 150 Millionen gegen 140¾ Millionen im Jahre 1906. Die Einnahmen an Fahrscheinen stiegen auf ℳ 14 258 433 von ℳ 13 316 055 im Jahre 1906. Die Einnahme aus Abonnements hat sich von ℳ 1 405 700 auf ℳ 1 433 356 gehoben. Für Gehälter und Löhne des Betriebspersonals wurden verausgabt ℳ 3 774 493,48 gegen ℳ 3 351 150 im Jahre 1906. Die Mehrausgabe von ℳ 423 343,48 war bedingt durch Aufbesserung der Gehälter, Aufrücken der Angestellten in die höheren Gehaltsklassen und Neueinstellung von Personal infolge Vermehrung der Fahrleistungen. Die 74 Pferde stehen mit ℳ 1 (!) zu Buch, ebenso mit ℳ 1 das Utensilienkonto, das Uniformkonto, das Bureau-Inventar, die Wartepavillons und die Werkstatt- und Magazin-Einrichtung Falkenried."

Man muß das Abschreiben verstehen, wie Figura zeigt.

Die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in Hamburg gibt bekannt: Am Mittwoch, 4. März, wird der zwischen Dornquistsstraße und Osterstraße liegende Teil des Schulweges wegen Straßenverbreiterung gesperrt werden. Die Straßenbahnwagen der Linien 5 und 16 werden während der Dauer der Sperrung über Eppendorferweg—Osterstraße—Schulweg—Gehölz und vice versa laufen.

Todessturz aus dem Fenster. Ein in der Friesenstraße 30 im dritten Stock mit Fensterputzen beschäftigter Mann verlor den Halt und stürzte kopfüber in die Tiefe. Mit schweren inneren Verletzungen, sowie einem Schädelbruch lieferte die Sanitätskolonne den Verunglückten in das St. Georger Krankenhaus ein, wo der Aermste nach wenigen Stunden, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, seinen Geist aufgab.

Raub. In einer Wirtschaft an den Vorsetzen war ein Kassierer damit beschäftigt, Lohn an Hafenarbeiter und Schauerleute auszuzahlen, als ein Unbekannter an den Kassierer herantrat, einen Pfeffernapf ergriff und den Inhalt dem Kassierer in die Augen streute. Mit schnellem Griff eignete er sich eine Geldschwinge mit ℳ 65 an und entfloh im Schutze der Dunkelheit. — Einem sechsjährigen Mädchen wurde, als es zum Einholen ausgesandt war, von einem za. zwölfjährigen schwarzgekleideten Mädchen in der Talstraße das Portemonnaie aus der Hand gerissen, womit die Räuberin entkam.

Sonnenfeld im Schatten. Man schreibt uns: Dem Streikbrecheragenten Sonnenfeld der Firma Paul Eckler, der sich verdrückt hat, trauert nicht nur Herr Paul Eckler nach. Auch bei verschiedenen anderen Leuten hat er Andenken hinterlassen, so beim Blumenhändler ℳ 150, beim Krämer über ℳ 100, beim Schlachter mehrere hundert Mark, beim Schneider und beim Juwelenhändler etliche Tausend Mark, beim Schuhmacher etliche hundert Mark (derselbe hat noch etwas vom Hausstand erwischt), beim Dienstmädchen und bei der Scheuerfrau den Lohn, für Spielzeug des kleinen Sohnes ℳ 800. — Es sind also viele trauernde Hinterbliebene da.

Einbruchsdiebstähle. Aus dem Manufakturwarengeschäft von M. Berkitz, Hamburgerstraße 84 a, erbeuteten Einbrecher für ℳ 630 Waren. — In einer Wohnung Mundsburgerdamm 25 wurden Schmucksachen im Werte von ℳ 720 gestohlen. Die gestohlenen Gegenstände sind 2 goldene Krawattennadeln, eine mit Perle, eine mit Smaragd, 1 silbernes Zigarettenetui mit der Gravierung „Irma f. l. Tilli, August 1902", 1 goldene Halsuhrkette mit Medaillon in Wappenform und Stein, auf diesem F. S., 1 silberne antike Damenuhr, 1 goldene Doppelkapseluhr, 1 goldene Brosche in Stabform mit Saphir, sowie 2 kleine Brillanten und ℳ 85 in bar. — Eine ansehnliche Beute, die zum größten Teil nicht veräußert zu werden braucht, machten Diebe am Mittelweg 178. Außer ℳ 163 in bar fielen ihnen noch Silbersachen im Werte von ℳ 128 in die Hände. — In einer am Kleinen Schäferkamp 52 belegenen Wirtschaft erlaubten sich Einbrecher, der Wirtin einen goldenen Ring mit der Gravierung „Marianne Butenschön" zu mopsen. Hiermit nicht genug, erbrachen die nächtlichen Ruhestörer sämtliche im Lokal stehende Automaten, eigneten sich die Wertmarken (200 Stück) an und leerten auch die Geldkassen der eisernen Spielkästen. — Einem Restaurateur wurden aus seiner Wohnung Fruchtallee 136 für ℳ 250 Garderoben entwendet.

Diebstähle. Einem Kaufmann aus der Danzigerstraße wurde in der Kirchenallee sein Fahrrad „Normannia" 145 883 im Werte von ℳ 145 entführt. — Aus der Wohnung Schäferkampsallee 46 stahl ein Einschleicher einen dunklen Ueberzieher, worin ein Taschentuch E. D. und eine Straßenbahnkarte, gültig für alle Linien. — Von einem Bleicherwagen wurde, als er am Großneumarkt hielt, ein Korb mit Wäsche, die B. B., E. L., C. L., C. P. und W. P. gezeichnet war, gestohlen.

Baumwolldiebstähle im Freihafen. Seit einiger Zeit verschwanden des öfteren im Freihafen Baumwollballen; die Nachforschungen und Beobachtungen führten aber nicht zu der Entdeckung des Diebes. Gestern ist es gelungen, einen Hafengelegenheitsarbeiter bei einem dieser Diebstähle abzufassen. Ins Verhör genommen, gab der verhaftete einen Händler als Hehler an. Dieser wurde verhaftet und ist geständig, von dem Inhaftierten Waren gekauft zu haben. Der Händler wurde vorläufig, weil kein Fluchtverdacht besteht, auf freiem Fuße belassen.

Der Scheckfälschung hat sich ein 18jähriger Bureauschreiber schuldig gemacht. Um sich in den Besitz von ℳ 2000 zu setzen, stahl er der Vereinsbank einen Abhebungsscheck, fälschte den Namen einer ihm bekannten Firma und avisierte den gefälschten Scheck, den er mit ℳ 2000 ausfüllte, der Filiale der Vereinsbank am Neuen Pferdemarkt. Die Fälschung wurde entdeckt und der Betrüger verhaftet.

Flüchtig nach Unterschlagung von ℳ 500 wurde ein Stuhlflechter aus Breslau.

In Haft kamen: wegen schwerer Körperverletzung ein Trimmer, aus Essen verfolgt, an Bord des Dampfers „Sao Paulo" ermittelt; wegen Zuhälterei ein 25 Jahre alter Klavierspieler; wegen Sittenvergehens ein 19jähriger Lithographenlehrling; wegen Güterberaubung ein Fuhrwerksbesitzer; wegen gemeinschaftlichen Diebstahls zum Nachteil der Kohlenfirma Willy Peters, Stubbenhuk 22, ein 33 Jahre alter Gelegenheitsarbeiter, ein 30 Jahre alter Barkassenführer und ein 31jähriger Produktenhändler.

Erschwindeltes Diebesgut. Die Kriminalpolizei verhaftete drei Burschen aus Lüneburg. Dieselben haben mehrere Straftaten auf dem Gewissen. Einer der jugendlichen Missetäter hatte eine Handtasche mit diversem Handwerkzeug im Werte von ℳ 60 gestohlen. Um das Gut vor den Nachstellungen der Behörde zu sichern, gab er die gestohlene Handtasche nebst Inhalt bei einem hiesigen Wirt in Aufbewahrung. Seine beiden Kumpane wußten hiervon, gingen zum Wirt und ließen sich das Diebstahlsgut aushändigen. Jetzt finden sie Muße, über ihre Handlungsweise nachzudenken.

Einen schlechten Mieter hatte eine Bei der Erholung wohnende junge Ehefrau, deren Gemahl zur Zeit in Wilhelmshaven seiner Militärpflicht genügt. Um die Wohnung nicht ganz unbewohnt zu lassen, vermietete sie zwei Zimmer an einen Herrn. Als die Strohwitwe gestern einige Besorgungen machte, benutzte der würdige Einlogierer die Zeit dazu, den Zimmern seiner Logiswirtin einen unerbetenen Besuch zu machen. Nachdem er einen Buffetschrank erbrochen, stahl er eine große Menge Silberzeug, ℳ 70 in bar, einen Revolver und einen lebenden Papagei. Die Polizei ist eifrig bemüht, den Logisdieb dingfest zu machen.

Schwerer Unglücksfall. Sonnabend Abend wollte ein Radfahrer Ecke Wilhelminenstraße und Reeperbahn einem Kinde, das über den Fahrdamm lief, ausbiegen, fuhr mit seinem Rade aber direkt gegen einen im Trab fahrenden Schlachterwagen. Der Kutscher des Fleischerwagens konnte seine Pferde nicht sofort zum Stehen bringen und der Radfahrer wurde von dem Fuhrwerk überfahren. Mit einem rechten Unterschenkelbruch und schweren Quetschungen schaffte man den Verunglückten in das Hafenkrankenhaus.

Verwandte Seelen.

Eine humoristische Erzählung von W. W. Jacobs.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Herr Cox hörte ihm wie betäubt zu und warf sich, als er geendet hatte, in einen Stuhl und überließ sich einem schrecklichen Schmerzensausbruch.

„Und wie habe ich immer für diese Frau gearbeitet," sagte er ganz zerschmettert, „und nun zu denken, daß es hierhin kommen mußte! Die Verschlagenheit bei der Sache, diese Bosheit! Mein Herz ist gebrochen; ich werde nie wieder der alte sein — nie!"

Herr Piper murmelte teilnehmende Worte.

„Die Sache ist mir sehr peinlich gewesen," sagte er, „aber meine Nichte ist so resolut!"

„Ich mache Ihnen keinen Vorwurf," sagte Herr Cox freundlich, „geben Sie mir die Hand."

Sie gaben sich freundlich die Hand, und Herr Piper, der etwas von Zug murmelte, schloß das Fenster.

„Sie hätten sich den Tod holen können bei dem Versuche, dort aus dem Fenster zu springen," sagte Herr Cox; „stellen Sie sich nur mal die Gefühle der beiden hinterlistigen Weiber vor!"

„Stellen Sie sich mal meine Gefühle vor!" erwiderte Herr Piper schaudernd. „Das ist ja das reine Spielen mit dem Feuer. Meine Nichte kommt heute Nachmittag; es würde ihr recht geschehen, wenn Sie ihr mal einen Schreck einjagten und ihr erzählten, Sie hätten mich getötet. Vielleicht würde es ihr eine Lehre geben, nicht wieder so aufdringlich zu sein."

„Es würde ihnen beiden nicht schaden," stimmte Herr Cox zu. „Ich fürchte nur, Frau Berry wird zur Polizei laufen."

„Daran habe ich allerdings nicht gedacht," sagte Herr Piper, sein Kinn streichelnd.

„Ich könnte meine Frau mal erschrecken," sagte der zärtliche Herr Cox nachdenkend. „Es würde eine Lehre für sie sein, mich nicht wieder zu betrügen. Und, beim Himmel, ich werde etwas Geld aus ihr herauspressen, um damit zu fliehen. Ich weiß, sie hat was, und wenn nicht, bekommt sie in einem oder zwei Tagen etwas. Es gibt da ein kleines Wirtshaus in Newstead, acht Meilen von hier, wo wir wie die Götter leben könnten, wenn wir eine oder zwei Fünf-Pfund-Noten hätten. Und während wir uns dort amüsieren, wird meine Frau halb verrückt werden, um Frau Berry über Ihr Verschwinden aufzuklären."

„Das klingt ganz vernünftig," sagte Herr Piper vorsichtig, „aber sie wird es nicht glauben. Sie sehen nicht wild genug aus, um einen Menschen getötet zu haben."

„Ich werde schon wild genug aussehen, wenn die Zeit da ist," entgegnete der andere und nickte. „Gehen Sie nur zum „Weißen Roß" in Newstead und warten Sie da auf mich! Ich werde Sie aus der Hintertür hinauslassen. Kommen Sie!"

„Aber Sie sagten, es seien acht Meilen," sagte Herr Piper.

„Acht Meilen gemütliches Marschieren," erwiderte Herr Cox. „Oder es gibt da auch einen Zug um drei Uhr. Da steht ein Wegweiser an der Ecke, und wenn Sie nicht zu schnell laufen, werde ich Sie bald einholen. Adieu!"

Er klopfte dem zögernden Herrn Piper auf den Rücken, ließ ihn zum Garten hinaus und wies ihm den Weg. Dann ging er in den Salon zurück, zerwühlte sorgfältig sein Haar, riß seinen Kragen vom Knopf, warf ein paar Stühle um und einen kleinen Tisch, und setzte sich dann, um so geduldig, wie er es vermochte, die Rückkehr seiner Frau abzuwarten.

Er wartete ungefähr zwanzig Minuten, dann hörte er, wie unten in der Tür ein Schlüssel gedreht wurde, und die langsamen Tritte seiner Frau auf der Treppe. Bis dahin, wo sie den Salon erreicht hatte, war sein Tableau fertig, und sie fuhr mit einem Schrei zurück, als ihr Blick auf diese rasende Gestalt fiel.

„Husch!" sagte der Tragöde und legte einen Finger auf seine Lippen.

„Henry, was heißt dies?" rief Frau Cox. „Was ist hier geschehen?"

„Der Gerichtsvollzieher," sagte ihr Mann mit eindringlichem Flüstern. „Es gab Worte — er schlug mich. In einem Wutanfall habe ich — habe ich ihn erdrosselt!"

„Schlimm?" forschte seine erschreckte Frau.

„Schlimm?" wiederholte Herr Cox wie wahnsinnig. „Getötet habe ich ihn und den Leichnam versteckt! Nun muß ich fliehen und außer Landes gehen."

Das Erschrecken in Frau Cox' Gesicht nahm zu. Sie versuchte, die Angabe ihres Mannes mit der Vision einer kleinen, zierlichen Gestalt in Einklang zu bringen, die sie vor zehn Minuten mit zurückgelehntem Kopfe beim Studium des Wegweisers erblickt hatte, und sie war nun sicher, daß es Herr Piper gewesen war.

„Bist Du gewiß, daß er tot ist?" forschte sie.

„Mausetot," antwortete Herr Cox prompt. „Ich hatte keine Ahnung, daß er solch ein zarter, kleiner Mensch sei. Was soll ich tun? Jeden Augenblick wird die Gefahr größer. Ich muß fliehen. Wieviel Geld hast Du?"

Diese Frage erklärte alles. Frau Cox schnappte ihre Lippen zu und schüttelte den Kopf.

„Stelle Dich nicht dumm an," tobte ihr Gatte, „mein Hals ist in Gefahr."

„Ich habe absolut nichts," bemerkte Frau Cox. „Es hat keinen Zweck, so wild darein zu schauen, Henry, ich kann kein Geld hexen."

Frau Cox' Antwort wurde durch ein lautes Klopfen an der Haustür unterbrochen, das er schleunigst auf Rechnung der Polizei setzte. Es gab ihm eine vorzügliche Gelegenheit zu einem Melodrama, in dessen Mitte seine Frau, die ganz richtig annahm, daß Frau Berry, wie verabredet, zurückgekehrt sei, zur Tür ging, um sie einzulassen. Die Besucherin war nur zwei Minuten auf der Fußmatte tätig, aber in dieser Zeit war Frau Cox im stande, sie mit flüsternder Stimme von dem Stand der Dinge zu unterrichten.

„Das ist so recht mein Onkel," sagte Frau Berry wütend. „Das ist gerade der gemeine Streich, den ich von ihm erwarten konnte. Ueberlaß sie mir nur, Beste."

Sie folgte ihrer Freundin in den Salon, und nachdem sie Herrn Cox die Hand gedrückt hatte, zog sie ihr Taschentuch aus der Tasche und hielt es vor die Augen.

„Sie hat mir schon alles erzählt," begann sie, Frau Cox zunickend, „und die Sache ist schlimmer, als Sie denken, viel schlimmer. Es war gar kein Gerichtsvollzieher — es war mein armer Onkel, Joseph Piper."

„Ihr Onkel!" widerholte Herr Cox zurücktaumelnd; der Gerichtsvollzieher Ihr Onkel?"

Frau Berry seufzte. „Es war ein Scherz von uns," gab sie zu, sank in ihren Stuhl zurück und hielt sich das Tuch vors Gesicht. „Armer Onkel! Aber ich glaube, er ist glücklicher da, wo er jetzt ist."

Herr Cox trocknete seine Stirne und starrte sie dann, seinen Ellbogen auf den Kaminmantel stützend, mit wohlgelungenem Entsetzen an.

„Da sehen Sie, wohin Ihr Scherz geführt hat," sagte er schließlich. „Ich muß jetzt in der Welt umherirren, alles wegen Ihrer Scherze."

„Es war ein unglücklicher Zufall," murmelte Frau Berry, „und keiner weiß, daß er hier war, und ich bin sicher, daß der Aermste so wie so nicht viel zum Leben hatte."

„Es war wirklich sehr freundlich von Dir, die Sache in diesem Lichte zu betrachten, Susanne," sagte Frau Cox.

„Ich habe niemals jemandem Ungelegenheiten bereitet," entgegnete Frau Berry. „Es hat keinen Zweck,

Lebensrettung durch Mannschaften der Feuerwehr. Heute Nachmittag um 2 Uhr stürzte plötzlich in der Stellbergstraße das Gerüst einer Sielaufgrabung zusammen. Die Hölzer, Balken und Bretter begruben mit den nachrutschenden Erdmassen einen Erdarbeiter Möller aus Wandsbeck, der sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen konnte. Da alle Rettungsversuche der im Betriebe tätigen Arbeiter vergeblich waren, requirierte man Zug 10 der Feuerwehr. Dank der Aufopferung der Mannschaft, gelang es nach 1½ Stunden mit vereinten Kräften den verschütteten Möller ans Tageslicht zu befördern. Möller war gänzlich unverletzt. Zug 10 rückte um 3¾ Uhr ins Depot zurück, mit dem Bewußtsein, wiederum ein Werk der Nächstenliebe verrichtet zu haben.

Von durchgegangenen Pferden überrannt wurde der Schlachtermeister W. Schmidt, wohnhaft Kuhberg 16, als er die Langereihe bei der Lohmühlenstraße kreuzen wollte. Die Pferde gingen über den zu Boden geworfenen hinweg und zerschmetterten dem Bedauernswerten den Schädel. Trotz sofortiger Hülfe sowie Ueberführung in das St. Georger Krankenhaus, gab der Unglückliche nach kurzer Zeit seinen Geist auf.

Der Schlafbas Bernhard Einertsen, Seilerstraße 21, ersucht uns, mitzuteilen, daß er mit dem wegen Bestehlens eines Seemannes verhafteten Schlafbas aus der Seilerstraße nicht identisch ist.

Feuermeldungen. Sonnabend Abend um 10¾ Uhr brannten Mobilien Lindenallee 62; um 11½ Uhr brannte Schornstein Reeperbahn 142; Sonntag Morgen um 9¼ Uhr brannten Gardinen und Wäsche Götzkerstraße 52. — Ein Blindboden- und Deckenschalungsbrand beschäftigte Zug 6 gestern Abend um 6¼ Uhr in der Campestraße 30 zwei Stunden. Das Feuer ist vermutlich durch einen schadhaften Schornstein entstanden. — Kleinere Brände fanden statt: um 7¾ Uhr gestern Abend Zimmerbrand Düppelstraße 49; um 8¼ Uhr Schornsteinbrand Banksstraße 140.

Hamburger Landgebiet.

Alsterdorf. Gemeindeversammlung am 14. Februar. Der Vorsitzende begrüßt die neu eingetretenen Herren Hoffmann, Leistikow und Wacht und fordert sie zu reger Mitarbeit auf. Die Gemeindevertretung beschließt, den Platz an der Lehmkuhle für Jugendspiele ebnen und einfriedigen zu lassen und bewilligt zur Anschaffung von Spielgeräten M. 75. Die Versammlung wählt zu Kassenprüfern die Herren Dr. Leistikow, Delank und Genosse Dolberg. Die bisherigen Vorstandsmitglieder, die Herren Meincke und Wigger, werden wiedergewählt. Dann wird beschlossen, seitens der Gemeindekrankenkasse Krankengeld für jeden Arbeits- und Festtag zu zahlen, den Sonntag ausgenommen, und künftig 3 pZt. des ortsüblichen Tagelohnes als wöchentlichen Beitrag zu erheben, nämlich 60 ₰ bezw. 30 ₰, 27 ₰ und 18 ₰. Die Versammlung beschließt die Abhaltung einer öffentlichen Feier anläßlich des 25jährigen Bestehens der Gemeindeschule am 31. März; die entstehenden Kosten trägt die Gemeinde. Die Versammlung lehnt die Wasserversorgung durch eine Leitung mit Zapfstellen an der Straße ab und gibt dem Wunsche Ausdruck, möglichst bald Wasserleitung und Siel zu bekommen. Zu Mitgliedern des Schulvorstandes werden die Herren Wigger, Finnern und Schumann wiedergewählt. Die Steuerdeputation soll gebeten werden, für die Steuererhebung in Alsterdorf zwei Tage anzusetzen. Die beantragte Einfriedigung der Böschung am Alsterdorferdamm ist von der Baudeputation abgelehnt worden. Dem Gemeindevorsitzenden sind 40 Vogelnistkästen für die Gemeinde zur Verfügung gestellt worden. Dem Uebernehmer der Abfuhr an der Fuhlsbüttelerstraße werden für die Abfuhr jährlich M. 90 bewilligt.

Harburg und Wilhelmsburg.

r. **Aufgelöste Volksversammlung in Harburg!** Nach dem von uns mitgeteilten Versammlungsverbot fand am Sonnabend Abend im „Wilstorfer Park" eine neu einberufene Versammlung statt. Genosse Grempe-Berlin sprach zunächst über die „Gesetzesunkenntnis der Harburger Polizeibehörde". Redner erhob energisch Protest gegen das Verbot der Versammlung und nahm die Harburger Polizei unter die Lupe mit der Bemerkung, daß die Harburger Polizeibehörde auf dem Gebiete der Gesetzgebung noch manches von ihm (Referenten) lernen könne. Da wir uns einmal in der Staatskinderstube befinden, gab Redner die Bubenstücke von Max und Moritz zum Besten und ging dann zum eigentlichen Thema des Lichtbildervortrages über. Als der Redner das Bild des Königs Ludwig XV. zeigte, erhob sich der überwachende Beamte. Der Vorsitzende, der merkte, was der Beamte im Sinne hatte, vertagte schnell die Versammlung auf 10 Minuten. Als die Versammlung wieder eröffnet wurde und der Referent das Wort nehmen wollte, stand der Beamte auf und erklärte die Versammlung für geschlossen. Als der Referent den Beamten darauf aufmerksam machte, daß es gar nicht seine Sache sei, die Versammlung zu schließen, sondern lediglich Sache des Versammlungsleiters, erklärte der Beamte die Versammlung für aufgelöst. Darüber entstand lauter Unwille unter den Versammelten. Als sich der Saal leerte, ertönte der Vers: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen!" Auf der Straße waren zahlreiche Polizisten aufgestellt, welche eine Anzahl Verhaftungen vornahmen. Heute (Montag) Morgen wurden Einladungszettel zu einer heute Abend stattfindenden Volksversammlung im Lokale „Wilstorfer Park" verbreitet. Die Zettel trugen die Ueberschrift: „Wider Polizeiwillkür und Gesetzesverletzung". Die Tagesordnung lautet: „Die Harburger Polizei und die Arbeiterschaft", Referent: Genosse Heinrich Baerer. In Altkloster bei Buxtehude war am Sonntag in einer Versammlung der Genosse Grempe-Berlin anwesend. Als der Referent mit seinem Lichtbildervortrag beginnen wollte, machten die überwachenden Gendarmen den Referenten darauf aufmerksam, daß der Landrat in Stade befohlen habe, dieses zu verhindern. Nachdem der Referent den Gendarmen eine Instruktion über Gesetzeskenntnisse erteilt und ihnen erklärt, falls sie die Versammlung verhinderten, würde er die Beamten mitsamt dem Landrat verhaften lassen, ließen die Gendarmen sich einschüchtern und die Versammlung nahm ihren Verlauf. Nachdem nun die Versammlung in Altkloster getagt hatte, erhielt heute Morgen Genosse Niebuhr in Harburg vom Landrat in Stade die Nachricht, daß die von ihm angemeldete Versammlung aus sicherheitspolizeilichen Gründen verboten sei. Durch die vorzügliche schnelle Postverbindung hatten wir wieder 'mal Schweineglück und der Landrat in Stade kann sich bei der Post bedanken! Aber die armen Gendarmen, was mögen die für eine Lektion erhalten haben!

r. **Eine blutige Schlägerei,** bei der das Messer wieder einmal die Hauptrolle spielte, entstand am Sonnabend Abend zwischen einer Anzahl halbwüchsiger Burschen, als sie am Vogelhüttendeich in Streit gerieten. Einer der an der Schlägerei Beteiligten wurde so verletzt, daß er zu einem Arzt gebracht werden mußte.

r. **Gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf** protestierte am Sonntag Nachmittag in einer gut besuchten Volksversammlung bei W. Stüben die Wilhelmsburger Arbeiterschaft. Der Referent, Genosse Emil Fischer-Hamburg, griff in seinen Ausführungen auf die Revolutionszeit des Jahres 1848 zurück, wo das Volk Volksvertretung, Preßfreiheit und Versammlungsfreiheit erobert habe, Errungenschaften, die der preußischen Reaktion wieder zum Opfer fielen. Die „Volksvertretung" im Dreiklassenparlament kann man im Ernste eine Volksvertretung nicht nennen! Aehnlich verhält es sich auch mit dem preußischen Vereins- und Versammlungsrecht. Die Sozialdemokratie habe schon oft im Reichstage Anträge eingebracht, die auf Preß- und Versammlungsfreiheit zielen. Jetzt endlich kommt die Regierung mit einem Reichsvereinsgesetzentwurf, der nicht Fisch noch Fleisch ist. Dieser Entwurf, mit dem sich noch die Kommission beschäftigt, wird voraussichtlich bald im Plenum des Reichstages verhandelt werden. Für manche Bundesstaaten enthalte der Entwurf wohl Vorteile, aber im großen und ganzen bedeute er keinen Fortschritt auf dem Wege zur Versammlungsfreiheit. Den süddeutschen Staaten wird nach dem Entwurf ihr Vereinsgesetz bedeutend verschlechtert. Redner behandelt dann eingehend die einzelnen Paragraphen des Entwurfes, deren Bestimmungen dem Eingreifen der Polizeibehörden den weitesten Spielraum gewähren. Die öffentlichen Versammlungen sollen nach wie vor durch Beamte überwacht werden. Uns Sozialdemokraten sitzen zwar die Beamten nicht im Wege. Aber immerhin würden manche Versammlungen anderer Parteien nicht überwacht werden, während man in die Versammlungen der Roten Beamte sendet. Kurz und gut, die Anmeldung und Ueberwachung müßte ganz in Wegfall kommen. Die Einreichung der Mitgliederliste soll wegfallen, da diese für die Behörden doch unkontrollierbar sei. Redner kritisiert scharf den Sprachenparagraphen. Dieser sei unannehmbar, da er ganz ungeheuerliche Zustände schaffen werde. Die freie Meinungsäußerung in bezug auf die Erringung eines freien Wahlrechts in Staat und Gemeinde muß sichergestellt sein. Unsere Aufgabe ist es, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht zu erstreben, wie unser Programm es aufgestellt hat. (Lebhafter Beifall.) — Hierauf nahm Genosse Plica das Wort, der in polnischer Sprache namentlich den Sprachenparagraphen unter die Lupe nahm. Auch Genosse Rumpfeld-Hamburg machte in polnischer und deutscher Sprache Ausführungen. Redner ermahnte die deutschen Genossen, die Kollegialität mit den polnischen Arbeitsbrüdern mehr zu pflegen. Es wird dann um so eher gelingen, diese für die moderne Arbeiterbewegung zu gewinnen. (Beifall.) Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 1. März 1908 bei Stüben, Wilhelmsburg, tagende, von 700 Personen beiderlei Geschlechts besuchte Volksversammlung erklärt: Der von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Vereins- und Versammlungrechtes ist als ein durchaus reaktionäres Produkt zu verwerfen. Die im Entwurf vorgesehene Polizeiaufsicht über Vereine und Versammlungen ist ein Hohn auf das einfachste Recht jedes Menschen, sich mit anderen über die gemeinsam interessierenden Angelegenheiten zu besprechen und gemeinsame Maßregeln zu beschließen. Der Sprachenparagraph charakterisiert sich als ein Mittel gewalttätiger Unterdrückungspolitik und zugleich als ein Anschlag auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiter. Die Aufrechterhaltung der landesgesetzlichen Koalitionsverbote für bestimmte Arbeiterkategorien entspringt dem Bestreben, auch fernerhin im Interesse der Ausbeuter, insbesondere der Agrarier, das ländliche Proletariat im Zustande rechtloser Halbleibeigenschaft zu halten. Die Versammlung fordert in Uebereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm: Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken und unterdrücken."

Nach einem Appell des Genossen Jahn an die Anwesenden, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren und die Arbeiterpresse zu lesen, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf Gewerkschaft und Partei geschlossen.

Lübeck.

Lohnbewegung der Gärtner. Die Arbeitgeber haben auf den ihnen unterbreiteten Tarifentwurf, obgleich sie sechzehn Tage Zeit hatten, nicht geantwortet. Diese Bekanntgabe entfesselte unter den 100 Anwesenden einer Versammlung der Gärtnergehülfen einen allgemeinen Entrüstungssturm, dem unverzüglich die allgemeine Streikproklamation folgte. Die geheime Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des Streiks zum 29. Februar 1908. Diesem Beschluß wurde einmütig Folge geleistet und alsbald meldeten sich 70 Ausständige zur Eintragung in die Streikliste. Ein großer Teil steht noch in Kündigung. Das Streikbureau befindet sich in der Kleinen Burgstraße 25 bei Nehlsen. Zuzug von Gärtnern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Gewaltiges Aufsehen hat hier die Verhaftung der drei Brüder Leipholz hervorgerufen. Bei dem Konkursverfahren in Sachen des Warenhauses wurde festgestellt, daß über den Verbleib von Waren im Werte von etwa M. 100000 jeder Nachweis fehlte. Man behauptete damals sofort mehr oder minder offen, daß die Brüder Leipholz auf den Konkurs hingearbeitet hätten, daß sie wahrscheinlich die Waren verschleppt hätten. Die Lieferanten werden auf ihre Forderung von zusammen fast 1½ Millionen Mark nur 20 pZt. erhalten. Schwer hereingefallen sind auch die Baufirmen, die an dem Warenhause beteiligt waren. Der Kriminalpolizei müssen in letzter Zeit Beweise von der Schuld der Brüder gekommen sein. Am Sonnabend wurden sie nach dem Polizeiamte geholt, wobei der eine Leipholz im letzten Augenblick an der Abreise verhindert wurde. Er saß bereits im Zuge nach Hamburg. Das Verhör währte bis zum Abend mit dem Ergebnis, daß alle drei in Untersuchungshaft abgeführt wurden. Außerdem sitzen auch bereits zwei Buchhalter des Warenhauses, diese allerdings wegen Diebstahls.

Schleswig-Holstein.

Lauenburg. Man schreibt uns: Die in Ihrer Zeitung Nr. 49 vom 27. Februar über den Streik der Werftarbeiter in Lauenburg gebrachte Notiz, daß ich Arbeitswillige zum Mittagstisch genommen habe, beruht auf Unwahrheit, wie ich hiermit ausdrücklich erkläre. Hochachtungsvoll F. Piehl, Schlachtermeister.

Trittau. Vor einem großen Unglück ist unser Ort durch die Umsicht unseres Amtsvorstehers Bendt behütet worden. Kommen dort aus dem schönen Lande Hessen einige Musiker hergezogen, die ihren Instrumenten die wunderlichsten Töne entlocken können. Doch nicht immer bewährt sich der Spruch: „Böse Menschen haben keine Lieder!" Gar manchmal findet man unter diesen Sängern und Musikern böse Unholde. So auch unter diesen. Im vorigen Jahre, als diese Künstler unseren Ort durchzogen, haben sie sich sogar erdreistet, die Marseillaise zu spielen. Die Häuser begannen zu wackeln, die Hühner zu gackern. Wenn nunmehr der Herr Amtsvorsteher dieses Jahr nicht so umsichtig gewesen wäre und hätte dies freventliche Spiel dadurch inhibiert, daß er den Spielern einfach verbot, ihre Weisen erklingen zu lassen, Trittau wäre wohl nicht mehr an seinem Platze. Ein Heil diesem schneidigen Amtsvorsteher.

Preetz. Der hiesige Maurerverband hat nach der „Pr. Ztg." beschlossen, den am 15. März d. J. ablaufenden Lohntarif zu kündigen und einen Stundenlohn von 63 ₰ zu fordern. Der jetzige Lohn beträgt 53 ₰ die Stunde.

Rendsburg-Büdelsdorf. Eigenbrödler der Arbeiterbewegung. Der hiesige Zweigverein des deutschen Buchdruckerverbandes hat es — so wird der „Schleswig-holst. V.-Z." geschrieben — bisher stets verschmäht, mit der Arbeiterbewegung am Orte Hand in Hand zu gehen, mit ihr in Fühlung zu treten. Anstatt die Gesamtinteressen der Arbeiterbewegung fördern zu helfen, haben sich die Buchdrucker stets die Pflege des Kastengeistes angelegen sein lassen. Ja, Buchdrucker haben sich nicht entblödet, hiesigen im Vordergrund der Arbeiterbewegung stehenden Genossen die ärgsten Schmiereien des Reichslügenverbandes, mit höhnischen Glossen versehen, zuzuschicken. Das hat die Genossen kalt gelassen, sie haben höchstens über solche kindische Spielereien gelacht. Nach langen Kämpfen innerhalb der eigenen Organisation und nach außerhalb hin ist es der hiesigen Arbeiterschaft gelungen, ein Lokal zu bekommen, das allen Anforderungen, die man an ein Arbeiterlokal stellen kann, genügt. Die hiesigen Buchdrucker haben es bisher verschmäht, in diesem Lokal zu verkehren. Neuerdings gewinnt es den Anschein, als ob die Buchdrucker auf dem Wege sind oder vielmehr die feste Absicht haben, der Arbeiterbewegung Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Der Zweigverein des Buchdruckerverbandes hat für die nächste Woche einen Walkotteabend in einem von der Arbeiterschaft boykottierten Lokal arrangiert. Vom Gewerkschaftskartell ist Herr Walkotte zwar schon des öfteren engagiert gewesen, aber die Buchdrucker, bei denen nun der Drang nach Kunstgenüssen in ungestümer Weise hervorbricht, haben immer mit Abwesenheit geglänzt. Ebenso machten sie es bei den Laubeabenden. Wirkt dies Verhalten schon befremdend, so charakterisiert die Abhaltung des Walkotteabends in einem Lokal, das der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, den Geist, der unter den Buchdruckern herrscht, vollkommen.

Hannover.

Lüneburg. Die Wahlkreiskonferenz für den 16. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Lüneburg-Winsen-Soltau) fand am Sonntag in der „Lambertihalle" unter guter Beteiligung statt. Anwesend waren der Parteivorstand in Lüneburg Delegierte aus Lüneburg, Winsen, Soltau, Neuhaus a. E., Bleckede, Bardowiek, Kirchwärder, sowie der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Emil Fischer-Hamburg. Insgesamt 18 Teilnehmer. Den Bericht des Vorstandes erstattete Genosse Graeger, den Kassenbericht Genosse Albrecht. Der Kassenabschluß balanciert mit M. 3168,63. Ueber die politische Lage und über die preußischen Landtagswahlen 1908 referierte Emil Fischer. Letzterer Punkt veranlaßte eine längere, lebhafte Debatte. Es wurde eine energische Beteiligung an der Landtagswahl beschlossen. Sehr umfangreich war auch die Debatte über Agitation, Organisation und Presse.

Auswärtiges.

Die nationale Treibjagd gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse hat wieder einen „Erfolg" zu verzeichnen: Der Vorsitzende der Ortskrankenkasse, Genosse Hauschild, und das Ausschußmitglied, Genosse Landgraf, sind von der Aufsichtsbehörde ihrer Aemter enthoben worden. Der Beschluß des Rats der Stadt Chemnitz als Aufsichtsbehörde lautet: 1. Der Vorsitzende der Gemeinsamen Ortskrankenkasse zu Chemnitz, Herr Robert Hauschild in Chemnitz, und 2. das Kassenvorstandsmitglied, Herr Emil Landgraf in Chemnitz, werden, da hinsichtlich ihrer Personen Tatsachen bekannt geworden sind, welche sich als grobe Verletzung der Amtspflichten in bezug auf die Kassenführung darstellen, ihrer Aemter enthoben. — Es war früher schon erwähnt worden, daß die Staatsanwaltschaft Zwickau das Verfahren eingestellt hatte. Die Verfehlungen der beiden Vorstandsmitglieder sollen nach der „Volksstimme" in folgendem bestehen: 1. Dem Vorsitzenden sind einmal von einer Angestellten in Grünhain eine geringe Quantität Speck und Wurst, ferner 4 oder 6 Eier, im Gesamtwerte von M. 2,30, heimlich in die Reisetasche gesteckt worden, die er nicht wieder zurückgegeben und der Anstalt auch den entsprechenden Geldwert nicht wieder zugeführt habe. 2. Von dem mit enthobenen Vorstandsmitglied wird berichtet, daß sein elfjähriger Sohn im Jahre 1902 zirka 14 Tage beim Verwalter in Grünhain aufhältlich gewesen und aus der Küche des Heims verpflegt worden ist. Dem Verwalter seien zwar dafür M. 20 angeboten worden, derselbe habe aber eine Entschädigung abgelehnt bezw. keine erhalten. 3. Im Jahre 1906 sind dem Kassenvorstande auf Ansuchen vom Dezernenten des Versicherungsamtes 120 Mark für Reisespesen zur Besichtigung der Lungenheilstätte Hohwald bei Neustadt aus Kassenmitteln bewilligt worden. Diese 120 Mark sind auch der Spesenkasse des Kassenvorstandes zugeführt worden. Die Verfügung beschuldigt aber die oben genannten Vorstandsmitglieder, daß sie den auf sie entfallenden Teil zwar erhalten, die Besichtigung der Anstalt aber nicht vorgenommen hätten. Richtig ist nun zwar, daß die beiden Beschuldigten an der Besichtigung wegen Unwohlseins nicht teilnehmen konnten, ebenso richtig ist aber auch, daß sie für die nicht mitgemachte Exkursion eine Entschädigung nicht erhalten haben. Dies sind die wesentlichsten Gründe zur Amtsenthebung. Die „Volksstimme" bemerkt zu dem obigen: Wer sich der Kämpfe erinnert, die die Vertreter der Arbeiterinteressen seit einem Menschenalter und noch länger haben durchkämpfen müssen, wer sich der Opfer erinnert, die diese Kämpfe mit sich brachten, konnte voraussehen, daß auch bei dieser wilden, verwegenen Jagd gegen den Kassenvorstand der Gemeinsamen Ortskrankenkasse einige auf der Strecke bleiben würden. Die Arbeiter kennen die Treiber. Sie wissen, daß den Feldzug gegen die Kasse eröffnet und mitgeführt haben Leute wie Schubert und Rabe, die die Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht der Erpressung eingelocht hat.

Die Altenburger Justiz ist nicht befangen. Das Landgericht Altenburg hatte am 8. November v. J. den Versicherungsagenten Moritz König aus Leipzig wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde auf eingelegte Revision vom Reichsgericht wegen gröblicher Verletzung der Vorschriften über die Beweiserhebung aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Altenburg zurückverwiesen. In der Entscheidung des Reichsgerichts heißt es unter anderem auch, daß das Reichsgericht dem Antrage des Verteidigers, die Sache an ein anderes Gericht zu verweisen, stattgegeben haben würde, wenn nicht § 394 der Strafprozeßordnung die Möglichkeit ausschlösse, da das Herzogtum Altenburg nur ein einziges Landgericht hat. Am 28. Februar fand nun erneut Verhandlung vor dem Altenburger Landgericht statt; diesmal waren aber nicht nur zwei, sondern dreizehn Zeugen geladen, und zwar auf Grund der vom Reichsgericht ausgesprochenen groben Verletzung der Vorschriften über die Beweiserhebung. Das ganze Verfahren selbst ist reich an Einzelheiten und wirft ein grelles Licht auf die politische Voreingenommenheit vieler Richter gegenüber der Sozialdemokratie. Der Angeklagte ist Sozialdemokrat. Ende Juli v. J. war er, wie schon oft, wegen geschäftlicher Angelegenheiten nach Schmölln gekommen und hatte sich im dortigen Gasthof „Zur Reichskrone" einlogiert. Dort ließ er sich auch in ein Gespräch mit dem Baumeister Linke über die Hohenzollern ein. Bald darauf denunzierte Linke den Angeklagten, weil dieser bei dem Gespräch beleidigende Aeußerungen über den Kaiser habe fallen lassen. Linke beschwor vor Gericht seine Angaben, ebenso der Wirt der „Reichskrone", der aber nur ganz wenige Worte gehört hatte, die nicht darauf schließen ließen, daß König sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht hatte. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, Aeußerungen, wie sie von dem Kronzeugen Linke beschworen worden waren, in bezug auf den Kaiser gebraucht zu haben. Er beantragte daher die Vernehmung einer Anzahl Schmöllner Bürger, die sich über den Leumund Linkes äußern sollten. Das Gericht lehnte jedoch den Antrag ab, und zwar mit der Begründung, es würde dem Baumeister Linke auch dann glauben, wenn gleich sein böser Leumund durch zwölf Schmöllner Einwohner bekundet würde. Im Urteil heißt es noch: Linke sei Amtsgerichtstaxator und sei an jenem Abend nicht betrunken gewesen. Die unerhörtesten Auslassungen im Urteil sind aber folgende: „Bei der ausgesprochenen sozialdemokratischen Gesinnung sei es dem Angeklagten durchaus zuzutrauen, daß er ohne Scheu mit den schmutzigsten und verlogensten Geschichten seinen Standpunkt zu vertreten suche. Bei einem Sozialdemokraten, der, wie der Angeklagte, zur täglichen Lektüre die „Leipziger Volkszeitung" halte, sei das noch leichter zu erwarten." Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hübler-Leipzig, hatte denn auch, auf diese Auslassungen bezugnehmend, in der Revisionsverhandlung des Reichsgerichts ausgeführt, daß das Reichsgericht eine nützliche Arbeit leisten würde, wenn es festsetze, daß derartige Bemerkungen in ein Urteil nicht gehörten. Der Reichsanwalt erwiderte darauf, man könne darüber zweierlei Meinung sein, ob solche Aeußerungen zur Sache gehörten. Das Urteil beruhe aber offenbar nicht auf dieser Ansicht, es könne deshalb in der Revisionsinstanz davon abgesehen werden. Damit war allerdings der Reichsanwalt der Entscheidung ausgewichen. Vor Beginn der nochmals vor dem Landgericht Altenburg und demselben Richterkollegium stattfindenden Verhandlung lehnte Rechtsanwalt Dr. Hübler die fünf Richter, die das Urteil vom 8. November unterzeichnet hatten, namens des Angeklagten als befangen ab. Es sind dies die Herren Landgerichtsdirektor Dr. Frommelt, Landrichter Krause, Landrichter Dr. Herbst, Landrichter Dr. Hässelbarth und Gerichtsassessor Nitzsche. In etwas gedrückter Weise suchte nach diesen Darlegungen der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Frommelt, die Urteilsbegründung zu rechtfertigen, die von der Verteidigung in mißverständlicher Weise ausgelegt worden sei. Das Gericht sei über politische Voreingenommenheit erhaben. Durch die Ablehnung der genannten Richter — nur ein Richter war davon ausgeschlossen — war das Kollegium nicht mehr beschlußfähig, es mußte darum ein neues gebildet werden. Nach dreistündiger Pause war ein solches unter Hinzuziehung einiger Amtsrichter gebildet worden. Der Vorsitzende verlas nun folgenden Beschluß: Der Antrag auf Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit wird für unbegründet erklärt. Durch die Auslassungen im Urteil hätten sich die genannten Richter nicht festgelegt, es müßten für diese Behauptung tatsächliche Feststellungen gemacht werden können. Auch hätten sich die sämtlichen Richter nicht für befangen erklärt. Das frühere Richterkollegium trat nun wieder an, worauf der Vorsitzende verkündete, daß bis zur Urteilsverkündigung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird. Die Verhandlung wurde schließlich auf Sonnabend vertagt und endete, wie die „Leipz. Volksztg." mitteilt, mit der Freisprechung des Angeklagten.

Die preußische Staatsretterei wird gegenwärtig in Solingen lebhaft betrieben. Eine große Anzahl Genossen haben Strafbefehle erhalten, „weil sie hinreichend verdächtig sind", sich an den kürzlich stattgefundenen Wahlrechtsdemonstrationen beteiligt zu haben. Die Mandate lauten auf Gefängnis- und Geldstrafen. Selbstredend denkt keiner unserer Genossen daran, diese „Frühlingsbotschaften aus der liberalen Aera" zu erledigen, ohne vorher gerichtliche Entscheidung beantragt zu haben.

Echt preußisch. Wegen des kürzlich geschilderten polizeilichen Ueberfalls auf das Berliner Metallarbeiterhaus war gegen einige Beamte Anzeige erstattet worden. Nunmehr ist vom Ersten Staatsanwalt des Landgerichts eine Antwort eingegangen, daß gegen — Genossen Blumenthal, der die Polizeibeamten auf ihr rechtswidriges Vorgehen aufmerksam gemacht und deshalb mißhandelt und zur Wache geschleppt wurde, Anklage wegen Beamtenbeleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhoben worden ist! Wer den preußischen Polizeistaat kennt, konnte nichts anderes erwarten.

Die „liberale" Anwendung des Majestätsbeleidigungsparagraphen wird wieder einmal durch folgendes Urteil gezeigt: Zwei Arbeiter im Alter von 25 und 31 Jahren schimpften in der Trunkenheit in Erfingen auf den Kaiser, die Preußen und die Gendarmen und riefen „Vive la France". Die Metzer Strafkammer sah in dem Verhalten der Arbeiter Majestätsbeleidigung und Ausstoßen aufrührerischer Rufe und verurteilte jeden zu sechs Monaten Gefängnis.

Aus dem Lande der Polizeimißgriffe. In Berlin hat man wieder einmal einen falschen Strausberger Eisenbahnattentäter verhaftet. Der Arbeiter Z. hatte am Freitag Abend seinen Ludwigs-Kirchplatz 11 wohnhaften Schwager besucht und wollte sich gegen 10½ Uhr nach seiner Lübeckerstraße 51 belegenen Wohnung begeben. An der Tiergartenschleuse kam ein Mann mit einem großen Hunde

---

zurückgekehrt," entgegnete Herr Piper, dem plötzlich ein Licht aufzugehen schien. „Sie können sie nicht reinlegen, wenn Sie mich nicht mitnehmen und das legt uns rein. Das ist ihre Schlauheit, das ist Susanne, wie sie leibt und lebt."

„Sie ist ein schadenfrohes, verlogenes Frauenzimmer," wetterte Herr Cox.

„Ich habe Susanne nie leiden mögen," sagte Herr Piper bitter, „niemals."

Herr Cox sagte, das könne er sehr wohl verstehen, und setzte sich dann nieder, um als letzten Hoffnungsanker einen langen Brief an seine Frau zu schreiben, in dem er, nachdem er des längeren bei den betlagenswerten Umständen, die mit dem plötzlichen Ableben des Herrn Piper zusammenhingen, verweilt hatte, sie bat, Frau Berry bestens für ihre wohlgemeinten Bemühungen, ihn zu beruhigen, zu danken, und sie um schnellste Absendung des versprochenen Geldes ersuchte.

Die Antwort kam am folgenden Abend von Frau Berry selbst. Es war ein langer Brief, und nicht nur lang, sondern auch schlecht geschrieben und viel verbessert. Er fing mit dem Wetter an, erkundigte sich nach Herrn Cox Befinden und erwähnte das der Schreiberin; beschrieb mit peinlicher Genauigkeit ein seltsames Kopfweh, welches Frau Cox befallen habe, ebenso eine lange Liste der verordneten Medikamente und der Wirkung eines jeden, und schloß in einer versteckten Ecke mit dem fröhlichsten Optimismus, was die beiden Leser beinahe wahnsinnig machte.

„Der liebe Onkel Joseph ist ganz wiederhergestellt, und obwohl er noch etwas nervös ist — er war immer ziemlich furchtsam — Sie wiederzutreffen, hat er sich doch bereit erklärt, Sie im „Weißen Roß" aufzusuchen, um Ihnen die Gewißheit zu geben, daß er lebt. Er dürfte wohl ebenso schnell wie dieser Brief bei Ihnen sein — vielleicht hilft er Ihnen gar, ihn zu entziffern."

Herr Cox legte den Brief mit großer Sorgfalt nieder und starrte, leise hustend, den vor sich hinstierenden Herrn Piper ganz schafsmäßig an.

Eine Zeitlang sprach keiner von beiden. Herr Cox brach das Schweigen zuerst und als er fertig war, sagte Herr Piper „Husch!" —

„Außerdem hat es auch keinen Zweck," fügte er hinzu.

„Für mich hat es Zweck," sagte Herr Cox und fing wieder an.

Herr Piper hielt eine Hand hoch und gebot mit einer Bewegung des Schreckens Ruhe. Die Worte erstarben auf den Lippen des Freundes als eine bekannte Stimme im Flur ertönte und im nächsten Augenblick Frau Berry ins Zimmer trat und vor ihnen stand.

„Ich habe denselben Zug benutzt, um sicher zu sein, daß Du mitkamst, Onkel," bemerkte sie. „Wie lange bist Du schon hier."

Herr Piper feuchtete seine Lippen an und blickte scheu um Hülfe auf Herrn Cox.

„Ungefähr — ungefähr fünf Minuten," stammelte er dann.

„Wir waren so froh, daß der liebe Onkel nicht so schwer verletzt war," fuhr Frau Berry lächelnd fort und nickte Herrn Cox freundlich zu. „Aber die Idee von Ihnen, ihn im Geranumbeet zu begraben! Wir haben ihn noch nicht ganz wieder rein bekommen."

Herr Piper gab sonderbare Töne von sich und verließ schleunigst das Zimmer, aber Herr Cox saß still da und starrte sie stumm an.

„Waren Sie nicht erstaunt, ihn zu sehen?" fragte seine Peinigerin.

„Nicht, nachdem ich Ihren Brief gelesen hatte," sagte Herr Cox, endlich seine Stimme wiederfindend mit einem Anflug von großer Würde sprechend. „Nach diesem konnte mich nichts mehr in Erstaunen setzen."

Frau Berry lächelte wieder.

„Ah, ich habe noch eine kleine Ueberraschung für Sie," sagte sie lebhaft. „Frau Cox war so überwältigt von dem Gedanken, ganz allein zu sein, während Sie in der Welt umherirrten, daß sie und ich uns zusammengetan haben. Wir haben einen regelrechten Kontrakt aufsetzen lassen, so daß nun zwei da sein werden, um nach dem rechten zu sehen. Eh? Was sagten Sie?"

„Ach, ich dachte nur," sagte Herr Cox.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Uwe Jens Lornsen. In den ersten Märztagen werden es 70 Jahre, daß U. J. Lornsen freiwillig aus dem Leben schied. Er war der früheste und sympathischste Vorkämpfer für die bürgerliche und nationale Freiheit der Schleswig-Holsteiner. Als er am 18. November 1793 zu Keitum auf Sylt geboren wurde, war sein Vater, der Schiffer Jürgen Jens Lornsen, gerade in höchster Lebensgefahr auf der Fahrt von Archangel nach Lissabon. Glücklich heimgekehrt, wußte er und sein Weib, Uwe Pterers Kressens Tochter, es nicht anders, als daß der Junge auch Schiffer werden sollte. Aber der damals herrschende politische Zustand (Englands Kriegsstellung zu Dänemark und zu dem ganzen von Napoleon beherrschten europäischen Kontinente) brachte sie davon ab. Der junge Lornsen studierte die Rechte in Kiel und Jena. Nach dem letzteren Orte zog er besonders wegen des Wartburgfestes von 1818, das die damalige deutsche akademische Jugend mit Freiheitsbegeisterung durchglühte. Im dänischen Staatsdienste brachte Lornsen es in den Jahren 1821 bis 1830 bis zum Chef der schleswig-holsteinischen Kanzlei in Kopenhagen. Im Herbst 1830 erhielt er auf seinen Wunsch — er begann zu kränkeln und ward von unbezwinglichem Heimweh ergriffen — das Amt des Landvogtes auf seiner Heimatsinsel Sylt. In demselben Jahre trat er, getrieben und getragen von dem Jugendhauch des deutschen Liberalismus, mit seiner epochemachenden Flugschrift hervor: „Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein". Er forderte von seiner dänischen Regierung eine autonome schleswig-holsteinische Verfassung. Die Bevölkerung sollte sich selbst um ihre politischen Interessen kümmern. „Die politische und Finanzverwaltung des Landes ist den Leuten ein tiefes Geheimnis!" klagte er. In seinem ungetrübten und unbekümmerten Rechtsbewußtsein stellte er dem dänischen Könige selbst ein Exemplar seiner Schrift zu. „Unser Recht ist klar wie die Sonne", hieß es darin. Die Regierung antwortete mit Amtsentsetzung und Lornsen wurde ein Jahr auf die Festung (Friedrichsort und Rendsburg) geschickt. Um seine Gesundheit herzustellen, hielt er sich dann bis 1837 in Rio de Janeiro auf, kehrte über Marseille zurück, hielt sich in Genf auf und machte hier in düsterer Gemütsstimmung (teils aus Schmerz um seine Heimat, teils wegen des Todes einer zärtlich geliebten Schwester) durch einen Schuß seinem Leben ein Ende. Anfang März 1838 muß er im Spital verschieden sein;

auf ihn zu und fragte den Z., ob er ihn kenne. Z. verneinte und richtete an den Fragenden die Gegenfrage, ob er ihn kenne. Darauf gab sich der Gefragte als ein Kriminalbeamter zu erkennen und sagte dem Z. auf den Kopf zu, daß er der Verüber des Strausberger Eisenbahnunglücks sei und mit zur Wache müßte. Z. war nicht schlecht erschrocken, eines solchen Delikts beschuldigt zu werden. Auf der Tiergartenwache wurde Z. einer Visitation unterzogen und die Personalfeststellung vorgenommen. Er mußte sich gefallen lassen, daß ihm ins Gesicht gesagt wurde, er sei der Verbrecher; er sei es um so sicherer, weil er blaß geworden sei. Schließlich veranlaßte aber der Polizeiwachtmeister die Entlassung ohne ein Wort der Entschuldigung. Der Arbeiter Z. ist bereits 16 Wochen krank, weil er sich eine schwere Handquetschung zugezogen hat, und aus diesem Grunde hat ihn der schwere polizeiliche Mißgriff ganz besonders mitgenommen.

g. **Christlicher Wordschwindel vor Gericht.** Vor einigen Monaten ging durch die Presse die Schauermär, daß in Schweinfurt ein Sozialdemokrat den Plan gefaßt habe, den christlichen Arbeitersekretär und Zentrumsabgeordneten Schwarz zu ermorden, woran er nur durch seine Verhaftung verhindert worden sei. Die Sache ist jetzt vor der Schweinfurter Strafkammer zur Verhandlung gekommen. Der angebliche Attentäter, der Fabrikarbeiter Trütschel, war wegen Widerstands, Polizeibeleidigung und Unfugs angeklagt. Er hatte sich im Dezember Abends in die „Drei Lilien" begeben, in deren oberen Lokalitäten gerade eine Festlichkeit der Christlichen stattfand, und nach dem Abgeordneten Schwarz gefragt, der aber gar nicht anwesend war. Später sah man, wie der schwer betrunkene Trütschel einen Revolver zu laden versuchte. Dem Versuch, ihm die Waffe abzunehmen, leistete er heftigen Widerstand, weshalb er verhaftet wurde. Am nächsten Morgen wurde er jedoch wieder freigelassen. Er ging nun wieder in die „Drei Lilien", machte mit der Kellnerin Skandal, weil sie ihm angeblich zu wenig Geld herausgegeben, und wurde neuerdings verhaftet, wobei er Widerstand leistete und die Polizei beschimpfte. Das Gericht verurteilte ihn zu 7 Monaten Gefängnis. Für den „sozialistischen Mordplan", den bereits die Reichsverbandspresse in ihr „Archiv" aufgenommen hat, ergab sich nicht der Schatten eines Beweises. Es liegt nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vor, daß hinter Trütschels Nachfrage nach dem Abgeordneten Schwarz eine schlimme Absicht steckte, höchstwahrscheinlich wollte er nur wegen Aufnahme in die christliche Gewerkschaft mit Schwarz verhandeln, nachdem er kurz vorher aus der freien Gewerkschaft ausgeschlossen worden war. Die Attentatslüge hatte nur den Zweck, für den christlichen „Arbeitervertreter" Reklame zu machen, wie ja auch manche gekrönte Häupter von Zeit zu Zeit ein Attentätchen gebrauchen, um sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Es war aber wieder einmal nichts.

Ein Geständnis. Wegen Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen hatte sich der Feldwebel Hipler am 27. Februar vor dem Kriegsgericht in Königsberg zu verantworten. In der ersten Instanz war gegen den Angeklagten auf eine Strafe von zehn Tagen gelindem Arrest erkannt worden. In der Berufung focht der Angeklagte die Höhe des Strafmaßes an. Die Berufung hatte Erfolg, denn das Ober-Kriegsgericht setzte die Strafe von zehn Tagen auf eine Woche herab. Was unsere Beachtung dem Fall zuwendet, ist ein Satz aus der Rede des Verteidigers — es war der Kompagniechef des angeklagten Feldwebels. Der Herr Hauptmann erklärte, „daß auf den preußischen Exerzierplätzen alle Tage Hunderte und Tausende Beleidigungen beim Scharfexerzieren vorkommen". Auf Vorhalten des Vorsitzenden versuchte der Verteidiger die Wirkung dieses Geständnisses zwar abzuschwächen, doch bedeutete dieser Versuch nur eine Unterstreichung des Gesagten.

rz. **Die Bekämpfung der Glatze.** Vom Landgericht Breslau ist am 26. November v. J. der Spezialarzt Dr. med. Ferdinand Epstein von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung freigesprochen worden. Am 4. März v. J. kam der Kaufmann O. aus Charlottenburg zu ihm, um ihn wegen Haarausfalles zu befragen. Der Angeklagte stellte einen kreisförmigen Haarausfall fest und verschrieb ihm eine Salbe zum Einreiben. Er sagte dabei, es werde infolge der Behandlung eine Entzündung eintreten, die das Wachstum befördern werde. O. bestreitet, daß der Angeklagte ihm dies gesagt habe. Nach der ersten Einreibung hatte O. eine schlaflose Nacht, weil er starke Kopfschmerzen bekommen hatte. Am anderen Morgen ging O.s Schwester zum Angeklagten. Dieser war sehr erstaunt über die starke Wirkung und meinte, O. müsse zu viel genommen haben. Er verschrieb nun Bleiumschläge, welche die Geschwulst bald beseitigten. O. ging nun zu einem anderen Arzt. Die Verschreibung von Krotonöl gegen diese Krankheit ist, wie das Urteil ausführt, in der modernen Heilkunst üblich. Eine Mischung von 1:3, wie der Angeklagte sie verschrieben hat, gilt nicht als zu stark. In der Anwendung der Salbe an und für sich liegt keine Fahrlässigkeit, da der Angeklagte den Zeugen über den Verlauf der Heilung aufgeklärt und ihn angewiesen hat, die Salbe zunächst nur an einigen Stellen anzuwenden. Auch wenn der Angeklagte gesagt haben sollte, wie O. behauptet, er solle anfangs nur einmal täglich einreiben, so wäre das nicht fahrlässig. — Gegen das freisprechende Urteil hatte O. als Nebenkläger Revision eingelegt. Sein Vertreter behauptete, das Urteil entspreche nicht den tatsächlichen Verhältnissen, der Logik und dem Begriff der Fahrlässigkeit. — Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision unter Hinweis auf die unanfechtbaren tatsächlichen Feststellungen, wonach eine Fahrlässigkeit nicht als festgestellt erachtet werden könne.

Von der Marine. „Stein" ist am 28. Februar in Vigo eingetroffen und setzt am 7. März die Reise nach Audorfer See (Kanal) fort. „Bremen" ist am 29. Februar in Willemstadt Caracao eingetroffen und geht am 5. März nach Kingston (Jamaica). „Sleipner" ist am 1. März von Plymouth nach Vigo abgegangen. „Tiger" ist am 1. März in Shanghai eingetroffen. Reichspostdampfer „Roon" mit dem Ablösungstransport für „Condor" ist am 29. Februar in Genua eingetroffen und hat am 1. März die Reise nach Neapel fortgesetzt. Der Dampfer „Hohenstaufen" mit dem Zweigtransport für die Besatzung des Kiautschougebiets an Bord, ist am 29. Februar in Shanghai eingetroffen. Der Transport hat am 1. März die Reise nach Tsingtau fortgesetzt.

Ein Prozeß um das „Henkeltöppche". „Trinke mer noch e Tröppche aus dem kleine Henkeltöppche." Diese geflügelten Worte aus dem Kölner Karneval 1906, wo die kleinen Krüchen mit obigem Spruch in Massen als Karnevalsartikel abgesetzt wurden, hat für einen dortigen Bürger zu einem langwierigen Prozeß geführt. Er hatte 10 000 dieser kleinen Henkeltöpfchen mit der obigen Aufschrift anfertigen lassen und in den Handel gebracht. Von einer auswärtigen Firma wurde deshalb Klage erhoben wegen Verletzung des Urheberrechts. Die Worte „Trinke mer noch e Tröppche" usw. stammen aus dem Liede: „O Susanna, wie ist das Leben doch so schön, o Susanna, wie schmeckt das Tröpfchen schön." Der Kläger behauptete, dieses Lied habe er erworben, und es sei sein Eigentum, dürfe mithin nicht abgedruckt werden. Er erwirkte, daß die kleinen Töpfchen konfisziert wurden, und in vielen Gerichtsterminen wurde die Frage, ob hier eine Verletzung des Urheberrechts vorliege, erörtert, sogar die Sachverständigenkammer für Literatur und Tonkunst in Berlin hatte sich mit dieser Frage zu beschäftigen und sprach sich dahin aus, daß das Lied selbst einen Schutz genieße, da es auf Umfang oder geistigen Wert der Arbeit nicht ankomme. Da der Beklagte aber nur einige Worte aus dem Lied verwandte, so frage es sich, ob teilweiser Nachdruck vorliege. Die Sachverständigen halten die Entlehnung für zu unbedeutend, und so wurde keine unzulässige Vervielfältigung angenommen. Da auch eine Beschwerde hiergegen keinen Erfolg hatte, ist der Prozeß nun endlich entschieden.

Ein großes Lawinenunglück in der Schweiz. Aus Brig im Kanton Wallis kommt die Kunde, daß am Sonnabend Abend in Göppenstein durch den Luftdruck einer gewaltigen Staublawine das Hotel der Bauunternehmung Loetschbergtunnel weggerissen wurde. Von den im Hotel anwesenden Personen wurden dreizehn getötet, darunter ein Arzt und zwei Ingenieure. Sieben Personen erlitten Verletzungen, zwei schwere Verletzungen. Zwei Sektionsingenieure und zwei Aerzte der Unternehmung sind in der Nacht von Brig nach der Unglücksstätte abgegangen. — Nach späteren Meldungen beträgt die Zahl der Getöteten elf, darunter zwei Kinder. Verletzt wurden zwölf Personen, darunter mehrere schwer. Das Unglück ereignete sich in dem Augenblicke, als man im Hotel sich zu Tische setzen wollte. Das Hotel, ein auf einem Steinfundament ruhender Bretterbau mit Doppelwänden, brach in diesem Augenblicke wie ein Kartenhaus zusammen. Die Installationen für den Tunnelbau haben nicht gelitten.

Schmucksachen-Diebstähle. Bei dem Goldarbeiter und Juwelier Berg in Kaiserslautern wurden durch einen nächtlichen Einbruch goldene Uhren und Schmucksachen im Werte von M. 10 000 gestohlen. Der Einbruch wird in Verbindung gebracht mit den in letzter Zeit verübten Einbrüchen in München, Karlsruhe und Mettlach. Es handelt sich wahrscheinlich um eine internationale Diebesbande.

Schneestürme im Thüringer Wald. In den Höhenorten des Thüringer Waldes ist Sonntag plötzlich starker Schneefall eingetreten, der in einzelnen Ortschaften, wie in Steinheid und Limbach, so heftig war, daß die vollständig eingeschneiten Wohnhäuser ausgegraben werden mußten. Das Schneetreiben dauerte bis in die späten Abendstunden an.

Grubenunglück. Heute früh 6 Uhr wurden in Kattowitz auf dem Reckeschacht der Kleophasgrube durch scharfes Aufsetzen der Förderschale sieben Mann schwer und einer leicht verletzt. Die Ursache ist anscheinend das Defektwerden des Tiefenanzeigers.

Vermischte Nachrichten. Unter Mitnahme von etwa M. 100 000 veruntreuter Gelder ist ein Krefelder Rohseidenhändler geflüchtet; angeblich nach Griechenland. — In Mühlhausen (Th.) unternahm am Sonntag nach einem Familienstreit die Ehefrau des Webschullehrers Hermann Barth mit ihren drei Töchtern im Alter von 17, 15 und 13 Jahren einen Selbstmordversuch durch das Oeffnen sämtlicher Gashähne der Wohnung. Der Ehemann schlug bei seiner Rückkehr die Tür ein. Mit Hülfe eines Arztes gelang es zwar, die vier Bewußtlosen ins Leben zurückzurufen und ins Krankenhaus einzuliefern, es erscheint aber zweifelhaft, ob sie mit dem Leben davonkommen werden. — Die „Bartensteiner Zeitung" meldet: In Prauerschitten erschoß der herrschaftliche Diener Korn seine Braut Marie Neumann und verletzte deren Kind schwer. Korn wurde verhaftet. — In der Wohnung einer galizischen Arbeiterin im Dominium Nieder-Oswald fand man ihre drei Kinder infolge Rauchvergiftung bewußtlos vor. Zwei wurden ins Leben zurückgerufen, das dritte starb. — In Heidelberg brach in letztvergangener Nacht um 1 Uhr im Dachstuhl des Rathauses Feuer aus. Eine halbe Stunde später brannte der ganze Dachstuhl lichterloh. Das Flugfeuer sprang auf die Heilige Geistkirche über, deren Turm bereits anfing zu brennen. Doch gelang es der Feuerwehr alsbald, die Kirche vor den Flammen zu schützen. Im Rathause sind die unteren Räumlichkeiten und der ganze Bau durch das Wasser sehr beschädigt. — Aus Bordeaux wird berichtet: In dem Prozeß gegen die Bande, welche die ganze Gegend von Langon, besonders durch die Ermordung eines Versicherungsagenten, in Schrecken gesetzt hatte, wurde das Urteil gefällt; zwei Angeklagte wurden zum Tode, eine Frau zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, ein Angeklagter zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Vereine und Versammlungen.

Brauereiarbeiter, Hamburg. Am Sonnabend, 29. Februar, fand bei Horn, Hohe Bleichen 30, eine Mitgliederversammlung statt. Eingangs wurden 17 Neuaufnahmen bekannt gegeben. Da die beiden Schriftführer nicht anwesend waren, wurde Schmidt zum Schriftführer gewählt. Weiter entstand eine größere Debatte betreffs Zulassung von Reportern bürgerlicher Blätter zur Versammlung. Der Antrag wurde abgelehnt, weil diese Blätter die Berichte nicht objektiv bringen. Hierauf sprach Genosse Kahl über die Verschmelzung zu einem Lebens- und Genußmittelverband. Bereits seit 1892 sei der Gedanke, einen derartigen Verband zu errichten, mehrfach zur Erörterung gebracht. Etwas Handgreifliches sei bis jetzt nicht daraus entsprungen. Bei dem internationalen Kongreß in Stuttgart wurde die Sache von den in Betracht kommenden Vorständen der Organisationen, wie Brauereiarbeiter, Bäcker, Mühlenarbeiter und Schlachter, weiter ventiliert und eine Sitzung nach Hannover einberufen, welche sich auch eingehend mit der Sache befaßte. Er hoffe, daß die Verschmelzung perfekt werde. Allein schon, wenn man bedenke, daß sich das Unternehmertum immer mehr zusammenschließt, und doch hauptsächlich zur Unterdrückung der Arbeiterschaft. Am meisten hätte sich das Brauereikapital konzentriert, aber es wäre nur noch eine Zeitfrage und die anderen Berufe, als Bäcker, Mühlenarbeiter und Schlachter, folgen dem; bei den beiden ersten Berufen wären schon Beweise genug dafür vorhanden, daß das Kleingewerbe immer mehr ausgeschaltet wird. Man könne an den Arbeitgebern sehen, daß sie den Teufel danach fragen, ob sie einer Spezialbranche angehören, wenn es gilt, die Arbeiterinteressen zu bekämpfen. Wenn gesagt wird, daß sich die Verschmelzung nicht empfehle, daß zum Beispiel ein Bäcker einen Brauer bei den Verhandlungen nicht vertreten könnte, so könne er gerade das Gegenteil beweisen, da er persönlich schon früher für die Brauereiarbeiter bei den Unternehmern vorstellig wurde und auch die Wünsche der Arbeiter erreicht habe. Aber wir könnten auch von den Verbänden, die sich verschmolzen haben, sehen, daß sie einen starken Mitgliederzuwachs hatten. Wir hätten in dieser Richtung auch nichts zu befürchten, sondern könnten nur gewinnen. Der Metallarbeiterverband und der Holzarbeiterverband z. B. hätten sich glänzend entwickelt. Auch wir würden einen Vorteil von der Verschmelzung haben. Auf dem Lande, wo die Agitation erschwert ist und eine starke Fluktuation gerade in unseren Berufen vorherrschend ist, sei sie von besonderem Wert. Die Presse müßte selbstverständlich eine einheitliche werden usw. Er sei, so schloß er, nicht hierher gekommen, um vielleicht eine Umstimmung zu erzielen, sondern seinen Standpunkt in dieser Sache klarzulegen. Möge ein jeder, bevor er abstimmt, sich überlegen, wofür er stimmt. In der äußerst lebhaften Diskussion wurde das Für und Wider eingehend erörtert, doch wurde die Erledigung der Frage schließlich der vorgerückten Zeit wegen vertagt. Hierauf wurde Döllinger als Delegierter zum Gewerkschaftskongreß vorgeschlagen. In die Feststellungskommission wurden außer den in der Vorstandssitzung vorgeschlagenen Kollegen noch Weinem und Tabbert zugewählt. In die Verhandlungskommission in betreff Ablösung des Freibeuteres rc. wurden Döllinger, Jakob, Kusch und Ernst gewählt. Ferner wurde eine Kommission, die die Anträge zum Verbandstage prüfen und der nächsten Versammlung vorlegen soll, gewählt. In dieselbe wurden die Kollegen Höhlein, Golupp, Kusch, Schmidt, Weinem, Ahrens und Meinhardt gewählt. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Bauhülfsarbeiter. Mitgliederversammlung im Gewerkhaus am 27. Februar. Hüffmeier setzte die Versammlung von dem Ableben des Kollegen H. Tiedemann in Kenntnis. Sein Andenken wurde durch Aufstehen von den Plätzen geehrt. Hierauf hielt Genosse Beiderwieden einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Sklaverei im Altertum. Hüffmeier zählt verschiedene Unternehmer auf, wo versucht wurde, die Löhne zu drücken. Meistenteils sind die Kollegen in solchen Fällen auch nicht organisiert. Unter anderem hat Mahr im vorigen Jahre für die zweite Lohnklasse 60 ₰ bezahlt, jetzt zahlt er auf Steinwärder für Betonarbeiten 50 ₰. Der Polier läßt die Arbeiter durch einen Privatarbeitsnachweis annehmen. Jeder angenommene Arbeiter hat M. 4 zu zahlen. Hiervon erhält der Polier M. 2. Auf eine Mitteilung an Herrn Mahr haben wir noch keine Antwort erhalten. Ebenfalls wird jetzt von Kock an der Brandshoferschleuse für Betonarbeit nur 50 ₰ gezahlt. Abends zur Platzversammlung kamen die Kollegen nicht. Ein im Fabrikarbeiterverband organisierter Kollege, der uns dies mitteilte, wurde entlassen. Die Firma Kardoff, Neuerwall, zahlt für Steinetragen 55 ₰. Die Leute tragen die Steine im Korb. Sie sind bei uns nicht organisiert, einige überhaupt nicht. Wo ein Unternehmer die Streikklausel nicht anerkennt, wird ihm jetzt von der Baugewerksinnung der Bau gesperrt. Wenn es so weit kommt, daß Unternehmer ihre Baustellen sperren, kann man sich nicht darüber aufhalten, wenn wir sperren um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erhalten. Zeisig wurde an Stelle Granias, der einen anderen Beruf ergreift, als Revisor gewählt. Zum letzten Bericht vom 12. Februar muß hinzugefügt werden, daß Bruhns als zweiter Kassierer gewählt wurde. Außerdem muß es heißen, daß Schimpf und Dierks zusammen 234 Stimmen erhielten. Schimpf erhielt 173 und Dierks 61 Stimmen.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

(Deutscher Reichstelegraph.)

Cuxhaven, 2. März, Morgens.

Angekommen am 1. März.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 7 25	Astronom (D.)	Haacke	London
9 55	Gena (D.)	—	Montevideo
10 —	Prinz Oscar (P.-D.)	Nitz	Mexico
11 15	City of Cadiz (D.)	Davison	Bristol
N. 12 20	Lincoln (D.)	Hicks	Geimsby
„	Sambia (D.)	Holder	London
12 40	Katholm (D.)	Jensen	Blyth f
1 5	Hedwig Heidmann (D.)	Sachße	Burnistand
2 40	Sverre Sigurdsson (D.)	Jervell	Flekkefjord
4 30	Fridtjof (D.)	Pedersen	London
6 30	Herman Sanber (D.)	Zopff	Seaham
7 30	Heworth (D.)	Davies	Grangemouth
8 30	Argentina (Schl.)	Hoyer	Bremerhaven
„	L und G (Kähne)	—	do.
„	Saturn (Schl.)	Fennekohl	do.
„	Nr. 50 und 76 (Kähne)	—	do.
„	Amstel (D.)	Kuiper	Rotterdam
9 30	Birgit (D.)	Cörhaug	Haugesund
9 50	Weimar (D.)	Thomas	Leith
„	Mannheim (D.)	Voß	Cöln
9 55	City of Bradford (D.)	Pettersen	Grimsby
10 —	Bodsgarde (D.)	—	Emden
11 —	Carnet (D.)	—	Valencia
11 20	Apollo (D.)	Bonzet	Amsterdam

2. März.

V. 12 30	Tintagel Castle (D.)	Gandy	London
12 40	Seamew (D.)	Wood	Harwich

Ferner auf: gestern Vorm. Tj. Antje. — Von hier auf: gestern Mittag Schlepper Cato mit Leichter Emma Luise.

In See gegangen am 1. März.

Uhr M.	Schiff	Nach
V. 11 5	Sirius (Schl.)	Bremerhaven
„	Nr. 44, 56 u. 61 (Kähne)	do.
12 —	Celebes (D.)	Soerabaja
N. 12 15	Johannes Ruß (D.)	Newcastle
12 25	Cortes (D.)	Barcelona
12 40	Simson (Schl.)	Bremen
„	Daheim (Leichter)	do.
„	Börsenhalle (Leichter)	do.
12 55	Arion (Schl.)	Bremerhaven
„	Nr. 114, 48 und 10 (Kähne)	do.
1 15	Meggie (D.)	—
1 50	Nyanga (D.)	Cardiff
2 —	Alster (D.)	Amsterdam
2 25	Teneriffe (D.)	Addah
„	Federation (D.)	Hartlepool
3 30	Schillig (F.-D.)	d. Nordsee
4 —	Claverley (D.)	Cardiff
4 20	Ebersberg (D.)	Rotterdam
4 25	Stjoldborg (D.)	—
5 —	Erifile (D.)	Grangemouth
7 —	Shamrock (D.)	Newcastle

2. März.

V. 12 30	Amrum (D.)	—	
3 —	Helene Heidmann (D.)		Grimsby

Abwärts gekommen: Schlepper Athlet mit Leichter W. T. A. G. 33.
Wind: SSW., leicht. Wetter: bedeckt, diesig, Schneefall. — Barometer: 749,5. Thermometer: — 0,2° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 1. März:

Uhr M.	Schiff	Kapt.	Von
V. 9 —	Hafvet (D.)	Johannson	Kiel
„	National (D.)	Arp	Danzig
„	Malaga (D.)	Hermannsson	Gothenburg
N. 12 35	Maja (D.)	Iversen	Kopenhagen
2 15	Kanal III. (D.)	Hockerup	Flensburg
5 —	Goliath (Schl.)	Stehr	Holtenau
„	Carl Kiehn (Schl.)	Tammann	do.
„	Irene Kiehn (Leichter)	Erbsen	do.
6 —	Ferdinand (D.)	Kirchner	Stettin
„	Marie (d. Segler)	Nagel	Hadersleben
9 10	Buffard (F.-D.)	Ehrlich	Skagen
10 20	Triton (D.)	Langhans	Riga
11 35	Boreas (F.-D.)	Kohstahl	Skagen

2. März.

4 20	Göteborg (D.)	Clafe	Gothenburg

Cuxhaven, 2. März, Vormittags.

Angekommen am 1. März:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
N. 10 —	Brisgavia (P.-D.)	Girstenbräu	Antwerpen

2. März.

V. 7 45	Anglo Dane (D.)	Wiberg	—
8 10	Cumberland (D.)	Jonston	Leith
8 20	Köln (D.)	Brams	Köln
8 55	Oddurg (D.)	—	—
9 10	Timsah (D.)	Gamst	Emden
9 15	Senator Refardt (F.-D.)	—	d. Nordsee

Von hier auf: 9 Uhr Schlepper Unterweser 8 mit den Leichtern Föhr und Nordstrand. — Dampfer Weimar ist gestern Abend nicht aufgepfiffen. — 9 Uhr 45 Min.: Wegen Schneefall keine Fernsicht.

In See gegangen am 2. März:

Uhr M.	Schiff	Nach
V. 7 —	Kura (D.)	Newcastle

Wind: SSW., frisch. Wetter: bedeckt, Schneefall. — Barometer: 750,4. Thermometer: — 0,2° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 2. März:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 6 35	Käte (D.)	Lehmkuhl	Königsberg
6 50	Wilhelm Oelßner (D.)	Hey	Reval

Helgoland meldet: Wind: WSW., schwach. Wetter: bedeckt. See: leicht bewegt.

Cuxhaven, 2. März, Nachmittags.

Angekommen am 2. März.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 9 —	Coburg (D.)	Tait	Grangemouth
9 20	Frankfort (D.)	Cook	Goole
9 40	Lutterworth (D.)	Russel	Grimsby
„	Sturmvogel (d. Scho.)	Hauff	—
9 50	Valhal (D.)	Frayland	Haugesund
10 5	Bianca (D.)	Hoberg	London
10 10	York (D.)	Miners	Hull
10 20	Simson (Schl.)	Faje	Bremen
„	Vereinsblatt (Leichter)	Hampel	do.
„	Chronik (Leicht.)	Scharp	do.
10 25	Britannia (D.)	Brown	Leith
10 55	Tresden (D.)	Toddridge	Hartlepool
11 10	Ellerbeck (d. Bk.)	Bade	—
11 40	Tinos (D.)	Zänker	Kleinasien
11 45	Lavinia (D.)	Kaul	—
11 55	Bellarder (D.)	—	Brasilien
N. 12 45	Sheffield (D.)	Hecks	Grimsby
1 35	Gladiator (Schl.)	Fuhrmann	Bremen
„	Post (Leicht.)	Meincke	do.
„	Tageblatt (Leicht.)	Mewes	do.
1 55	Weimar (D.)	Thomas	Leith
2 —	Unity (D.)	Sherwood	Goole

Von hier auf: 1 Uhr Schlepper Goliath mit den Leichtern Vereinsblatt und Chronik, Dampfer Tinos; 1½ Uhr Dampfer Bellarden, d. Scho. Antje. — Eingekommen: Schlepper Reiher. — Geankert: Gladiator mit Leichter — Ellerbeck wurde durch Enak bugsiert. — 3 Uhr 45 Min.: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 2. März:

Uhr M.	Schiff	Nach
N. 12 30	Triton (Schl.)	Bremerhaven
„	2 Kähne	do.
„	Prinzessin Heinrich (D.)	—

Ferner seewärts: die Schlepper Fairplay 3, Reiher, Terschelling. — Abwärts gekommen: Schlepper Goliath mit Leichter Petrolina.
Wind: SSW., mäßig. Wetter: bedeckt. — Barometer: 753,4. Thermometer: + 3,2° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 2. März:

Uhr M.	Schiff	Kapt.	Von
V. 8 5	Hela (d. Segl.)	Behrens	Apenrade
„	Estel (d. Segl.)	Ebeling	Eckernförde
8 55	Anna (d. Segl.)	Holm	do.
„	Caroline (d. Segl.)	Jensen	Malmö
10 10	Sperber (D.)	Stoll	Libau
11 40	Erna (d. Segler)	Neu	Karlskrona
N. 1 20	Vendela (D.)	Jansson	Karlshamn

Helgoland meldet: Wind: SSO., mäßig. Wetter: bedeckt. See: leicht bewegt.

Ueberseeische Schiffsnachrichten.

Hamburg, Burmeister, von New-York, am 29. Februar in Genua. — **Pretoria**, Schrötter, am 29. Februar von New-York nach Hamburg. — **Badenia**, Albers, von Baltimore, am 1. d. auf der Elbe. — **Bosnia**, Schmidt, am 29. d. von Baltimore nach Hamburg. — **Barcelona**, Fey, nach Philadelphia, am 1. d. Dover passiert. — **Corby**, am 23. Februar von New-Orleans direkt nach Hamburg. — **Prinz Oskar**, Niß, von Havre und Mexico, am 1. d. auf der Elbe. — **Fürst Bismarck**, Lotze, am 1. d. in Havana. — **Syria**, Rauschenplat, nach Havre und Mexico, am 1. d. von Cadiz. — **Patagonia**, Spangenberg, von Westindien, am 29. Februar in Havre. — **Westphalia**, Höfer, von Westindien, 29. Febr. von Havre. — **Allemannia**, Loost, nach Havre und Mexico, am 1. d. von Havre. — **La Plata**, Nickels, am 1. d. in Havre. — **Christiania**, Grönhof, am 29. Februar von New-York nach Brasilien. — **Salamarca**, Rörden, am 1. d. von Montevideo via Madeira nach Hamburg. — **Mecklenburg**, Boltzen, von Mittelbrasilien nach New-Orleans, am 1. d. von St. Lucia. — **Otavi**, Schütt, von Westafrika, am 29. d. auf der Elbe. — **Kamerun**, Zobel, nach Westafrika, am 1. d. von Cuxhaven in See. — **Savoia**, Rohde, nach Persien, am 28. Februar Sagres passiert. — **Dortmund**, Malchow, von Ostasien, am 28. Februar S gres passiert. — **Spezia**, Peter, heimkehrend am 29. Februar in Singapore. — **Vandalia**, Bahsel, von Ostasien, am 2. d. in Suez. — **Brisgavia**, Girstenbräu, von Emden, am 1. d. auf der Elbe. — **Hohenstaufen**, Porzelius, nach Ostasien, am 1. d. von Shanghai. — **Slavonia**, Rotzke, heimkehrend am 1. d. von Shanghai. — **Silvia**, Jäger, Truppentransport nach Ostasien, am 2. d. in Tsingtau. — **Rhenania**, v. Hoff, heimkehrend am 2. d. in Singapore. — **Senegambia**, Eckhorn, nach Ostasien, am 1. d. in Rotterdam. — **Habsburg**, Filler, von Ostasien, am 1. d. von Port Said. — **Saxonia**, Habel, heimkehrend am 29. Februar von Penang nach Colombo. — **Samoia**, Müller, nach Ostasien, am 1. d. von Hongkong. — **Graf Waldersee**, Fröhlich, nach New-York, am 2. d. von Plymouth weiter. — **Barcelona**, Fey, nach Philadelphia, am 2. d. Lizard passiert. — **Kronprinzessin Cecilie**, Schülke, am 2. d. von Santander weiter. — **Macedonia**, Porath, nach dem La Plata, am 1. d. Fernando do Noronha passiert. — **Navarra**, Steffan, nach dem La Plata, am 1. d. von Antwerpen. — **Thessalia**, Bradhering, nach der Westküste Amerikas, am 29. Februar in Corral. — **Illyria**, Hoppe, heimkehrend, am 29. Februar von Montevideo. — **Ambria**, Schwinghammer, am 2. d. von Keeling nach Tsingtau. — **Sithonia**, Brehmer, nach Ostasien, am 1. d. von Cuxhaven in See. — **Cap Vilano**, Buck, heimkehrend, am 2. d. von Southampton nach Boulogne. — **Tucuman**, C. Bick, heimkehrend, am 2. d. in Rotterdam. — **Eleonore Woermann**, Triebe, heimkehrend, am 2. d. von Boulogne. — **Linda Woermann**, Eiben, heimkehrend, am 29. Februar in Conakry. — **Frieda Woermann**, Martens, ausgehend, passierte am 1. d. Dover. — **Lucie Woermann**, Ihrcke, ausgehend, am 29. Februar in Victoria. — **Präsident**, Mühlbauer, am 29. Februar von Mahe. — **Reichstag**, Ihle, am 2. d. in Bombay. — **Gertrud Woermann**, Jensen, heimkehrend, am 1. d. von Port Said. — **Adolph Woermann**, Iversen, heimkehrend, am 29. Februar in Las Palmas. — **Eger**, Wanke, am 29. Februar in Montevideo. — **Montevideo**, Tobsbuy I, ausgehend, am 29. Februar in Montevideo. — **Santa Fe**, Schulz, am 29. Februar von Cadis nach dem La Plata. — **Pallas**, Beyer, ausgehend, passierte am 29. Februar Vlissingen. — **Tucuman**, C. Bick, heimkehrend, passierte am 1. d. Dover. — **Rio Pardo**, Rolin, heimkehrend, passierte am 2. d. Vlissingen. — **Tijuca**, Schütterow, ausgehend, am 29. Februar in Pernambuco. — **Cap Roen**, Jochimsen, am 1. d. von Madeira nach Lissabon. — **Gunther**, Suxdorff, ausgehend, am 1. d. in Santos. — **Santa Cruz**, Ohlerich, heimkehrend, am 1. d. von St. Vincent nach Madeira. — **Cordoba**, Meyer I, am 1. d. von Madeira nach Hamburg. — **Cap Ortegal**, Siepermann, ausgehend, am 1. d. von Coruna nach Vigo. — **Serat**, Jansen, ausgehend, am 28. Februar in San Francisco. — **Rhodopis**, Behrmann, ausgehend, am 29. Febr. von Teneriffe. — **Mera**, Jürgensen, am 29. Febr. von Teneriffe. — **Ammon**, Ebeling, ausgehend am 29. Febr. von Mollendo. — **Neko**, v. Appen, heimkehrend am 29. Febr. von Panama. — **Memphis**, Lilienthal, heimkehrend von Valparaiso via Montevideo direkt nach Hamburg. — **Nadames**, v. Helms, ausgehend am 1. d. von Antwerpen. — **Hathor**, Koehler, heimkehrend am 1. d. von Teneriffe. — **Anna Woermann**, Augustesen, heimkehrend am 1. d. von Las Palmas. — **Jeannette Woermann**, Heitmann, ausgehend am 1. d. in Las Palmas. — **Hagen**, Nicolai, am 29. Febr. von Marseille. — **Bielefeld**, Lenschow, am 29. Febr. von Port Elizabeth. — **Altona**, Schuldt, am 1. d. von Padang. — **Laeisz**, Hillmann, am 1. d. in Colombo. — **Neumünster**, Wellhöfer, am 1. d. von Mangalore. — **Ottensen**, Maotin, am 1. d. von Macassar. — **Bagdad**, Höfer, am 1. d. in Algier. — **Venezia**, Prigge, am 1. d. in Hamburg. — **Woglinde**, Mohr, am 1. d. Konstantinopel passiert. — **Albenga**, Petersen, am 1. d. von Port Said in Algier. — **Amalfi**, Staack, heimkehrend am 28. Febr. in Cette. — **Bastia**, Matzen, heimkehrend am 29. d. in Messina. — **Florenz**, öller, heimkehrend am 29. d. in Palermo. — **Genua**, Rehbock, ausgehend am 28. Febr. in Genua. — **Girgenti**, Blanck, h nk. am 26. Febr. in Bons. — **Chios**, Bradhering, am 29. Febr. von Konstantinopel nach Samsun. — **Styros**, Kell, am 29. Febr. von Piräus nach Smyrna. — **Enos**, Konow, ausgehend am 1 d. Ouessant passiert. — **Tenedos**, Aubel, nach Malta, am 1. d. Ouessant passiert. — **Pylos**, Niensen, am 29. Febr. in Constanz. — **Kythnos**, Niemann, am 1. d. von Malta nach Piräus. — **Galata**, Steen, am 1. d. von Konstantinopel nach Odessa. — **Tinos**, Zäuker, am 29. Febr. nach Rotterdam und Hamburg. — **Athos**, Holm, am 1. d. von Jaffa nach Alexandrien. — **Mara Kolb**, Leichhauer, am 26. d. von Philadelphia nach Vera Cruz. — **Brietzig**, Wilstermann, am 1. d. von Westhartlepool nach Hamburg. — **Cronshagen**, Pause, am 29. Februar von Bluth nach Hamburg. — **Kirchberg**, Niemann, am 1. in Neapel. — **

Zur Konfirmation.

Schwarz reinwoll. Cheviot ..... Mtr. 95 ₰
Schwarz gemusterte Mohair-Crêpes ..... Mtr. 95 ₰
Schwarz reinwoll. Cheviot, elegante Qualität, za. 110 cm breit ..... Mtr. 125
Schwarz reinwoll. Satintuch ..... Mtr. 140
Schwarz reinwoll. Damentuch ..... Mtr. 195
Schwarz reinwoll. hochelegante Satintuche ..... Mtr. 260, 225
Schwarz Mohair-Alpacca, za. 115/120 cm breit ..... Mtr. 250, 195, 165

Ein Posten Schwarze Grenadines ..... Mtr. 145, 125

Weiss gemusterte Phantasiestoffe, doppeltbreit ..... Mtr. 78 ₰
Weiss reinwoll. Wollbatist ..... Mtr. 165, 145, 115
Weiss reinwoll. Cachemire ..... Mtr. 175, 125
Weiss reinwoll. Cheviot, 90/110 cm breit ..... Mtr. 195, 175, 145
Weiss reinwoll. Panama-Armure ..... Mtr. 175, 145
Weiss reinwoll. Serge- u. Kammgarnbindungen ..... Mtr. 260, 195, 165
Weiss reinwoll. Satin-Tuch ..... Mtr. 245, 195

Ein Posten Weiss gepunkter Mull ..... Mtr. 75 ₰

Seidenstoffe.

Schwarz reinseid. Taffet ..... Mtr. 195, 145
Schwarz reinseid. Taffet, za. 60 cm breit ..... Mtr. 245
Schwarz reinseid. Louisine ..... Mtr. 175
Schwarz reinseid. Messaline ..... Mtr. 195

In grosser Auswahl neu eingetroffen: Einfarbige und gemusterte Kleiderstoffe in allen Preislagen.

Die grosse Mode sind Bordürenstoffe.

Warenhaus Hermann Tietz. Gr. Burstah 12-14.

Das frohe Fest der **Silber-Hochzeit** feiern am 3. März unsere lieben Eltern
F. Grevsmühl und Frau.
Die Kinder.
Altona, Kl. Gärtnerstraße 26, I.

Das frohe Fest der **Silber-Hochzeit** feiern am 5. März unsere lieben Eltern
J. Neven und Frau,
geb. Steinblinck.
Die Kinder.

Todes-Anzeige.
Hierdurch allen Verwandten, Bekannten und Nachbarn die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater
H. Aschberg
am 1. März, Morgens 5 Uhr, im 60. Lebensjahre nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Tief betrauert von seiner Gattin, den Kindern, Schwiegerkindern und Enkeln.
Beerdigung am Mittwoch, 4. März, Nachm. 2 Uhr, vom Krankenhause, Lohmühlenstraße.

Dritter Wahlkreis.
Distrikt Eilbeck.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Heinrich Aschberg,
Kantstraße 13, Haus 2, 2. Etage, am Sonntag, den 1. März, Morgens 5 Uhr, im Lohmühlen-Krankenhause nach langer Krankheit gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, Nachmittags 2 Uhr, vom Lohmühlen-Krankenhause aus statt.
Die Distriktsleitung.

Verband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Hamburg u. Umgegend. Distrikt Eilbeck.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Heinr. Aschberg
am Sonntag, den 1. März 1908, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Lohmühlen-Krankenhauses aus nach Ohlsdorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Eilbecker Männer-Gesangverein v. 1885.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Sangesbruder
H. Aschberg
am Sonntag, den 1. März, verschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Mittwoch, den 4. März, Nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause, Lohmühlenstraße, aus.
Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Hamburg.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Fritz Nanssed
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhause in der Lohmühlenstraße aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht daß mein lieber Vater
Wilhelm Hoops
im Alter von 72 Jahren sanft entschlafen ist.
Tief betrauert von seinem Sohn und Schwiegertochter.
W. Hoops u. Frau.
Beerdigung am Mittwoch, den 4. März, Nachmittags 2½ Uhr, vom Lohmühlenkrankenhause nach Ohlsdorf.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, der Arbeiter **Hugo Junge**, im Alter von 44 Jahren am Montag, 2. März, Morgens 10½ Uhr, sanft entschlafen ist.
Tief betrauert von seiner tief betrübten Gattin
Emma Junge, geb. Rebohn.
Beerdigung am Mittwoch, 4. d. M., Nachm. 2½ Uhr, vom Hafenkrankenhause.

Dritter Wahlkreis.
Distrikt Rotenburgsort.

Verspätet!
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
J. Tamcke
am 28. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Distriktsleitung.

Todes-Anzeige.
Plötzlich und unerwartet entschlief am Sonnabend, den 29. Februar, unser langjähriger Einlogierer
Robert Schön
am Tage seines vollendeten 44. Jahres.
Tief betrauert von seinem
Schwager nebst Frau,
geb. Schön,
Frau Japp nebst Tochter,
sowie allen Hausgenossen, Freunden und Bekannten.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Mittwoch, den 4. März, Nachm. 3 Uhr, vom Hafenkrankenhause nach Ohlsdorf.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter
Frau Hinriette Firl,
geb. Klaack,
nach kurzen, schweren Leiden am Sonntag gestorben ist.
Tief betrauert von den Hinterbliebenen.
Beerdigung am Mittwoch, den 4. März, Morgens 11 Uhr, vom Sterbehause, Bahrenfeldernstraße 261, II., Ottensen.

Danksagung.
Für die reiche Kranzspende und innige Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den früheren Mitarbeitern meiner Frau, sowie meinen jetzigen Arbeitskollegen meinen herzlichsten Dank.
G. Scheele und Kinder.

Danksagung.
Für die innige Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meiner Kinder treu sorgenden Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere seinen Arbeitskollegen, seinen früheren Arbeitskollegen der Bildbrauerei, den Genossen des Sozialdemokratischen Vereins, dem Staatsarbeiter-Verband, sowie Herrn Martens für die trostreichen Worte am Sarge unseren herzlichsten Dank.
Frau Maria Tamcke
nebst Kindern und Schwiegerkindern.

Danksagung.
Allen Verwandten und Bekannten für die Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unserer lieben Mutter
Frau Clara Paasch, verw. Andersen,
sagen wir unseren tiefgefühlten Dank.
Die Kinder.

Die schönsten und preiswertesten
Konfirmanden-Kleider,
fertig und nach Maß,
à M. 18,75 21,75 25,— rc.
auch in diesem Jahre nur im
Damen-Konfektionshaus
F. Meyer, Altona,
Reichenstraße 23.

Pfandgeschäft
Pumpen 1.
Geöffnet bis Abends 9 Uhr.

Neu. Aussteuerbett. à M. 15, f. Daunendeck., Kiff. u. Unterb., 2 engl. Bettst., 1 Schr., egl., 25, Kom. M. 25, gr. Grn. m. 4 Sess. in. Müller, Steindamm 144, II.

Eleg. Plüschgarnit. 85, eleg. Teppich, Uhr (Freischwinger) 18, Phantasieschrk., nußb., 45, Waschtisch m. Marmor u. Spiegel 20, Federbett, kompl., 15. Händler verb. Pulverteich 19, part.

Herrschaftl. Mobiliar, neu, 10 Zim., sofort zu verkaufen. Eilbeck, Hirschgraben 18, Gartenhaus.

Fortzugsh.! Reiz. Haussf. m. 2 eleg. Garnit., engl. Schlafz., Küche, 2 fein. Bett. a. einz. spottb. Juliusstr. 35, pt. l., b. Schulterbl.

Klos Jockey-Club. stück 3½ Pf. | Klos-Fürsten-Cigarette. stück 4 Pf.

KLEINE KLOS
Beliebteste 2½ Pfg Cigarette
Cigaretten-Fabrik „Klos" o E. Robert Böhme, Dresden.

Klos-Erzgirtz-Cigarette. stück 6 Pf. | Klos-Welt-Macht-Cigarette. stück 5 Pf.

Wir empfehlen:
Die Bücher des deutschen Hauses.
Preis pro Band gebunden 75 ₰.

Bisher sind erschienen:
1. Goethe: Die Leiden des jungen Werther.
2. Ludwig, Otto: Zwischen Himmel und Erde.
3. Hoffmann, E. T. A.: Die Elixiere des Teufels.
4. Spielhagen, F.: Deutsche Pioniere.
5. Zschokke: Hans Dampf. Kleine Ursachen.
6. Kretzer, M.: Die Sphinx in Trauer.
7. Thackeray: Der Diamant.
8. Balzac: Die Frau von dreißig Jahren.
9. Brüder Grimm: Märchen.
10. Dickens: Weihnachtserzählungen.
11. Nicolai: Zum Neujahrsfest.
12. Tolstoi: Die Kosaken.
13. Grunert, K.: Der Marsspion.
14. Spanische Novellen.
15. Hauptmann, H.: Auf tönernen Füßen.
16. Murger, H.: Bohême.
17. Deutscher Humor. 1. Band.
18. Björnson: Synöve Solbakken.

Die Sammlung wird fortgesetzt.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.,
Fehlandstraße 11.
Auch zu beziehen durch die Filialleiter und Kolporteure des „Hamburger Echo".

Neuer Lebensberuf.
Aus allen Berufsarten melden sich jetzt Leute, um den gutbezahlten Chauffeur-Beruf zu ergreifen. Theoretische und praktische Ausbildung durch behördlich geprüfte Fahrmeister. Garant. kostenfreier Stellennachweis (In- und Ausland). Größte und besuchteste Fachschule Hamburgs. Eintritt jederzeit. Tages-, Abend- und Sonntagskurse. Telephon: Amt V, Nr. 600. Auskunft kostenfrei. Teilzahlung gestattet.
Automobil-Fachschule,
Steindamm 12/14.

Fahrräder
Ratenzahlung gestattet
Billigste Bezugsquelle!
Benz & Co., Aller Steinweg 66.

Elegantes Brennabor-Herren-Rad M. 28, Brillantring M. 25, gold. Herren-Uhr M. 35, gold. Damen-Uhr M. 10. Rodolfstr. 66, Alt.

Solidaria Fahrräder
Das beste Rad der Gegenwart!
Lieferung auf Wunsch auch gegen Anzahlung 30—40 M. Abzahlung monatlich M. 8—10. Reiseräder bei Barzahlung von M. 56 an. Zubehör billigst. Katalog umsonst.
J. Jenschsch & Co., Charlottenburg 36

Wer radfahren will, überzeuge sich!! 4 Herr.- u. 2 Damenräd., hagelneu, 1908, ff. Marke, Freil.-Rücktr., billig, M. 55. Der weiteste Weg lohnt sich. Patria, Brennab., f. neu, M. 35. Spaldingstr. 82, pt. l.

Umst. eleg. Herren- u. Damenrad i. billig zu verkaufen. Steindamm 68, III. rechts.

Original-Singer-Nähmaschine durch Zufall äußerst billig.
Leihhaus, St. P., Kielerstr. 26.

Sing.-Nähmaschine, fast neu, bill. z. verk. St. Pauli, Feldstr. 46, pt.

Pfand-Geschäft
Schmuckstrasse 7 u. 9, St. Pauli,
gegründet 1880.

Pfandscheine werden Adolfstraße 66, Altona, gekauft.

Brautleute! Reiz. nd. Hausstand, a. eet ilt. Bort- und Taschengarnituren, Taschensofa bill. z. vk. Paulinenallee 4, pt. r., Eimsb.

Ein besseres Taschen-Sofa, fast neu, ist spottbillig zu verkaufen.
Heinrich Barthstraße 6, I. r.

Bill.! Reiz. Bort- u. Taschengarn., 2 Bett. Eimsbüttelerstr. 13, I. l., St. P.

Durch Zufall! Plüschgarnitur billig zu verkaufen. Wandsbeck Königstr. 67, I. r.

Aufr. Piano mit gut. Ton f. M. 180, auch Teilzahlung. Mühlendamm 5.

Gr. Etagen-Heckbauer u. mehrere Einz.-Beck. z. kaufen gesucht. Uhlenh., Herderstr. 18, pt.

Papagei ges. Seiler, Feßlerstr. 4, Barmb.
Ges. Papagei. Gustavstr. 88, Altona.

Möbel
enorm billig.
Kompletter Hausstand von M. 200—2000.

Bettstellen mit Federrahmen ..... nur M. 24
Komplette Federbetten ..... nur M. 18
bessere ..... M. 25, 30, 36, 40 u. 45
Kleiderschränke ..... von M. 18,50 an
Waschtische ..... von M. 14,50 an
Phantasieschränke, elegant ..... M. 45
Studentisch .. M. 7,50, Ausziehtisch .. M. 19,50
Komplette Schlafzimmer-Einrichtung .. M. 120
bessere ..... M. 140, 160, 180 u. 200
Diplomaten-Schreibtische ..... M. 65
Küchenschrank .. M. 16, Küchentisch .. M. 8,50
Dielengarderoben ..... M. 19
Trumeau und Säulenspiegel ..... M. 13,50
Einzelne Taschensofas ..... M. 50
Plüsch- und Taschengarnituren in jeder Preislage.

Wirtschafts-Stühle, Dutzend M. 36
Wiener Stühle, Restbestände, 3, 4, 5, 6 bis 8 Stück, enorm billig!
NB. Gekaufte Möbel werden gratis aufbewahrt und franko zugesandt.
William Lübeck, Fernsprecher 529.
Rathausmarkt 1/3, Altona.

Die durch
Feuer, Wasser u. Rauch
leicht beschädigten
Mobilien
sollen schleunigst für jeden Preis verkauft werden:
Kleiderschränke, Bettstellen, komplette Schlafzimmer, Vertikows, Trumeaux, Spiegelschränke, Garnituren, Betten, einzelne Sofas, Teppiche, Küchenmöbel, kompl. Zwei-Zimmer- u. Kücheneinrichtung in bester Tischlerarbeit M. 280—400, 2- und 4fäulige Salontische.
Sonntag den ganzen Tag zu besehen.
Barmbeck, Hamburgerstr. 45, I. und II. Etage, Ecke Paulstr.

Fahnenstickerei
Fr. Vogtmann Wwe.,
Inh.: **M. Fleck,**
Michaelisstr. 10, I. r., Hamburg.
Fahnen, Banner, Vereinszeichen.

Flotte Arbeiterwirtschaft m. M. 600 zu übernehmen. Gute Gegend.
Jacobi, Römmhaidstr. 18, Hchp.

Wegen Ueberbürdung durch Arbeit ist ein Brotgeschäft sof. od. 1. April zu verkaufen. Off. u. A. 10 Filiale Schwabenstr. 33.

Eine ältere Frau sucht ein Kind in Pflege. Breitestraße 128, I., Altona.

Tanz-Lehr-Institut H. Bärthel
St. Pauli, Talstraße 45, Privathaus, St. Pauli.
Am Mittwoch, 4. März, beginnt ein
Extra-Tanzkursus.
Honorar: Herren M. 6, Damen M. 4.
Uebungszeit: Mittwochs 9—11 Uhr Abends.
Einzel-Unterricht: Walzer und Polka in 2 bis 3 Stunden, sämtliche Rundtänze in 5 bis 6 Stunden zu jeder gewünschten Zeit.

Besonderer Umstände halber verkaufe sofort mein flottgehendes
!!! Barbier-Geschäft !!!
zu jedem annehmbaren Preis.
Emil Müller, Friseur, Bodenteich b. Uelzen.
NB. Für Zahnkünstler u. Barbier auch Existenz.

Goldene Damenuhr, Nr. 26723, a. d. Gerber-Maskerade am Sonnabend abhanden gek. Es wird ers., diese unverzügl. geg. Bel. abzul. Die Dame, die mir ihre Beobachtung mitteilte, bitte ich höflichst zw. poliz. Nachforschung um Angabe ihrer Adresse.
F. Christlieb, Spaldingstr. 142, part.

Berichtigung.
Wohl ist die Verlobung von Gustav Dahlgren aufgehoben, aber nur auf meine Veranlassung.
Frl. Elise Stürtz,
Langenfelde.

Belle-Alliance-Theater
Eimsbüttel, Schulterblatt 115-119.
Grösstes u. vornehmstes Etablissement
lebender, sprechender und singender Photographien.
Täglich: Grosses Konzert
Musikdirektor Joh. C. Andresen.
Als besondere Attraktion dieser Woche:
Das edelste und herrlichste aller bisher gezeigten Tonbilder:
La Forze del Destino
(Die Macht des Geschicks.)
Duett, ges. von Caruso und Scotti.
Die Szenerien dieses Bildes, vereint mit wunderbarem Gesang der beiden Künstler, schaffen ein Tonbild von unerreichter, überwältigender Wirkung.
Die angeheiterte Statue.
Von ausserordentlicher Komik.
Der Krückengänger.
Realistisches Bild. Aeusserst spannend.
Das Testament des Onkels. Humorist. Schlager.
Kutscher, schnell fahren! Hochkom.
Durchgegangene Kürbisse. Humorist.
Die Tochter des Reeders. Gr. Drama.
Hunde-Variété.
Höllenschmiede. Verwandlungs-Pièce.
Die schöne Kontoristin. Entzückende kleine Posse.
Weitere reizende Tonbilder und die täglich eingehenden Neuheiten.

Logensaal
Welckerstrasse, gegenüber Stadt-Theater.
Nur noch heute, Dienstag, und **morgen,** Mittwoch, 8 Uhr:
Fly und Slade.
An der Grenze des Uebersinnlichen.
Vorverk.: Täglich von 11—12 und 3—4 Uhr im Logensaale, bei Käse sowie Abendkasse.

Deutsches Schauspielhaus.
Dienstag, den 3. März 1908:
Das goldene Vließ,
dramatisches Gedicht in drei Abteilungen von Franz Grillparzer.
Erste Abteilung: **Der Gastfreund,** Trauerspiel in einem Aufzuge.
Zweite Abteilung: **Die Argonauten,** Trauerspiel in vier Aufzügen.
Anfang 7½ Uhr. Ende 11 Uhr.
Mittwoch: 4. Vorstellung im Hebbel-Zyklus: **Ein Trauerspiel in Sicilien. — Julia.**
Donnerstag: **Doktor Klaus.**
Freitag: **Die Rabensteinerin.**
Sonnabend: **Die Ernte.**
Sonntag Nachm. 1 Uhr: 5. Vorstellung im Klassiker-Zyklus: **Julius Caesar.**
Abends 7½ Uhr: Zur Feier des 70. Geburtstages von Adolph L'Arronge: **Doktor Klaus.**
Voranzeige! Sonntag, den 15. März, **Mittags 12 Uhr:** Sondervorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen: **Kain.**
Preise der Plätze für diese Vorstellung: Parkett und I. Rang M. 1,50, II. Rang und Parterre-Sperrsitz M. 1, Logen: Parkett, Balkon, I. Rang (4 Pers.) M. 6, (5 Pers.) M. 7,50, Logen: II. Rang (3 Pers.) M. 3, (4 Pers.) M. 4, Stehplatz 30 ₰. (Schon jetzt erhältlich.)
Billets an der Tageskasse, bei H. Käse, Alsterarkaden, u. Oscar Wichers, Steindamm.

Theater.
Dienstag, den 3. März:
Stadt-Theater. 1. Vorstellung der Wallenstein-Trilogie. Wallensteins Lager, dram. Gedicht in 1 Akt, v. Schiller. Hierauf: **Die Piccolomini,** Schauspiel in 5 Akten, von Schiller. Kleine Preise. Anfang 7½ Uhr.
Thalia-Theater. Panne, Lustspiel in 3 Akten, von Richard Skowronnek. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Das ewige Feuer, Oper in 1 Akt, von Richard Wetz. Hierauf: **Das Nachtlager zu Granada.** Opern-Preise. Anfang 7½ Uhr.
Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage: **Die Dollarprinzessin.**
Sonntag Nachm.: **Der Zigeunerbaron.**
Carl Schultze-Theater. Heute und folgende Tage: **Gretchen.**
Sonnt. Nachm.: **Seine Kammerjungfer.**
Ernst Drucker-Theater. Anfang 8 Uhr: Die große Sensation! **Die eigene Frau verkauft!** Sensat. Sittenstück der letzten Tage in 5 Bildern, von Bilse. Hierauf: **Unsere Dienstmädchen.**

Mittwoch, den 4. März:
Stadt-Theater. Die Walküre. Große Opern-Preise. Anfang 7 Uhr.
Thalia-Theater. Zwischen Ja und Nein. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Mittags 1 Uhr: 1. Vorstellung klassischer Werke für Schüler. Wilhelm Tell. Ueber sämtliche Plätze zu dieser Vorstellung ist bereits verfügt. — Abends 7½ Uhr: **Die Silberfischchen,** Satire in 1 Akt, von Benière. Hierauf: **Durch die Intendanz,** Lustspiel in 5 Akten, von Henle. Schauspiel-Preise.

Schiller-Theater.
Dienstag, 3. März, Anfang 7½ Uhr:
23. Vorstellung im Dienstags-Abonnement. Vorzugspreise haben keine Gültigkeit.
Gastspiel Rudolf Schildkraut.
Die Räuber.
Mittwoch: **Wohltäter der Menschheit.**
Freitag: Benefiz Jul. Seidler. **Die Reise durch Berlin in 80 Tagen.**
Sonnabend: **Konzert Petschnikoff** unter Mitw. d. Singakademie v. 1883.

Volks-Schauspielhaus.
Dienstag, 3. März, Abends 8 Uhr:
Vorzugskarten gültig.
Maria Stuart,
Trauerspiel in 5 Akten, von Fr. v. Schiller.
Mittwoch: **Der Hüttenbesitzer.**
Donnerstag: **Hamburger Leiden.**

FLORA.
„Ist denn kein Stuhl da
Für meine Hulda?"
Bei **Münstedts Colibri**
Gibt's leere Stühle nie,
Drum in der **Flora** kauf'
Plätze im Vorverkauf!
Sonst ist kein Stuhl da
Für Deine Hulda!
Täglich za. 10 Uhr Abends, sow. Mittwoch Nachm. 4 Uhr:
Zirkus Liliput.
Einlass 7 Uhr. Karten gültig.
Im Parkett-Saal:
Sonntags, Dienstags, Freitags:
BALL.

HANSA-THEATER.
Bokken Lasson
Saharet
Bozena Bradsky
und das März-Programm.
Anfang 8 Uhr. — Ende gegen 11 Uhr.

Loebel's „Gemischter"
Bitterlikör.
Ausschank in den meisten Wirtschaften.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 53.

Dienstag, den 3. März 1908.

Redaktion und Expedition: **Hamburg, Fehlandstraße 11.** — Verantwortlicher Redakteur: **Karl Petersson in Hamburg.**

Arbeiterbewegung.

Streik, Aussperrung und Sperren.

Zuzug ist fernzuhalten von:

Isolierern nach Hamburg-Altona;
Mälzereiarbeitern nach Grevesmühlen;
Schneidern nach der Firma Abel, Hamburg, Hammerbrookstraße 75, und dem Bekleidungsamt in Altona-Bahrenfeld;
Werftarbeitern (Schlossern, Schmieden, Schiffszimmerern, Holzarbeitern und Hülfsarbeitern) nach Lauenburg a. d. Elbe.

Hamburg und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Tabakarbeiter im Gau I wird uns geschrieben: Es fanden Lohnerhöhungen bei den Kleinfabrikanten E. Krahmann, Altona, Gr. Roosenstr. 77, und Wilh. Halfen, Altona, Adolfstr. 87, statt. Beide verpflichteten sich, den Minimallohn von M. 13,50 für Hausarbeit (Form) zu zahlen. Bei der Firma Hugo Harbeck wurde für die Arbeiter der Barmbecker Fabrik eine für sie vorteilhaftere Art der Entlohnung eingeführt. Von auswärtigen Lohnbewegungen im Gau ist mitzuteilen, daß im Anschluß an die vorjährige Lohnbewegung in Hagenow eine solche im benachbarten Städtchen Wittenburg stattfand. Bei der Firma Herm. Schallier (Dünnes Nachf.) wurden 6 Sorten um M. 1 und drei Sorten um 50 ₰ pro Mille, sowie der Wochenlohn des Tabakspinners um M. 2 erhöht. Bei Aug. Weckmann wurden 7 Sorten mit M. 7 pro Mille und bei Ad. Trabant der Wochenlohn des Tabakarbeiters mit M. 1 aufgebessert. In Grabow i. M. erhöhten die dortigen Firmen Wilh. Bernicke und Heinr. Henning sämtliche Sorten um 50 ₰ pro Mille.

Anläßlich der Protestbewegung gegen die von der Regierung beabsichtigte Mehrbelastung des Tabaks fanden in folgenden Orten des Gaues Versammlungen statt: Hamburg-Altona, Hadersleben, Hagenow, Bergedorf, Itzehoe, Parchim, Pinneberg und Uetersen. In Elmshorn und Kellinghusen benutzten die Kollegen die Wahlrechtsversammlungen im Januar zu Kundgebungen gegen die Tabaksteuer. Die Protestresolutionen wurden den bürgerlichen Abgeordneten der betreffenden Wahlkreise übersandt. Referenten in den Versammlungen waren die Kollegen v. Elm, Hamburg; Herm. Förster, Hamburg; Rud. Hackelberg, Ottensen; G. Niendorf, Kiel; G. Ostertag, Altona; G. Repp, Ottensen und E. Saalfeld, Hamburg.

Im Interesse eines geregelten Arbeitsnachweises und damit des ganzen Berufes sei darauf hingewiesen, daß zur Arbeitsvermittlung ausschließlich unsere Bureaux in Anspruch genommen werden möchten. Die uns freundlich gesinnten Fabrikanten und die Hausarbeiter wollen sich bei Bedarf an Arbeitern an unsere Nachweise wenden und es unterlassen, sich Arbeiter unter der Hand zu verschaffen. Gleichfalls ist es die Pflicht der Arbeitsuchenden, die Nachweise zu benutzen und das Umfragen bei Fabrikanten und Hausarbeitern zu meiden. Bei dem gegenwärtig herrschenden flauen Geschäftsgange ist es doppelt notwendig, obiges zu beachten. Unsere Nachweise sind:

Hamburg, W. Gorges, Kraienkamp 17, II.
Eimsbüttel, Ed. Nahr, Lindenallee 37, II.
Barmbeck, W. Compart, Heinrich Herzstr. 106, I.
Altona, E. Fels, Gr. Bergstr. 136, pt.
Ottensen, F. Henke, Schulstraße 9, I.
Wandsbeck, G. Giese, Kurzreihe 21, I.
Schiffbeck-Billwärder, W. Köppe, Möllner Landstr. 26.

Sodann bringe ich zur Kenntnis der Kollegen, daß wiederum eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter des Städtekomplexes und zwar für den vierwöchentlichen Zeitraum **vom 16. März bis 11. April** d. J. aufgenommen wird. Der letzten Statistik Ende 1906, welche in eine besonders günstige Geschäftsperiode fiel, sollten statistische Erhebungen während eines flauen Geschäftsganges folgen. Die Kontrollkommission erachtet hierzu die gegenwärtige Geschäftslage für geeignet. Es haben bei fast allen hiesigen Fabrikanten Arbeiterentlassungen stattgefunden, viele Arbeiter sind auf Stückzahl gesetzt worden und die Ansprüche an die Arbeiter haben sich gesteigert. Es wird sich also ein Bild ergeben, wie die Lage der Tabakarbeiter bei schlechter Konjunktur ist. — Die Statistikkarten werden von unseren Boten an die Kolleginnen und Kollegen — auch Nichtmitglieder — abgegeben und am Ende des Statistikzeitraums wieder eingesammelt werden. Die Karten sind bis auf kleine Abänderungen und Ergänzungen dieselben wie 1906. Die auf der Rückseite der Karten befindlichen Anweisungen bitte ich zu beachten. Daß **streng wahrheitsgemäße Eintragungen** zu machen sind, weiß jeder Kollege, ebenso auch, daß **kein Unberufener Einblick in die Karten erhält.**

Es ist zu erwarten, daß auch diese Statistik ein zuverlässiges Resultat ergibt und uns wie die vorige wesentliche Dienste leisten wird.

Rudolph Hackeiberg, Gauleiter,
Altona-Ottensen, Gr. Rabenstr. 14, I.

Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung der Berliner Stockarbeiter ist nach monatelangen Verhandlungen nunmehr zum Abschluß gelangt. Sonnabend wurde auf dem Gewerbegericht der Tarifvertrag unterzeichnet, der aus den Verhandlungen der beiderseitigen Organisationen hervorgegangen ist. Der Vertrag gilt auf zwei Jahre, so daß er gleichzeitig mit dem Vertrage der Holzarbeiter abläuft. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 51 Stunden; wo eine kürzere Arbeitszeit besteht, bleibt sie unverändert. Der Mindestlohn für Fach-Akkordarbeiter beträgt M. 25,50 pro Woche. Das sind im wesentlichen die bisherigen Bedingungen. Die hauptsächlichste Forderung der Arbeiter war die, daß in den Betrieben, wo die Akkordpreise unter dem allgemeinen Durchschnitt der für die betreffenden Artikel gezahlten Preise stehen, eine entsprechende Aufbesserung der Akkordpreise erfolgt. Diese Forderung ist bewilligt, und um demgemäß die Lohnregelung in den verschiedenen Betrieben festzusetzen, haben sich die Verhandlungen in die Länge gezogen. In den einzelnen Betrieben, die unter dem Durchschnitt zahlten, sind nunmehr Aufbesserungen von 6 bis 10 pZt. erfolgt, womit die Wünsche der Arbeiter im allgemeinen erfüllt sind.

Der Verband der Maschinisten hatte am 31. Dezember 1907 18 132 zahlende Mitglieder gegen 14 859 am Schlusse des Jahres 1906.

Der Verband der Gastwirtsgehülfen veröffentlicht seine Jahresabrechnung für 1907. Die Mitgliederzahl stieg, wie schon gemeldet, von 6309 auf 6702, wovon 692 weibliche. Die Jahreseinnahme betrug M. 158 075,29, der eine Ausgabe von M. 140 796,27 gegenübersteht. Der Vermögensbestand belief sich am Jahresschluß auf M. 70 590,93. Die Arbeitsvermittlung des Verbandes weist für das vierte Quartal 1907 folgende Zahlen auf: Es wurden vermittelt 694 Stellen für fest und 26 044 zur Aushülfe. Nach den üblichen Gebühren hätten die Gehülfen an die gewerblichen Stellenvermittler die Summe von mindestens M. 14 362,70 zu zahlen gehabt, während die Vermittlung durch die Arbeitsnachweise des Verbandes gratis erfolgt.

Zur Lohnbewegung des Maschinenpersonals auf den Rheindampfern wird dem „B. T." aus Köln berichtet: Die Reedereien in Köln, Düsseldorf und Duisburg lehnten die erhöhten Lohnforderungen der Besatzung der Rheinschiffe ab.

g. **Eine Bewegung auf Arbeitszeitverkürzung** herrscht in den Schuhfabriken Schweinfurts. Bei Neumann u. Silberstein hatten die Arbeiter schon die Kündigung eingereicht, weil sich die Firma weigerte, die Forderung auf Einführung der 54stündigen Arbeitszeit zu bewilligen. Sie besann sich aber im letzten Augenblick und erklärte sich bereit, die 56stündige Arbeitszeit zuzugestehen. Die Arbeiter waren damit zufrieden und zogen die Kündigung zurück. In der Heymannschen Schuhfabrik wurde bisher jede Verkürzung der Arbeitszeit strikte verweigert.

Der Kampf im Baugewerbe. Aus Saarbrücken wird gemeldet: Der Arbeitgeberverband des Gipsergewerbes im Saargebiet sperrte sämtliche Gehülfen, fünfhundert bis sechshundert, aus, nachdem die Verhandlungen auf Erneuerung des am 29. Februar abgelaufenen Vertrages zwischen den beiderseitigen Organisationen infolge der Forderungen der Arbeiter gescheitert waren. — Auch in Heidelberg ist es bereits zum Kampf gekommen. Nachdem sich die dort gepflogenen Unterhandlungen infolge der Diktaturversuche der Unternehmerorganisation zerschlagen hatten, wurde den Arbeitern am Freitag Abend allgemein gekündigt, so daß die Leute von Montag ab ausgesperrt sind. In Mitleidenschaft kommen 120 bis 130 freigewerkschaftlich und 10 bis 12 christlich Organisierte, die sich den Forderungen des freien Verbandes angeschlossen hatten. Unter stürmischem Beifall erklärte der Verbandsvorsitzende Odenthal in einer allgemeinen Gipserversammlung, daß die organisierte Arbeiterschaft den ihr vom Scharfmachertum aufgezwungenen Kampf mit dem Aufgebot aller Kräfte durchführen werde. Im gleichen Sinne äußerten sich auch die Vertreter der Christlichen. Zuzug ist fernzuhalten.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Tapezierergewerbe. Im „Korrespondenzblatt" des Tapeziererverbandes wird das Ergebnis der statistischen Erhebungen über die Berufsverhältnisse im Tapezierergewerbe veröffentlicht. Wir heben daraus einiges hervor: In 141 Orten, auf die sich die Statistik erstreckt, arbeiten insgesamt 138 847 Gehülfen; das statistische Ergebnis umfaßt die Verhältnisse von 11 309 Gehülfen oder 82 pZt., also ein außerordentlich günstiges Ergebnis. 8414 oder 60 pZt. der Gehülfen sind organisiert. Den 13 847 Gehülfen stehen 9896 Unternehmer gegenüber, woraus das Vorherrschen der Kleinbetriebe hervorgeht. Tarifvereinbarungen bestehen in 51 Orten. In 103 Städten sind die Unternehmer in 48 Innungen, 16 Unternehmerverbänden und in 39 Innungen und Unternehmerverbänden organisiert. Es werden dann die Arbeitsnachweise, ob paritätisch oder Verbands- oder Innungsnachweise, und die inneren Einrichtungen des Gehülfenverbandes zahlenmäßig dargetan.

Lohnart und Lohnhöhe drückt sich in folgenden Angaben aus: Von den 11 146 Gehülfen, für die Angaben über die Arbeitszeit vorlagen, arbeiten demnach 7954 bis zu 54 Stunden und 3192 über 54 Stunden pro Woche.

Von den durch die Statistik erfaßten 11 309 Gehülfen arbeiten 8456 oder 75 pZt. dauernd in Lohn, 2111 oder 19 pZt. dauernd in Akkord und 742 oder 6 pZt. teilweise in Lohn, teilweise in Akkord. Die Löhne schwanken zwischen 10 ₰ und 105 ₰ pro Stunde. Hier sei ausdrücklich bemerkt, daß die Gehülfen, die in Kost und Logis bei ihrem Arbeitgeber stehen, in die Lohntabelle nicht mit einbegriffen sind; also auch bei denen, die nur 10 ₰ pro Stunde bekommen, stellt dies die ganze Bezahlung dar. Löhne von 10 ₰ pro Stunde kommen ja nur vereinzelt vor, aber auch Stundenlöhne von 15, 20 und 25 ₰ usw. müssen als eine erbärmliche Bezahlung bezeichnet werden, wo es sich doch um Leute handelt, die eine drei- bis vierjährige Lehrzeit durchgemacht haben. Wenn hier auch wohl nur junge oder weniger leistungsfähige Gehülfen in Frage kommen, einen Lohn, der zum Lebensunterhalt ausreicht, haben auch diese zu beanspruchen. Hier zeigen sich die Folgen der Lehrlingszüchterei. Kleinmeister, die nie ein ordentliches Stück Arbeit im Auftrag bekommen, „bilden" Lehrlinge aus, und diese jungen Menschen müssen nachher büßen, was ihr „Lehrmeister" an ihnen versäumt hat.

Das Kost- und Logiswesen spielt im Tapezierergewerbe fast gar keine Rolle mehr; von den 11 309 erfaßten Gehülfen sind es nur 85, die einen Teil ihres Lohnes in dieser vorsintflutlichen Art ausbezahlt bekommen.

Die niedrigste Arbeitszeit ist 47 Stunden, die höchste 66 Stunden pro Woche. Für fünf Kollegen ist eine 45stündige Arbeitszeit ermittelt, doch arbeiten diese nur an fünf Tagen in der Woche, da sie in jüdischen Geschäften tätig sind, die am Sonnabend schließen.

Die Arbeitszeit weist in vielen Orten recht große Differenzen auf; dies zeugt meist von recht wenig geordneten Verhältnissen. Sind die Unterschiede im Lohn auch durch die verschiedene Leistungsfähigkeit der Kollegen zum Teil zu erklären, für die große Verschiedenartigkeit bei der Arbeitszeit gibt es keine andere Erklärung als ungeregelte Verhältnisse.

Ueber die Arbeitszeit orientiert weiter folgende Tabelle:

Zahl der Stunden pro Woche:	47	48	49	50	50½	51
Zahl der Gehülfen:	55	211	79	1035	57	532

52	52½	53	53½	54	55	55½	56	56½	57	58
374	196	1776	28	3611	14	3	106	37	1224	53

58½	59	59½	60	61	61½	63	64	65	66	
51	172	12	1452	2	4	26	10	2	36	

Das Material über die Beschaffenheit der Werkstätten war wegen der Verschiedenartigkeit der Antworten zu tabellarischer Darstellung ungeeignet; doch soll es den Filialen zugestellt werden, damit es bei der Beseitigung der Mißstände Dienste tue.

Bei der ferneren Tätigkeit für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse liefert das Ergebnis der statistischen Erhebungen der Gehülfenorganisation gute Waffen.

Gewerkschaftliche Literatur.

Jahresbericht des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftskartells für Bielefeld und Umgegend pro 1907.

Ausland.

Der Streik der Prager Straßenbahnangestellten wurde erfolgreich beendet. Der Verwaltungsrat der städtischen Straßenbahn bewilligte einen wesentlichen Teil der Forderungen.

Die Aussperrung in der Wiener-Neustädter Lokomotivenfabrik ist aufgehoben.

Soziale Rundschau.

W. **Fabrikunterstützungskassen.** Das Gewerbegericht zu Magdeburg fällte dieser Tage eine beachtenswerte Entscheidung. Bei der Fürstl. Stolberg'schen Maschinenfabrik bestand eine sogenannte Unterstützungskasse, aus der in Erkrankungsfällen die Arbeiter, wenn ihre Krankheit länger als sechs Wochen dauerte, eine einmalige Unterstützung von M. 20 erhielten. Verstorbenen Arbeitern wurde aus der Kasse ein Kranz im Werte von M. 5 gespendet. Die Einnahmen der Kasse bestanden aus dem Ueberschuß des Verkaufs von Bier und aus Strafgeldern, sowie aus Einlagen der Volontäre. Am 1. Januar 1907 stellte die Firma den Betrieb ein. Ein Statut über die Kasse, was in diesem Falle mit dem Gelde werden sollte, bestand nicht. Auf jeden der bis zuletzt in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter kam eine Summe von M. 54. Einer der Arbeiter klagte nun gegen die Firma auf Auszahlung dieser Summe. Er machte geltend, daß der weitaus größte Teil des Geldes von den Arbeitern stamme und daß die Arbeiter durch den Aeltestenrat bezw. Fabrikausschuß ein Mitbestimmungsrecht gehabt hätten. Der Vertreter der Firma gab das letztere zu; der Arbeiterausschuß habe aber nur deshalb die Unterstützung bewilligen dürfen, weil ihm am besten die Bedürftigen bekannt gewesen seien. Außerdem sei die Firma noch nicht im Handelsregister gelöscht und es sei nicht ausgeschlossen, daß der Betrieb wieder eröffnet werde. Durch Zeugenvernehmung wurde festgestellt, daß die Kasse von der Firma verwaltet, daß aber der Arbeiterschaft keine Rechnung gelegt wurde. Das Mitbestimmungsrecht des Arbeiterausschusses bezog sich nur auf die Genehmigung der Unterstützungen. Das Gewerbegericht kam nach langer Beratung zur Abweisung der Klage. Sie sei schon darum abzuweisen, weil die Firma noch bestehe. Aber selbst wenn sie schon im Handelsregister gelöscht sei, hätten die Arbeiter kein Anrecht an die Kasse. Jedoch hätte auch die Firma daran kein Eigentumsrecht, denn es seien Gelder der Arbeiter dabei. Es sei gesetzlich festgelegt, daß Strafgelder wieder zum Nutzen der Arbeiter verwandt werden müßten; die Regelung im Sinne des Klägers entspreche jedoch den gesetzlichen Anforderungen nicht. Das Gericht könne daher der Firma nur den Rat geben, den Bestand zu einem ähnlichen Zwecke zu verwenden, wie der der Unterstützungskasse war. Die Arbeiter seien berechtigt, mitzubestimmen, wohin das Geld käme. Da die Möglichkeit vorliege, daß die Arbeiter dies Einspruchsrecht geltend machen würden, hätte sich das Gericht event. nochmals mit der Sache zu beschäftigen. — Ein Einigungsvorschlag war von der Firma akzeptiert, von dem Kläger jedoch abgelehnt worden. Der Vorschlag ging dahin, daß die Firma den vollen Kassenbestand bei einer Sparkasse hinterlegen solle. Würde der Betrieb innerhalb drei Jahre in Magdeburg wieder eröffnet, so solle das Geld als Grundstock für eine neue Unterstützungskasse dienen. Andernfalls solle es nach 30 Jahren der Armenkasse überwiesen werden mit der Bestimmung, daß nur ehemalige Arbeiter der Firma daraus unterstützt werden sollten.

Der Fall lehrt, daß die Arbeiter, wo sie Einfluß auf derartige Unterstützungskassen haben, darauf bedacht sein müssen, daß auch Bestimmungen für den Fall der Betriebseinstellung getroffen werden.

Landgericht.

2. März.

Strafkammer II. Vorsitzender: Direktor Dr. Goverts. Staatsanwalt: Assessor Dr. Lutteroth.

Großer Hehler- und Stehlerprozeß.

Vor diesem Gericht begann heute ein Monstreprozeß wegen Raubes an Kaufmannsgütern, dessen Dauer auf eine Woche berechnet ist. Angeklagt sind nicht weniger als 39 Personen, Händler, Expedienten, Kahnschiffer, Getreidekontrolleure, Wieger, Lademeister, Tallyleute, Speicherarbeiter usw. Die Anklage lautet auf gewerbsmäßige Hehlerei, Diebstahl und Unterschlagung. Wegen des Delikts der gewerbsmäßigen Hehlerei angeklagt sind der Händler Johann Friedrich Hashagen, der Händler Anton August Trolsen und der Expedient Franz Gustav Ernst Stelle. Die Einzelheiten der der Anklage zugrunde liegenden Dinge aufzuzählen, hieße Raum verschwenden. Es handelt sich in der Hauptsache um folgendes: In den Jahren 1906 und 1907 wurden wiederholt im Hamburger und Harburger Hafen Massendiebstähle an Schiffs- und Kahnladungen ausgeführt, wobei die Hafenpiraten mit großer Unverfrorenheit zu Werke gingen, indem sie zum Transport der Waren Schuten und andere Fahrzeuge zum „Leichtern" der betreffenden Schiffe und Kähne benutzten. Beispielsweise wurden in einigen Fällen 6000 Kilo Kleie, 12 350 Kilo Mais, 160 Sack Gerste, 198 Sack Leinsaat, 200 Zentner Kleie, große Quantitäten Kaffee usw. usw. gestohlen; selten wurden weniger als 50 Sack von einer bestimmten Warengattung geraubt. Lange Zeit stand die Polizei diesen Diebstählen wie einem Rätsel gegenüber, bis schließlich die Hauptangeklagten Hashagen und Trolsen in Wirtschaften, wo Getreidekontrolleure und -Wieger verkehrten, durch ihre Splendidität auffielen. Hashagen war früher bei der hiesigen Firma J. H. Bachmann als Lagermeister beschäftigt; im Herbst 1905 wurde er entlassen, weil zehn Ballen Baumwolle verschwunden waren. Dann nahm er bei der Firma Bachmann eine Stelle als Vize an, in welcher Eigenschaft er die Beladung und Entladung der von Bremen und Bremerhaven kommenden Schleppkähne des Norddeutschen Lloyds zu überwachen hatte. Während dieser Zeit machte er „Nebengeschäfte" in Baumwolle, wobei er M. 5000 eingeheimst haben soll. Im Herbst 1906 mußte er auch diese Stellung aufgeben, worauf er sich mit dem Mitangeklagten Trolsen assoziierte, der ein Getreide- und Futtergeschäft betrieb und daneben auch in Lockstedt eine Schweinemästerei unterhielt, die aber bald aufgegeben wurde, da durch den Eintritt des Hashagen lohnendere Geschäfte gemacht wurden. Trolsen war der Geldmann, Hashagen besorgte die Ein- und Verkäufe. Bald hatte H. einen festen Stamm von „Lieferanten", von denen er mittels Schuten, Jollen und Fuhrwerk die gestohlenen Waren abholen ließ, die im Hamburger Lager der beiden Hehler aufgestapelt und dann mit großem, zum Teil zehnfachem Gewinn verkauft wurden. Bei ihren Manipulationen gingen die beiden mit großer Verschmitztheit vor. Von der Größe ihres lukrativen Unternehmens gibt ein Buch Auskunft, in dem in einem halben Jahre eine Einnahme von M. 40 000 gebucht ist. Beim Verkauf des gestohlenen Gutes soll der Angeklagte Stelle hauptsächlich als Vermittler fungiert haben. Stelle war bei der Firma Hugo und v. Emmerick als Außenexpedient angestellt und hatte als solcher die Entlöschung der Kähne des Norddeutschen Lloyd zu beaufsichtigen. St. soll auch die Kahnschiffer zu den Unredlichkeiten überredet haben. Die Waren wurden sofort umgesackt und die Originalsäcke erhielten die Schiffer zurück. Außer den genannten Waren haben die beiden Hauptangeklagten auch Salpeter, Pfeffer, Wachs, Kakao usw. angekauft. Wie schon gesagt, haben die Angeklagten sich mit Kleinigkeiten nicht abgegeben; sind doch eines Tages aus einem Dampfer 6000 Kilo Kleie „besorgt" worden, wofür das Hehlerpaar einen Spottpreis zahlte. Der eine Angeklagte verkaufte an Hashagen eine große Partie Leinsaat für M. 1750, andere bekamen M. 900, M. 800 usw. Einmal erstand Hashagen auch mehrere Ballen Baumwolle, die er für M. 2121, bezw. M. 1165 und M. 560 veräußerte.

Von den 39 Angeklagten befindet sich nur noch der Händler Hashagen seit etwa neun Monaten in Haft, während die übrigen gegen Kautionen auf freien Fuß gesetzt worden sind; nur einige Angeklagte haben unbedeutende Vorstrafen erlitten. Die Anklage gegen den wegen Krankheit am Erscheinen verhinderten Trolsen wird abgetrennt; gegen diesen wird später verhandelt werden.

Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Dr. N. Binder, Dr. Darboven, Dr. J. Heimann, Dr. Nagel, Dr. Friede, Dr. Hartlaub, Dr. J. Levy, Dr. Voß, Dr. Kramer, Dr. Königsberg, Dr. Jonas, Dr. Beith, Dr. Blitz, Dr. Ruhle, Dr. Suse und Dr. Boehme.

Die Angeklagten Hashagen und Stelle sind vollen Umfanges geständig, während die übrigen Angeklagten jede Schuld in Abrede stellen. Ueber den weiteren Verlauf der auf eine Woche berechneten Verhandlung werden wir am Schlußtage im Zusammenhange berichten.

Strafkammer III. Vorsitzender: Direktor Dr. Schrader. Staatsanwalt: Dr. Schlaeger.

Gefängnisdirektor wider Gefangenaufseher. Der Beleidigung des Gefängnisdirektors Dr. Gennat soll sich der frühere Gefangenaufseher L. schuldig gemacht haben, indem er in bezug auf den Gefängnisgewaltigen gesagt haben soll, dieser habe ihn „wissentlich falsch beschuldigt". Die Vorgeschichte dieser Angelegenheit datiert aus dem Jahre 1896, bis zu welcher Zeit L. als Gefangenaufseher im Zentralgefängnis zu Fuhlsbüttel fungierte. Da er sich einige Male über seinen Direktor beschwert hatte, wurde gegen L. das Disziplinarverfahren eingeleitet, das aber niedergeschlagen wurde, weil L. auf seinen Antrag hin pensioniert wurde. Seit dem 2. April 1906 hat L. keinen Dienst mehr getan, am 29. Sept. 1906 ist er definitiv in den Ruhestand getreten. Am 11. Januar 1907, also ¾ Jahre nach dem Ausscheiden des L. aus dem Gefängnisdienst, verfaßte Direktor Dr. Gennat eine an die Gefängnis-Deputation gerichtete „Aufklärung über die vielen von ihm verhängten Strafen". Die Disziplinverschlechterung im Männergefängnis „in jüngster Zeit" führte der Direktor auf Aufwiegelung durch den Gefangenaufseher L. zurück. Dieser hat nach seiner Pensionierung wiederholt die Gefängnis-Deputation ersucht, ihn wegen Aufwiegelung der Leute zur Anzeige zu bringen, aber diese Behörde beschloß in der Sitzung vom 28. April 1903, auf die Selbstanzeige nicht einzugehen. Unter der Beschuldigung des Direktors hat L. seelisch sehr gelitten, weil damals, als er noch im Dienst war, die Zustände im Gefängnis durchaus normale gewesen sein sollen. Im Herbst 1907 kam zu L., der an der Eppendorferlandstraße ein Zigarrengeschäft betreibt, der Gefangenaufseher G., dem gegenüber der wegen wissentlich falscher Anschuldigung Angeklagte die inkriminierten Worte fallen gelassen haben soll. In mehrstündiger Sitzung wurde das ganze Drum und Dran dieser Anklage erörtert. Der Angeklagte führt aus, er habe nur von „falscher Anschuldigung" gesprochen; er bestreitet, sich während seiner Dienstzeit irgendwie in der von Gennat behaupteten Weise vergangen und sich in anderen Gefängniszellen, die ihn nichts angingen, aufgehalten oder mit den Gefangenen konspiriert zu haben. Direktor Gennat bekundet, daß damals die Disziplin im Gefängnis stark gelockert gewesen sei, so daß er scharf habe vorgehen müssen. Da er der Gefängnis-Deputation die Straflisten monatlich vorlegen müsse, habe er zur Klarstellung der Dinge eine Schrift verfaßt, weshalb er die Strafen verhängt habe. Der Angeklagte habe sich öfter in Dinge hineingemischt, die ihn nichts angingen, und L. habe auch gesagt, er, G., müßte entfernt werden. Wenn er in seiner Schrift von L. behauptet habe, er wiegele die Leute auf, so sei er zu dieser Aeußerung berechtigt gewesen. In den letzten 11 Jahren sei im Gefängnis derartiges nicht mehr passiert. Der Verteidiger, Dr. Herz, macht Dr. Gennat auf den Widerspruch in seiner Schrift aufmerksam; ein Mann, der schon ¾ Jahre keinen Dienst mehr getan habe, könne doch nicht verantwortlich gemacht werden für die Vorgänge „in jüngster Zeit". Der Zeuge Dr. G. bleibt bei seinen ersten Angaben, ebenso der Angeklagte. Der Zeuge Gefangenaufseher G. weiß heute nicht mehr genau auszusagen, ob der Angeklagte von einer wissentlich falschen Beschuldigung gesprochen habe. Ein pensionierter Gefangenaufseher sagt aus, dem Angeklagten sei Unrecht geschehen; der Gefängnisdirektor habe auch einmal gesagt, L. wiegele die Leute auf. Der Physikus Dr. Reuter hält den Angeklagten für geistig normal, wenn er auch in Anbetracht seines vorgeschrittenen Alters nicht mehr so geistig frisch sei, wie in früheren Tagen. Zweifellos leide L. an gekränktem Ehrgefühl, was ihm viele Dinge schwärzer erschienen ließen, als sie tatsächlich sind. Der Staatsanwalt beantragt nicht weniger als drei Monate Gefängnis, da der Angeklagte wider besseres Wissen die Aeußerung, Direktor Dr. G. habe ihn wissentlich falsch angeschuldigt, getan habe. In warmen Worten tritt der Verteidiger für die Freisprechung des Angeklagten ein. Der Direktor G. habe nicht das Geringste dafür zu erbringen vermocht, was sein damaliges Vorgehen gegen den Angeklagten rechtfertigen könnte. Die Haltung des Direktors sei ja auch erklärlich, weil er sich wegen seines scharfen Vorgehens hätte rechtfertigen müssen. Aber ebenso erklärlich sei auch, daß L., dem so großes Unrecht geschah, annehmen mußte, daß der Direktor wider besseres Wissen seine Behauptungen aufgestellt habe. Unter seinem hochgespannten Ehrgefühl habe L. stark gelitten und er habe nur aus seiner inneren Ueberzeugung heraus gehandelt. Einem Mann, der sich in der Abwehrposition befunden habe, könne man doch nicht unehrenhafte Motive vorwerfen und ihn ins Gefängnis stecken wollen. Ganz eventuell könnte höchstens auf eine geringe Geldstrafe erkannt werden. Das Gericht spricht den Angeklagten frei, weil der Zeuge G. (der Gefangenaufseher) nicht positiv auszusagen vermöge, wie die Aeußerung gelautet habe.

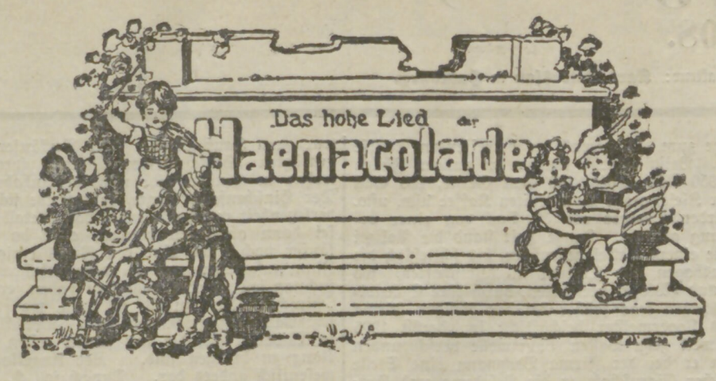
Strafkammer IV. Vorsitzender: Landrichter Dr. Peine. Staatsanwalt: Dr. Roth.

„Hinschenfelder Dialekt". Der gemeinschaftlichen Hehlerei sollen sich die Produktenhändler W. und K. haben zu schulden kommen lassen. Es handelt sich um Zinn im Werte von M. 2000, das die Angeklagten zu einem billigen Preise an sich gebracht haben sollen. Das Metall soll von einem Diebstahl herrühren, der in der Nacht zum 23. Juni in einer hiesigen Fabrik verübt worden ist. Der Angeklagte K., dem auf Grund seiner Vorstrafen die Erlaubnis zur Ausübung seines Geschäfts polizeilich entzogen worden ist und der nun bei seiner Frau als „Arbeiter" tätig ist, will das Metall von einem Mann gekauft haben, der mit seinem Wagen vor dem Geschäft seiner Frau erschien und ihm das Metall, das in elf Säcken verpackt war, zum Kauf anbot. Der Verkäufer, der einen scharf ausgeprägten „Hinschenfelder Dialekt" sprach, habe behauptet, er wohne in Hinschenfelde und sei Inhaber einer Metallschmelze. Der Hinschenfelder sagte, er befände sich in momentaner Geldverlegenheit und wolle daher das Metall verkaufen. Das Metall sei dann abgeladen worden, aber da er sich mit dem Verkäufer noch nicht über den Preis einig war, habe dieser das Zinn aufgeladen und sei davongefahren. In der Voruntersuchung soll er aber ausgesagt haben, er sei mit dem mystischen „Hinschenfelder" zu W. gefahren, wo es jedoch zu keinem Geschäftsabschluß gekommen sei. Der Angeklagte verwickelt sich in Widersprüche, die mit seinen ersten Angaben nicht in Einklang zu bringen sind. Der Angeklagte W. stellt die Sache wesentlich anders dar. Danach soll K. mit einer Wagenladung Zinn im Gewicht von etwa 1200 Pfund gekommen sein, das er ihm zum Kaufe angeboten habe. Er habe K. gefragt, woher das Zinn stamme. K. habe gesagt: „Von einer Fabrik habe ich es gekauft". Als Preis seien M. 2,60 pro Kilo vereinbart worden. Der Vorsitzende hält dem K. vor, daß er später vor dem Untersuchungsrichter die Darstellung des W. als richtig bezeichnet habe. K. macht abermalige Winkelzüge. Wie aus der weiteren Vernehmung des W. hervorgeht, hat dieser das Zinn für M. 1945,35 an eine Metallfirma verkauft, aber diese hat Tags darauf W. aufgefordert, das Metall wieder abzuholen, da ihr die Herkunft desselben verdächtig vorkam. Das Metall sei dann wieder in die Hände des K. gekommen. Den Bucheintrag über diesen rückgängig gemachten Geschäftsabschluß hat W. ausradiert. Nach stundenlanger Verhandlung wird der Angeklagte K. zu 3 Jahren Gefängnis, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre und Polizeiaufsicht verurteilt. W. wird antragsgemäß freigesprochen.

Vereine und Versammlungen.

Gewerkschaftskartell Wandsbek. Sitzung am 25. Februar im Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Vorsitzende dem verstorbenen Genossen Fritz Lund einen warmen Nachruf. Er weist darauf hin, daß der Verstorbene dem Kartell seit Gründung angehört habe und ersucht, ihn in üblicher Weise zu ehren. Dies geschieht. Dann verliest der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahme beträgt M. 365,97, die Ausgabe M. 229,69, der Bestand somit M. 136,28. Die Jahresabrechnung liegt gedruckt vor. Einer Einnahme von M. 920,41 steht eine Ausgabe von M. 784,13 gegenüber. Dem Kassierer C. Peters wird Decharge erteilt. Den Bericht der Herbergskommission gibt Evers. Auf unserer Zentralherberge sei alles in bester Ordnung vorgefunden. Die schon lange in Aussicht genommene Badevorrichtung einzurichten, sei leider in diesem Jahre noch nicht möglich gewesen. Der Fremdenverkehr war im Berichtsjahre 13 904 gegen 15 690 im Vorjahre. Betten sind vorhanden 3 zu 50 ₰, 22 zu 30 und 24 zu 20 ₰. Insgesamt also 49. Die Herberge von Gerstenkorn, die auch revidiert wurde, zeigte manche Mängel, doch könne man im allgemeinen auch hiermit zufrieden sein. Der Fremdenverkehr war hier 13 083 gegen 10 940 im Vorjahre. Betten sind 36 vorhanden und zwar 7 zu 30 ₰, 16 zu 20 ₰ und 13 zu 15 ₰. Die Bemühungen der Kommission, auch einmal in die Herberge „Zur Heimat" einen Blick zu tun, waren vergeblich. In der Diskussion geht Timmermann auf den Rückgang des Verkehrs in der Zentralherberge ein und ist der Ansicht, daß hier die Verschmelzung der Gewerkschaften mit denen in Hamburg, eine Rolle spiele. Denn viele Gewerkschaften dürfen hier keine Reiseunterstützung ausbezahlen und da sei es erklärlich, daß die Fremden, die in Hamburg ihre Unterstützung bekommen, nicht erst wieder nach Wandsbek hinausgehen. Da der bisherige Kartellkassierer seinen Posten wegen Arbeitsüberbürdung niederlegt und das Kommissionsmitglied Lund verstorben ist, werden Feill und Stange in die Kartellkommission gewählt. In die Schutzkommission wird Benzin und in die Herbergskommission Evers, Schaper und Kropp gewählt. Wachtmann kritisiert scharf, daß die hiesige Zahlstelle des deutschen Gastwirtsgehülfenverbandes bei einer Feier des hiesigen Gastwirtevereins diesem ein Diplom verehrt habe. Es sei bis jetzt wohl noch nicht dagewesen, daß eine Gewerkschaft, der Organisation ihrer Arbeitgeber ein Zeichen der Anerkennung überreicht habe. Jungblut verteidigt das Vorgehen des Gehülfenverbandes und erklärt, daß in nächster Zeit eine Klarstellung über diese Angelegenheit gegeben wird. Höltje führte an, daß der Verband der Gastwirtsgehülfen durch das Vorgehen einer einzelnen Person gezwungen war, das zu tun, was vorhin kritisiert wurde, er hätte das Ungehörige des Vorgehens schwer empfunden, aber leider gab es kein Zurück mehr. In der weiteren Diskussion, an der sich Feill, Timmermann und Wöller beteiligen, wurde die Haltung der Gastwirts

Handarb.-Zigaretten v. 1 Pfg. an. **Raucht See-Luft-Zigaretten!** Anerkannt beste Marke. Zigaretten-Fabr. **H. Dohmeier, Hannover.**



Willst Du gesund sein, So trink Haemacolade.

Haemacolade ist bestimmt und geeignet, Blut, Fett, Muskel, Nerven zu mehren und zu stärken und für das richtige Verhältnis derselben untereinander zu sorgen. Haemacolade macht deshalb die Nerven gegen geistige, die Muskel gegen körperliche Anstrengungen widerstandsfähig und mindert erheblich die Gefahren der Ueberarbeitung, wie es das bedrückende Gefühl der Mattigkeit verhindert. Wer sich im Vollbesitz der Kraft befindet, mag Haemacolade nur des morgens als Frühstücksgetränk genießen. Wessen Ernährungszustand aber nicht auf der Höhe steht, wer durch Magen- oder Darmleiden, durch Nervosität oder Blutarmut behindert ist, Fleisch, Gemüse, Milch und dergleichen in hinreichenden Mengen zu sich zu nehmen, wem es widerstreot, sich den Magen bis zur Ermattung vollzuladen, der greife zu dem diätetischen Nährpräparat Haemacolade und trinke sie zum ersten und zum zweiten Frühstück und zur Vesper wie des Abends. Bald werden die Begleiterscheinungen sogenannter Unterernährung wie Nervenschwäche, Kopfschmerzen, Magerkeit und dergleichen schwinden, nicht weil Haemacolade ein Heilmittel gegen Krankheiten wäre, wohl aber, weil es die Voraussetzung und den gefährlichsten Bundesgenossen derselben, nämlich die oft äußerlich nicht leicht erkennbare Unterernährung vertutet und beseitigt. Deshalb ist auch Haemacolade dringend skrophulösen Kindern zu empfehlen.

Rudolph Stapel,

Steinstrasse 15,
dem Hotel „Grossherzog von Mecklenburg" am Schweinemarkt gegenüber.

Konfirmanden-Kostüme

in **Cheviot, Alpaka, Satintuch** etc.
in grösster Auswahl und bester Verarbeitung
M. 11,50, 13,75, 16,—, 18,25,
M. 20,—, 22,50, 25,50, 28,— etc.
Grösstes Lager in
Blusen, Kostümröcken, Mädchenkleidern etc.
Beste Verarbeitung zu niedrigsten Preisen.

Nach Feierabend!

Hein: „Na, Thedje, wie geiht to Huus? Wat mokt Dien Froo?"

Thedje: „Jo, de klogt noch immer över den Rheumatismus und de Olle, de hett dat mit de Gicht und Asthma; dat ist en Malheur!"

Hein: „Na, ween man nich gliek! Ich will Di en Mittel seggen, da nimmst en Buddel von dat echte australische Eucalyptusöl und lot Dien Froo un den Ollen ordnlich mit inrieben! Dat helpt!"

Thedje: „Jo, wo kriegt man denn dat?"

Hein: „Dat **echte** australische Eucalyptusöl von **Mumm & Frerichs,** Hopfenmarkt 26 und Banksstr. 1, **gibt es aber nur in weissen Porzellanflaschen** à M. 1, auch in Apotheken und Drogerien.

Achte aber ja auf die Firma!"

Thedje: „Dat wull ick ook moken, ick dank Di ook!"

Kaufen Sie sich gefl. die neuen herrlich spielenden
Menzenhauer-Konzert-Doppel-Platten à nur M. 2,
und versuchen Sie die neuen reizend spielenden doppelseitigen Original-Prima-Meisterplatten à M. 1,50, 2, 3, 4 und 5.
J. Werner, Musik-Haus, Hamburg, Vorsetzen 27.
Gr. Niederlage und vorteilhaft billigste Einkaufsquelle bester
vortrefflicher Sprechapparate und Automaten!
(Etabliert 1865.) Reparatur und Vermietung! Händler billigste Preise! Auch Teilzahlung! Kataloge gratis!
Straßenbahnen: 7, 14, 22, 28, 26.

78 Millionen Mark

wurden im Jahre 1907 an das Ausland für Naturbutter gezahlt. Diese enorme Summe könnte dem deutschen Nationalvermögen erhalten bleiben, wenn die Hausfrauen statt dieser teuren ausländischen Butter von mitunter recht zweifelhafter Qualität nur die allerfeinste Margarine

Siegerin,

welche von **Naturbutter** nicht zu unterscheiden ist oder

Mohra

Delikatess-Margarine als besten Ersatz für die teure **Butter** gekauft hätten. Dabei hätten die deutschen Hausfrauen noch mindestens

30 Millionen Mk. gespart,

weil beide vorzüglichen Marken soviel billiger sind, wie ausländische Butter.

Arbeitsmarkt

Gesucht jüngeres Tag- od. Nachmittag-Mädchen. **Löchen,** Barnerstr. 55—57, Ottensen.

Tüchtige
Aufzugs-Monteure,
welche bereits Paternoster montiert haben, in dauernde Stellung gesucht.
Offerten mit Ansprüchen erbitten
Burckhardt & Ziesler,
Maschinenfabrik, Chemnitz.

Ein Tagschneider, sowie mehrere Rockschneider finden dauernde Beschäftigung bei **J. Stock & Cie.,** Bergstr. 26, I.

Tüchtige Rock- u. Westenschneider auf Werkstatt finden dauernde Beschäftigung bei **F. Wittek & Co.,** Bleichenbrücke 10.

Schneider erh. hellen Platz. Königstr. 48, III.

Schneider f. h. Platz erh. Fuhlentwiete 39, IV.

Heller Platz für Schneider, Gasglühlicht. Brauerstr. 24, III., Ecke Dovenfleet.

Ges. Rockschneider auf Platz, der ein Stück mitmacht. Schulterblatt 30, III.

Ges. Schuhmacher, die etwas mitmachen können. Gr. Bleichen 30, Hs. 1, 3, Et.

Gesucht Schuhmacher auf gute Herrenarbeit. Laufgraben 14, pt.

Gi Mädchen, d. Zurricht. z. erl. Apostelkirche 24, 3. l.

Fr. f. Tab. i. H. z. fir. Altona, Lohmühlenstr. 15, 2. l.

Ein junger Mann sucht Stellung in der Expedition jeglicher Arb. Lohmühlenstr. 20, 3. Et., Altona.

Neuheit. Machen Sie einen Versuch mit
Ludolf Timm's
unsortierten und ungepressten
Zigarren,
im Kleinverkauf: 5 ₰, 7½ ₰ und 10 ₰.
Michaelisstrasse 26.

Kautabak,
2 Rollen 15 ₰, 8 Rollen (mittel) 55 ₰.
Ad. Mehmel, Dovenfleet 49.

Vermietungen

Wer Wohnung, Geschäftslokal, Zimmer etc. miethen will, verlange persönlich, pr. Postkarte od. pr. Telephon Amt I, No. 4088, den
Wohnungs-Anzeiger.
Das Blatt enthält stets die grösste Auswahl zu vermiethender Wohn- und Geschäftsräume, wird Jedem gratis verabfolgt, auch **regelmässig gratis und franko** in's Haus gesandt. Expedition: **Hamburg: ABC-Strasse 57; Altona: Rathhausmarkt 1.**

Eilbeck, Peterskampweg 14—16
zu vermiet. schöne helle 2- u. 3-Zimmerwohn. mit Kachelküche, Balkon 2c. Näh. dortselbst.

Per Zufall bill. freundl. Wohn. in Aftermiete.
Näh.: **Niendorferstr. 14, III., Eppendorf.**

Zu vermieten
helle freundliche Etagen, 3 Zimm. und Zubehör, zum Preise von M. 310—330. Daselbst ein Laden mit Wohnung.
Näh. bei **Hesse, Hammerbrookstr. 69, I.**

Per 1. April zu vermieten eine freundliche Wohnung mit Stallung und Gartenland.
Näheres bei **Heinr. Scheinhütte, Schnelsen im Brok.**

Jg. Mann sucht e. Zimmer bei freundl. Leuten, St. Georg bevorzugt.
Off. m. Angabe d. Preises unt. **J. H. G. 25** an die Exp. d. Bl.

Ges. Logis Nähe Eppendorfer Baum. Off.: A. B. Lehmweg 51.

2 junge Handlungsgeh. suchen per sofort in St. Pauli, Nähe der Friedrichstr. (Reeperbahn), e. gr. helles, am liebsten aber 2 kleinere Zimm. b. netten Leuten in etwas ruhigerer Gegend.
Off. unter E. & P. H. an die Exp. d. Bl. gefälligst prompt.

Tapezier p. Sofa 4, Bett. 2,50 an in und außer dem Hause. **Müller,** Süderstr. 48, Hths. p. Karte genügt.

Reell! Tapezier polst. Sofa 5, Bettr. 3. Nagelsallee 14, I. l., **König,** Alt.

Sing.-Nähmaschine m. Garantiesch. M. 25. Hansaplatz 4, pt. lks.

Überraschende Neuheit
garantiert unschädlich — kein Chlor — kein reiben
Persil
vollständig ungefährlich — kein Waschbrett — kein bürsten
Modernes Waschmittel
Für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.
Zu haben in allen Kolonialwaren-, Drogen- und Seifengeschäften.

Achtung!

Bau-, Erd-, Zimmerer- und Abbruchsarbeiter!

Oeffentliche Versammlung

morgen, Mittwoch, den 4. März 1908,
Abends 8½ Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Besenbinderhof.

Kollegen, erscheint in Massen in dieser Versammlung!

Der Einberufer.

Handlungsgehülfen.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, den 5. März 1908, Abends 9 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Besenbinderhof 57.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: **Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften,** von Dr. **A. Müller.** 2. Jahresbericht vom Gewerkschaftshaus. 3. Bericht vom Winterfest. 4. Agitationsangelegenheiten.

= **Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzuzeigen.** =

Aufnahme neuer Mitglieder. **Annahme von Beiträgen.**

Der Ortsvorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer und verwandten Berufsgen. Deutschlands.

(Zahlstelle Hamburg und Umgegend.)

Achtung, Platz- und Baudeputierte!

Sitzung der Platz- und Baudeputierten
am Donnerstag, den 5. März 1908, Abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57,
Zimmer Nr. 1 und 2, Eingang durch das Restaurant, part.

Alle Deputierten müssen anwesend sein; auf denjenigen Arbeitsstellen, wo zur Zeit noch kein Deputierter gewählt ist, muß unverzüglich ein Deputierter gewählt werden. Jede Arbeitsstelle, jede Baustelle muß in dieser Sitzung vertreten sein. Neugewählte Baudelegierte sind unverzüglich dem Vorstand zu melden.

Der Vorstand.

Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei in Stuttgart

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
Redigiert von **Karl Kautsky.**

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 ₰. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis M. 3,25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vierteljährlich M. 3,90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich M. 4,55.

Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Redigiert von **Klara Zetkin.**
Mit den Beilagen:
Für unsere Mütter und Hausfrauen. — Für unsere Kinder.

Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 ₰ oder bei Postbezug vierteljährlich 65 ₰ (inkl. Bestellgeld).

Der
Wahre Jacob

Illustrierte humoristisch-satirische Zeitschrift
mit einer Unterhaltungsbeilage. Redigiert von **B. Heymann.**

Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 ₰ oder bei Postbezug vierteljährlich 65 ₰ (ohne Bestellgeld).

Probenummern auf Verlangen gratis.

Zu beziehen durch die **Filialleiter** und **Kolporteure** des **„Hamburger Echo"** sowie durch die **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.,** Hamburg, Fehlandstr. 11.

Arbeiter-Frauenbund „Humanität".

In der
Tombola-Verlosung

vom **15. Februar** sind folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

1117 673 1414 1465 1040 1481 1127 302 1483 454 1035 49 508 448 178 1333 1376 27 311 537 607 861 1051 1480 1413 1004 1349 1355 105 289 18 411 1019 250 325 1497 1358 36 1255 148 416 127 1441 605 10 161 1100 1308 1347 1058 171 482 589 383 317 866 493 1452.

Die Gewinne müssen innerhalb 8 Tage abgeholt werden, da für weitere Tage keine Garantie übernommen wird und die Sachen dem Verein zufallen.

Oeffentlicher Dank.

Hierdurch sprechen wir unseren besten Dank aus für die mildtätigen Gaben, die uns zur Weihnachtsbescherung übergeben wurden. Es wurde dadurch manches Leid, das durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit eingetreten, gelindert.

Es gingen folgende Gaben ein: Meseritz, Ellerntorsbrücke 10, M. 20; Dyckhoff, Posthof, M. 20; Jensen, Gastwirt, Ecke Beethovenstraße u. Bahrenfelder Marktplatz, M. 10; M. Reifenberg, Ecke Reichenstraße, M. 10; G. Voß, Sternstr. 115, M. 3; Renck u. Co., Grasskeller, 31 Damenmäntel; Berthold, Stadthausbrücke, Kleiderstoff-Reste; Wallbruch u. Co., Schulterblatt 156, ein Posten verschiedener Sachen; Ritt, Hahnrapp 2, 12 Knabenanzüge; Michaelis u. Meier, Neuerwall 63-65, 2 Pakete Zeug-Reste; Reis, Fischmarkt, Altona, 12 Kinderschürzen; Isaak u. Co., Kl. Elbstraße, Altona, 1 Posten versch. Sachen; Wagner, Elbstr. 76-84, 1 Paket versch. Sachen; Poersch, Schulterblatt, 1 Posten versch. Sachen; Heilbuth, Steinstraße, 1 Paket versch. Sachen; Tietz, Burstah 12-14, 1 Paket versch. Sachen; Schurig, Ecke Burstah u. Alterwall, 1 ganz kleines Paket versch. Sachen.

Im Auftrage des Vorstandes des
Arbeiter-Frauenbundes „Humanität".
Frau J. Zappe,
Hamburg, St. Pauli, Sternstr. 119, II.
1. Vorsitzende.

Ziehung sicher 26.-28. März
Wetzlarer Dombau-Geld-Lotterie
Lose 3 M. Porto u. Liste 30 ₰ extra
11 390 Gew. ohne Abzug **Mark**
262500
Hauptgewinne:
75000 M
30000 M
10000 M
2 à 5000 = 10000 M
5 à 2000 = 10000 M
10 à 1000 = 10000 M
20 à 500 = 10000 M
50 à 200 = 10000 M
100 à 100 = 10000 M
200 à 50 = 10000 M
500 à 20 = 10000 M
3000 à 10 = 30000 M
7500 à 5 = 37500 M
Genehmigt in Preußen u. Hamburg
General-Debit in Hamburg:
Ad. Müller & Co.
Gr. Johannisstr. 21
Ecke Börsenbrücke.
Glücksmüller.
Ferner Marienburger Lose 2 M., Ziehung 9.—11. April, Hauptgewinn 60000 M.
Lose auch bei allen bekannten Lotterie-Kollekten zu haben.

Englisch-Deutsche Stoffneuheiten.
Jackett-Anzüge nach Masz jetzt M. 48 (sonst 54).
Frühj.-Paletots nach Masz jetzt M. 36 (sonst 45).
Hosen n. Masz jetzt M. 9,50.
Konfirm.-Anzüge n. Masz jetzt M. 35 (sonst 48).
Mache darauf aufmerksam, dass ich keine Lagerarbeit liefere, sondern **hochf. Maszarbeit!**
Obige Preise
nur für März.
S. Meier,
Posthof-Steinstr.

Brautleute!
Eleganter neuer Hausstand:
Modernes Wohnzimmer, Elegantes Schlafzimmer, Kompl. Küche, eich. Dielengarder. für M. 375 zu verkaufen.
Lüddeckens, Grindelhof 2, Hochp., Ecke Grindelallee, 5 Min. v. Dammtor-Bahnh.
Lagerung bis 1. Mai frei.

Billig,
zu bedeutend heruntergesetzten Preisen, so lange der Vorrat reicht, Anzüge, Paletots, einzelne Hosen und Westen.
Meyer, Michaelisstraße 56.

Sofort Geld!
Kaufe bei strengst. Verschwiegenh. Hausstände, Möbel, Pianos, Gold und Brillanten.
Rödingsmarkt 38 (Krohn).